



Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 08 54, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wiederholungsbestellung der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 34) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (0 40) 347-1. - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,40 Bfr., Dänemark 8,90 Dkr., Frankreich 6,90 F., Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 66 p., Italien 1200 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 20,00 Lit.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Skr., Österreich 12 Sch., Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr., Schweden 1,80 Skr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Häftlinge: Insgesamt 2121 aus politischen Gründen verurteilte „DDR“-Bewohner sind nach Angaben der Gesellschaft für Menschenrechte 1984 aus Gefängnissen und Zuchthäusern der „DDR“ in den Westen entlassen worden. Trotz wiederholter Freilassungen sei die Gesamtzahl der politischen Häftlinge in der „DDR“ jedoch noch gestiegen und liege jetzt etwa bei 7000.

Terrorismus: Die gesundheitliche Lage des hungerstreikenden mutmaßlichen Rädelführers der RAF, Christian Klar, gibt nach Angaben des Stuttgarter Justizministeriums Anlaß zur Besorgnis. Auch bei anderen Hungerstreikenden könne sehr schnell eine Verschlechterung des Zustands eintreten. (S. 6)

Bilanz: Zur Halbzeit der Legislaturperiode will die Bundesregierung im März eine Bilanz der bisher geleisteten Arbeit ziehen und zugleich die Tätigkeitschwerpunkte für die zweite Hälfte nennen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht dabei im Vordergrund. (S. 10)

Popielusko: Der Hauptangeklagte im Thamer Priestermordprozess, Piotrowski, hat gestern die Schuld auf sich genommen und versucht, seine Untergebenen zu entlasten. Er sagte, er sei sicher, daß er den Priester Popielusko getötet habe. (S. 8)

Nicaragua: Junta-Chef Ortega übernimmt heute das Amt des ersten Staatsoberhauptes seit der Machtübernahme der Sandinisten 1978. (S. 7)

Absage: Aus Protest gegen die amerikanisch-südkoreanischen Manöver im Februar sagte Nordkorea die für diesen Monat geplanten Wirtschafts- und Rotkreuzgespräche mit Südkorea ab.

Truppen reduziert? Skepsis hat ein Bericht der britischen Militärzeitschrift „Jane's Defense Weekly“ ausgelöst, wonach die UdSSR ihre Truppen in Afghanistan auf 70 000 reduziert habe. Moskau, so „Jane's“, wolle sich nicht in einen vietnamähnlichen Krieg hineinziehen lassen. Nach anderen Schätzungen stehen 115 000 Sowjets im Land. (S. 10)

ZITAT DES TAGES



„Ratschläge von Dilettanten, auch wenn sie Schriftsteller sind, sind von Übel. In der Politik sind sie eine Katastrophe.“

Der Schriftsteller und Diplomat Erwin Wickert, der zu seinem 70. Geburtstag in der baden-württembergischen Landesvertretung geehrt wurde. (S. 9)
FOTO: BACHEN

WIRTSCHAFT

Künftig angelegt: Die Stahlproduktion in der Bundesrepublik belief sich 1984 auf 39,39 Millionen Tonnen - 10,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 1985 wird ein ähnliches Niveau erwartet. (S. 11)

„DDR“-Wirtschaft: Das produzierte Nationaleinkommen stieg 1984 nach amtlichen Angaben um 5,5 Prozent (1983: 4,4 Prozent). Damit sei im vergangenen Jahr das Planziel um 1,1 Prozentpunkte übertroffen worden.

Neue Gesellschafter: Mit je fünf Prozent beteiligten sich die Bayerische Vereinsbank und die Dresdner Bank am Grundkapital des MBB-Konzerns. (S. 13)

Börse: Nachdem zunächst Gewinnmaßnahmen das Geschehen an den Aktienmärkten prägten, kam es später wieder zu Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt war unverändert. WELT-Aktienindex 167,0 (166,1). BHF-Rentenindex 102,755 (102,735). Performance-Index 100,041 (99,993). Dollarkurs 3,1872 (3,1865) Mark. Goldpreis 298,35 (302,00) Dollar.

KULTUR

Louvre: Das Zuordnen von Handzeichnungen in den Beständen des Louvre beschäftigt die Experten seit Jahren. Ein Teilgeheimnis, 150 Zeichnungen des 17. Jahrhunderts, ist der Öffentlichkeit jetzt zugänglich. (S. 18)

Jahr der Musik: Das Eröffnungskonzert des Bundesjugendorchesters in der Bonner Beethovenhalle deutete an, was das Europäische Jahr der Musik 1985 sein will: vorwärtsgewandt und offen über die Grenzen. (S. 19)

Umwelt - Forschung - Technik

Schwimmende Schaumberge auf deutschen Flüssen gehören der Vergangenheit an. Die Maßnahmen zum Gewässerschutz werden ständig verbessert. - Wissenschaftler verlangen mehr Aufklärung über die Möglichkeiten und Risiken der Gentechnologie. Seite 7

SPORT

Motorsport: Porsche-Werksfahrer Jochen Mass ist bei der Rallye Paris-Dakar ausgeschieden. 100 Kilometer vor dem Ziel der siebten Etappe überschlug er sich, blieb aber unverletzt.

Ski Alpin: Drei Schweizerinnen belegten die ersten Plätze bei der Weltcup-Abfahrt in Bad Kleinkirchheim. Marina Kiehl aus München belegte als beste Deutsche Platz sieben. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Feuersbrunst: Bei einem vermutlich auf einen Kurzschluss zurückgehenden Großbrand starben in einem Aheimheim nahe Paris wahrscheinlich 42 Menschen, darunter viele Bettlägerige. (S. 20)

Richard von Weizsäcker jetzt in den total renovierten Wohn- und Amtssitz des Staatsoberhauptes, die Villa Hammerschmidt, eingezogen. Seine erste Amtshandlung in der Villa: der traditionelle Neujahrsempfang. (S. 3 und 20)

Präsidentenvilla: Nachdem er ein halbes Jahr „aus dem Koffer gelebt“ hat, ist Bundespräsident

Wetter: Weitere Schneefälle. minus 7 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Metzungen:** Was den Sozialdemokraten fehlt, ist ein Führer - Von Herbert Kremp S. 2
- New York:** Das schwarze Harlem ist für Weiße zum Geheimtip geworden - Von H.-J. Stück S. 3
- RAF:** Die drei Ebenen: Häftlinge, „Legale“ und „harter Kern“ - Von Werner Kahl S. 6
- Washington:** Amtertausch ohne „Verlierer“ - Regan ist jetzt Staatschef im Weißen Haus S. 8
- Forum:** Personalien und Leserbriefchen an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 9
- Schnee und Glotz** beherrschen den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.
- Fernsehen:** „Krieg der Bomber“ - Dokumentation über die Zerstörung deutscher Städte S. 9
- Abscheit:** Mit Erich Zeller geht ein Stück Eiskunstlauf-Geschichte - Von Uwe Prieser S. 10
- Winterrastbruch:** Verschiedene Branchen spüren die Folgen - Eine Umfrage der WELT S. 11
- Kinderfilm:** Lienhard Wawrzyn „Leichter als Luft“ - Träume in der Toime S. 19
- Größttriumph:** Was ist los bei den Wintorsport? - Schon wieder eine Kündigung S. 20

NATO: Durchbruch in Genf ist ein Verdienst Reagans

Aber Warnung vor der Erwartung schneller Verhandlungserfolge

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel
In der NATO wird das Ergebnis der Verhandlungen der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko als Durchbruch betrachtet. Nach mehr als einjähriger Pause könnten Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Supermächten auf breiter Front wiederaufgenommen werden. Für den Erfolg von Genf verantwortlich machen Brüsseler NATO-Beobachter die Strategie Präsident Reagans, der unbeteiligt Kritik sein Forschungsprogramm zur Raketenabwehr vorantreiben habe. Die Sorge der Sowjetunion, Washington könne mit diesem Programm das strategische Gleichgewicht zu seinen Gunsten verändern, habe ihr Einlenken bewirkt.

In verantwortlichen NATO-Kreisen wurde vor der Annahme gewarnt, Verhandlungsergebnisse seien bald zu erwarten. Das Treffen Shultz-Gromyko habe nur den Weg für Verhandlungen geebnet, die lange dauern könnten. Man rechnet in Brüssel mit zwei oder drei Jahren, denn die Sowjetunion werde jeden Verhandlungserfolg von Fortschritten auf

dem Feld der Weltraumrüstung abhängig machen wollen. Die USA ihrerseits befinden sich in einer Ausgangslage, die es ihnen erlaube, über das Weltraumprogramm Druck auf die Sowjetunion auszuüben.

In Brüssel wurde mit Interesse verfolgt, daß Washington darauf eingegangen sei, auch über Weltraumwaffen zu verhandeln. Dies bedeute jedoch nicht, Washington sei bereit,

der Anti-Satelliten-Waffen müsse ein Moratorium vereinbart werden, falls künftige Verhandlungen über die Abgabe von Mittelstreckenwaffen zu sprechen. Dies gelte auch für die strategischen Interkontinentalraketen. Die Darstellung Moskaus, die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen seien gestorben und könnten nicht vor Abzug der inzwischen in Stellung gebrachten NATO-Nachrüstungswaffen wieder aufgenommen werden, habe sich als unhaltbar erwiesen. (SAD)

SEITE 2:
Vor der Hürdeprobe
SEITE 6:
Welters Beiträge

sein Programm zur Disposition zu stellen. Man müsse wohl Präsident Reagan ernst nehmen, wenn er gesagt habe, ein Abwehrsystem sei ethisch einem Angriffssystem, das die Menschheit auslöschen könne, vorzuziehen. Gleichwohl seien sich die Amerikaner völlig klar darüber, welche fundamentale strategische Bedeutung die Raumwaffen zur Abwehr gegenseitiger Raketen besäßen.

Offenbar habe Moskau seine unmittelbare Forderung, auf dem Feld

with Washington

Berichte, nach denen der 64jährige Max Kampelman zum Chef-Unterhändler für diese neue Gesprächsrunde ernannt werden soll, sind in Washington mit Skepsis und Überbahrung aufgenommen worden. Kampelman, ein Mitglied der Demokratischen Partei, spielte eine maßgebliche Rolle bei den SALT II-Verhandlungen, die in der Reagan-Administration nicht sehr populär sind.

Kohl hofft auf weitere Normalisierung

Positive Auswirkungen auf das deutsch-sowjetische Verhältnis erwartet

THOMAS KIELINGER, Bonn
Durchgehend positiv hat Bonn auf die Ergebnisse der zweitägigen Genfer Gespräche zwischen den Außenministern Gromyko und Shultz reagiert. Bundeskanzler Kohl gab sich „deutlich optimistisch“ über die künftigen Verhandlungen, deren Beginn von Washington und Moskau noch festgelegt werden muß.

In der ersten Kabinetsrunde des neuen Jahres äußerte Kohl seine Hoffnung, daß die kommenden Gespräche zwischen den Weltmächten das Ost-West-Klima insgesamt verbessern helfen könnten. Dazu rechnet der Kanzler auch „eine weitere Normalisierung und Vertiefung“ des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. In diesem Sinne werde er schon in den Gesprächen mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Antonow argumentieren, der am 22. Januar zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission nach Bonn kommt.

In einem Rechenschaftsbericht vor dem Kabinett nannte Außenminister Genscher das Genfer Gesprächsergebnis „ermutigend“. Die Vorstellung

der europäischen Regierungen seien von amerikanischen Außenministern vollumfänglich berücksichtigt worden. Genscher lobte den bestehenden Konsultationsprozeß, in den die Bundesregierung voll einschaltbar bleiben werde, „um auch weiterhin zu substantiellen Ergebnissen zu den bevorstehenden Verhandlungen beizutragen.“ Noch am heutigen Donnerstag wird Paul Nitze, der Sonderberater von Außenminister Shultz für Abrüstungsfragen, in Bonn die Bundesregierung umfassend über das Genfer Ergebnis informieren.

In seinem Bericht vor dem Kabinett hob Genscher hervor, daß sich die Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses, basierend auf der Verbindung von „Verdichtungswillen und Verhandlungsbereitschaft“, erneut bestätigt habe. Wörtlich fügte der Bundesaußenminister hinzu: „Wenn man seine Verantwortung im Bündnis erfüllt, wird man gehört und geehrt.“

Für die Sozialdemokraten begrüßte der Vorsitzende der SPD-Bundesfraktion, Hans-Jochen Vogel, die Vereinbarung von Genf als einen Weg

„für umfassende Rüstungskontrollverhandlungen“, der „dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf und der unverantwortlichen Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen“ hoffentlich „ein Ende machen“ werde. Als „gute Nachricht“ bezeichnete auch SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die Absicht der beiden Weltmächte, mit neuen Abrüstungsgesprächen fortzufahren. Die Europäer sollten diese Verhandlungen „konstruktiv begleiten“, meinte Glotz auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Für die FDP interpretierte der stellvertretende Fraktionssprecher Uwe Ronneburger das Verhandlungsergebnis von Genf als eine „Bestätigung für die konsequente Haltung, die von der Koalition in der Nachrüstungsfrage eingenommen worden ist“.

Die weiterhin „starken Meinungsunterschiede“ zwischen Sowjets und Amerikanern können nach Meinung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rübe nur „im Geiste des Interessenausgleichs“ überbrückt werden.

Papandreou löst sich von der NATO

Neuer geheimer Verteidigungsplan / Feind ist die Türkei, nicht mehr der Ostblock

PAUL CHARDON, Athen
Mit einem neuen nationalen Verteidigungsplan, der zum größten Teil der NATO nicht mitgeteilt wird, hat die sozialistische Regierung Papandreou mit der Loslösung Griechenlands von der Allianz begonnen. Damit richtet sich nun die offizielle, von „Verteidigungsrat“ beschlossene „Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“ gegen die Türkei, nicht mehr gegen die Warschauer-Pakt-Staaten auf dem Balkan. Zwar wird die Türkei in der Regierungserklärung nicht erwähnt, aber Regierungssprecher Makroudas erklärte eindeutig: „Die Gefahr droht im Augenblick aus dem Osten.“

Die neue Verteidigungspolitik soll im Rahmen der multi- und bilateralen Verträge realisiert werden, heißt es in der Erklärung. Das bedeutet nach Ansicht politischer Beobachter, daß Griechenland die Allianz noch nicht aufkündigt, will, um die Militärausgaben der NATO nicht zu verlieren. Ministerpräsident Papandreou hat jedoch erst vor vier Wochen erklärt, Griechenland dürfe keine „Unterwerfung“ unter ein Blocksystem. Erklärtes Ziel seiner Regierungspartei ist ein neutrales Griechenland in einer atomwaffenfreien Balkanzone außerhalb der Blöcke.

NATO-Kreise in Athen kommentierten den Verteidigungsplan damit, Griechenland wolle zwar die Vorteile der Allianz nutzen, sich aber seinen Verpflichtungen entziehen. Man spricht von einem „Verstoß“ gegen die Bündnis-Solidarität“ durch Athen und weist darauf hin, daß die bisherige Militärausgaben unter der Voraussetzung einer Stärkung der Front gegen die kommunistischen Balkan-Staaten im Norden Griechenlands gewährt worden sei, nicht jedoch zur Aufrüstung gegen die Türkei. Griechenland erhält allein für die vier amerikanischen Stützpunkte in seinem Land jährlich 500 Millionen Dollar Militärausgaben, von der Bundesrepublik anderthalbjährlich Material und Waffen für 70 Millionen Mark.

Der Austritt der griechischen Streitkräfte aus der Militärstruktur der Allianz ist praktisch schon in den letzten beiden Jahren vollzogen worden. Die Griechen laden keine NATO-Beobachter mehr zu nationalen Manövern ein und nehmen selbst nicht mehr an NATO-Manövern teil. Sie hätten sich selbst „einen Sonderstatus in der Allianz zugewiesen“, sagte ein NATO-Offizier. Von griechischer Seite wird betont, Gründe für die Abwendung von der NATO seien die teilweise Besetzung Zyperns durch die Türkei 1974 und die Unfähigkeit der NATO, die vierte Armee oder die sogenannte Agis-Armee der Türken zu kontrollieren.

Während westliche Diplomaten den neuen nationalen Verteidigungsplan der Griechen als „Jevantische Option“ bezeichnen, die vor allem in geopolitisch motiviert sei, erklärt die konservative Opposition in Athen, diese keineswegs neue Doktrin könne den griechischen Interessen nur schaden. (SAD)

SPD sieht Ostpolitik gefährdet

„Die fruchtlose Diskussion, ob die deutsche Frage offen sei, sollte beendet werden“

PETER PHILIPPS, Bonn
Die SPD sieht die deutsche Außen- und Deutschlandpolitik in der Gefahr, von einer „starken Minderheit aus CDU und CSU“ nach „rechts“ verschoben zu werden. In einer von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern vorgelegten „Bilanz einer Wende“ wird die Frage aufgeworfen, ob die Ostpolitik, nach 13 Jahren vor dem Ende“ stehe. „Die fruchtlose Diskussion, ob die deutsche Frage offen sei, sollte beendet werden“, heißt es in dem 62seitigen SPD-Papier. „In jenem allen - gegen die Realität der DDR gerichteten - Sinn, in dem die Frage von den Konservativen heute aufgebracht wird, ist sie gewiß nicht mehr offen. Und sie kann in keinem vernünftigen Sinn diskutiert werden, solange sie in jenem allen Sinn nicht endgültig bestritten ist.“

Attakiert werden vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl, der, die erste und erst recht die Chancen für eine zweite Ostpolitik“ gefährde. Unions-Fraktionsführer Alfred Dregger, der schon vor Jahren die Ostverträge als „gewaltige Verzichtserträge“ bezeichnet habe, sowie der innerdeutsche Minister Heinrich Windelen, der „Behauptungen“ über die deutschen Ostgrenzen aufstelle, die sich von Gebietsforderungen kaum unterscheiden.“ Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sowie die Unions-Repräsentanten Franz Josef Strauß, Alois Mertes und Volker Rübe sind für Glotz diejenigen, die „versuchen, die für die Außenpolitik notwendige Kontinuität in Grundzügen zu wahren“.

Im Februar vergangenen Jahres durch eine gemeinsame Bundestages-Entscheidung manifestiert wurde.

Offenbar scheint Parteichef Willy Brandt die nach seinem Kanzler-Rücktritt sich selbst auferlegte Enthaltsamkeit aufzugeben und das deutschland- und ostpolitische Feld wieder stärker besetzen zu wollen. Wie sein Stellvertreter Hans-Jochen Vogel kürzlich in Kleinem Kreis sagte, „spüre und höre“ er von Brandt die Sorge, „daß seine historische Leistung aus Tüppelhaftigkeit und lokalpolitischen Ignorantentum kaputt gemacht wird“.

Glotz sprach gestern in diesem Sinne von „unprofessioneller Verstrickung des Bundeskanzlers in eine Schlesierkonferenz“. Kohls „wahlpolitischer Opportunismus gegenüber den Vertriebenenverbänden gefährdet die deutsche Ostpolitik“.

DER KOMMENTAR

Gemeinsam

THOMAS KIELINGER

Ein „schwieriges, schicksalhaftes Thema“ nannte Bundeskanzler Kohl am Rande des Neujahrsempfanges des Bundespräsidenten gestern in Bonn die Genfer Abrüstungsgespräche. Der Ausdruck zeugt von ebensoviel historischer Perspektive wie realistischem Sinn. Die Bundesregierung muß die Tragweite dessen, was da in zwei Genfer Tagen eingeleitet wurde, ab und der Kanzler signalisiert einem erwartungsvollen Publikum, sich nicht von blinden Hoffnungen verführen zu lassen.

Dennoch ist schon jetzt ein besonders positives Faktum zu verzeichnen: Die Amerikaner haben offensichtlich vor, die Konsultationen mit den europäischen Verbündeten ebenso intensiv zu pflegen, wie das während der INF-Verhandlungen der Fall war. Wenn dies durchgehalten wird, kann das Bündnis daran nur wachsen. Es ist durchaus nichts Selbstverständliches für die westliche Supermacht, solche Offenheit zu praktizieren; immerhin drängen jetzt Bereiche wie der Weltraum in die Verhandlungsmaterie ein, die den Verantwortungshorizont so mancher Bündnispartner, die entweder keine Nu-

clearwaffen auf ihrem Staatsgebiet stationieren oder mit der Entscheidung zur Nachrüstung im INF-Bereich noch immer hinterherhinken, übersteigen, um es vorsichtig auszudrücken.

In der Bereitschaft, mit den Europäern eng in Tuchfühlung zu bleiben, spricht die Reagan-Regierung ihre Absicht aus, das Interesse der Europäer am Fortgang der kommenden Verhandlungen voll zu berücksichtigen. Da erscheint es mehr als überflüssig, wenn Stimmen aus der Bonner Opposition (Peter Glotz) jetzt mit dem Stereotyp aufwarten, die Bundesregierung müsse deutsche Interessen „mit Nachdruck einbringen“. Das versteht sich im Rahmen von Konsultationen von selbst, zumal da die Amerikaner ihnen freie Bahn brechen.

Nicht europäischer Druck kann die Antwort auf die Bereitschaft der USA sein, enge Konsultationen zu pflegen, sondern die Urteilsfindung zu gemeinsamen Entscheidungen und die verantwortliche Mitwirkung an einer Zukunft, die die ganze Welt betrifft und nicht nach deutschen oder anderen nationalen Interessen parzelliert werden darf.

Anklageschrift an Lambsdorff. Kritik an Strauß

DW, Bonn

Dem früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) ist nach Angaben des Bonner Landgerichts die Anklage wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Parteispenderaffäre zugestellt worden. Die Neunte Große Strafkammer hat dem FDP-Politiker für die knapp 900 Seiten umfassende Anklageschrift eine Erklärungsrfrist von zwei Monaten eingeräumt, sagte gestern ein Gerichtssprecher.

Mit Nachdruck hat Bundespräsident Philipp Jenninger unterlassen eine Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß über den Flick-Ausschuß des Bundestages zurückgewiesen. In einem Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, erklärte Jenninger, er könne nicht akzeptieren, daß Strauß das Vorgehen des Ausschusses „offiziell in globaler Weise“ als „Schauprozeß“ bezeichnet habe. Diese Kritik sei „nicht angemessen“ und dem Ansehen des Bundestages nicht dienlich. Er wolle sich dafür einsetzen, daß sich der Bundestag „endlich verbindliche Richtlinien“ für die Einsetzung und für das Verfahren von Untersuchungsausschüssen gebe. Der Unmut über die Arbeit des Flick-Ausschusses könne daher rühren, daß Ausschußmitglieder Vorgänge in dem Untersuchungsgremium öffentlich kritisiert hätten, während „die Arbeit des Untersuchungsausschusses zunehmend in die politische Auseinandersetzung geraten“ sei.

„Ukraine noch nicht am Ende des Leidensweges“

KNA, Rom

Die physischen und moralischen Leiden des ukrainischen Volkes und besonders der ukrainischen Kirche in den vergangenen zehn Jahren hat der katholische Groß-Erzbischof von Lemberg, Miroslaw Iwan Lubatschewski, in einer Botschaft an die zwei Millionen Auslands-Ukrainer und an rund vier Millionen „im Untergrund“ lebende Katholiken in der Heimat beklagt. Dies ist die erste Botschaft des neuen Metropoliten im Exil an die ukrainischen Gläubigen, die ebenso wie die anderen Christen der Ostkirchen am 7. Januar ihr Weihnachtsfest gefeiert haben. Lubatschewski ist der Nachfolger des am 7. September vergangenen Jahres im Alter von 92 Jahren verstorbenen Kardinals Josif Slipij.

In einer Botschaft bittet Lubatschewski die Muttergottes um Mitleid „mit unserem Volk, das zum Sklaven gemacht worden ist, damit es nicht zugrunde geht, nachdem es seit 100 Jahren von der moskowitischen Besetzung unterdrückt wird“. Weiter heißt es in der Botschaft des Slipij-Nachfolgers: „Wir sind noch nicht am Ende unseres Leidensweges angelangt. Unser Feind hat nicht nur unser Land genommen, unsere Freiheit und unsere Güter und Kirchen, sondern will uns auch unseren Glauben und unsere Muttersprache, unsere Geschichte und unser Leben als Volk nehmen und uns gegenständig in ein sowjetisches Volk umwandeln.“ Im Weihnachtsgottesdienst in der Kathedrale Santa Sofia in Rom warnte der Kardinal vor der Zwangsrußifizierung des ukrainischen Volkes.

Die »Berlin« kommt zurück: Rund um die halbe Welt, durch den Indischen Ozean und den Suez-Kanal nach Venedig.



Nach zweijährigem Kreuzfahrtendienst in fernöstlichen Gewässern kehrt die »Berlin« auf einer großartigen Reise zurück von Singapur unter anderem nach Peang, zu den Andamanen, nach Sri Lanka, Cochin, Bombay, Djibouti, Jemen, Adaba, Sharm-el-Sheikh, Saida, Athen und Venedig.

Es ist vielleicht keine Jungferntour, aber eine Kreuzfahrt, die im Datum in der deutschen Kreuzfahrttradition markiert; schließlich kehrt ein Schiff dieser Qualität und dieses Anspruches nicht alle Tage nach Europa zurück.

Die Reise der »Berlin«, 35 Tage, ab DM 6.700,-, kann auch in zwei Segmenten gebucht werden: Singapur-Bombay, 16 Tage, vom 8.-24.1.1985, ab DM 4.890,-; Bombay-Venedig, 21 Tage, vom 22.-15.3.1985 ab DM 4.390,-.

Anschließend wird die »Berlin« in den beliebten Fahrplänen des Mittelmeeres, des Schwarzen Meeres, der Norwegischen Fjorde und der Ostsee während der dort günstigsten klimatischen Bedingungen kreuzen.

PETER DEILMANN REEDEREI
Am Haldenski 13
2430 Neumarkt in Istrien
Telefon (045-61) 80 41

seebörse
Waldstrasse 3
6900 Frankfurt am Main 1
Telefon (069) 1333-1

Schließen Sie sich dieser Gruppe an und die besten Plätze auf dem Weg zu Ihnen. Oder Sie machen sich auf den Weg in Ihr Reisebüro.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eine Scheibe Zubrot mehr?

Von Peter Gillies

Die nächste Rentenerhöhung zur Jahresmitte liegt fast unterhalb der Schwelle der Wahrnehmbarkeit. Netto beträgt sie vielleicht ein Prozent, vielleicht etwas weniger; der genaue Satz wird im Februar feststehen, wenn die Löhne und Gehälter des Jahres 1984 ermittelt sind. Der Grund: von der Aufstockung um rund drei Prozent geht ein zweiprozentiger Beitrag zur Krankenversicherung ab.

Aus allen Lagern wird nun die Regierung bedrängt, doch etwas draufzulegen. Dies sollte, so meinen die Rentenstrategen, durch eine Streckung des Krankenversicherungsbeitrags oder durch einen höheren Zuschuß des Bundes geschehen. Wenigstens müsse man die Rentereinkommen real halten, also bis zur mutmaßlichen Preissteigerungsrate von etwa zwei Prozent aufbessern.

Der Ratschlag ist gutgemeint, aber schlecht durchdacht. In den Rentenkassen herrscht Ebbe, trotz der geringen Erhöhung müssen sie kurzfristig auf Pump zahlen: Es geht um die langfristige Sicherheit der gesetzlichen Altersversorgung. Ein gutgemeinter Eingriff wäre ein weiterer Schritt zur Beherrschung eines Systems, das auf Verlässlichkeit angelegt sein muß.

Wer bei einer Aufbesserung um ein Prozent gleich zum Schlagwort der Massenarmut greift, ist schlecht informiert. Tatsächlich hat sich die Einkommenssituation der Rentner in den letzten Jahrzehnten gegenüber den Aktiven erstaunlich verbessert. Auch in den letzten Jahren der Rezession sind die keineswegs hinter die Arbeitnehmer zurückgefallen. In der Nettoeinkommenrechnung - Steuern, Abgaben und Inflationsrate abgezogen - mußten alle Kaufkraftverluste hinnehmen. Die Arbeitnehmer verloren zwischen 1980 und 1985 rund 4,9 Prozent ihrer Kaufkraft, die Rentner 4,6 Prozent. 1984 erhöhte sich die Kaufkraft der Alten um 0,4 Prozent, während die der Aktiven um den gleichen Prozentsatz fiel.

Vollends ungläubigwürdig würde die Bundesregierung, wenn sie bestimmten Beamtengruppen einen zusätzlichen Nachschlag gewährt, die Rentner aber im Regen stehen ließe. Die Entscheidung ist schmerzlich, muß aber durchgehalten werden. Die Erhöhung 1986 fällt dann wieder besser aus.

Bemühungen Dritter

Von Jürgen Liminski

Namhafte Politiker, die sich nach anstrengenden Jahrzehnten auf ihr verdientes Altenteil zurückziehen, promienieren meist mit ihren Memoiren durch die Welt. Oder gehen ihren Steckbrief nach, wie der ehemalige Kanzler Österreichs, Kreisky. Kreisky's Hobby ist die PLO. Für sie macht er sich wieder auf Reisen. Bei den Freunden der Sozialistischen Internationale und der Europäischen Gemeinschaft will er nun um Unterstützung für eine neue Nahost-Initiative werben und auch in den USA und in Israel glaubt er, einflußreiche Kreise mit diesem Cocktail früherer Pläne an den Tisch einer internationalen Konferenz zu locken.

Bevor er seine Vorstellungen in Dubai vor der Presse bekanntgab - sie blitzte fast genauso viel wie einst in Wien - traf der reiselustige Pensionär mit seinem noch reiselustigeren Freund und Chef der halben PLO, Arafat, zusammen. Der will die neuen Pläne des alten Freundes dem obersten Gremium der Rest-PLO vorlegen.

In der Sozialistischen Internationale wird der Ex-Kanzler auf Zustimmung stoßen, bei der Europäischen Gemeinschaft jedoch wird das Unternehmen heuer schon schwieriger. Denn die EG hat auf ihrem jüngsten Gipfel in Dublin den „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates“ einige Formulierungen verstreut, die auf eine Ablehnung der von Kreisky und Co. anvisierten internationalen Nahost-Konferenz hinauslaufen. „Noch so große Bemühungen Dritter“, heißt es da, „können kein Ersatz für direkte Verhandlungen zwischen den Parteien selbst - den arabischen Staaten, Israel und dem palästinensischen Volk - sein“.

Da müßte Kreisky schon noch einmal in die Arena der Aktiven steigen, um die Freunde in der EG erneut umzustimmen, die sich mit deutscher Schubkraft, wie man hört, zu diesen Ansichten durchgerungen haben. Zu allem Unglück muß Kreisky auch noch sehen, wie Kairo wieder den Weg direkter Verhandlungen geht. In der nächsten Woche wollen Israel und Ägypten nach fast dreijähriger Unterbrechung zu zweit über den Grenzzort Taba verhandeln. Kreisky sollte besser seine Memoiren schreiben.

Der Fall Sch.

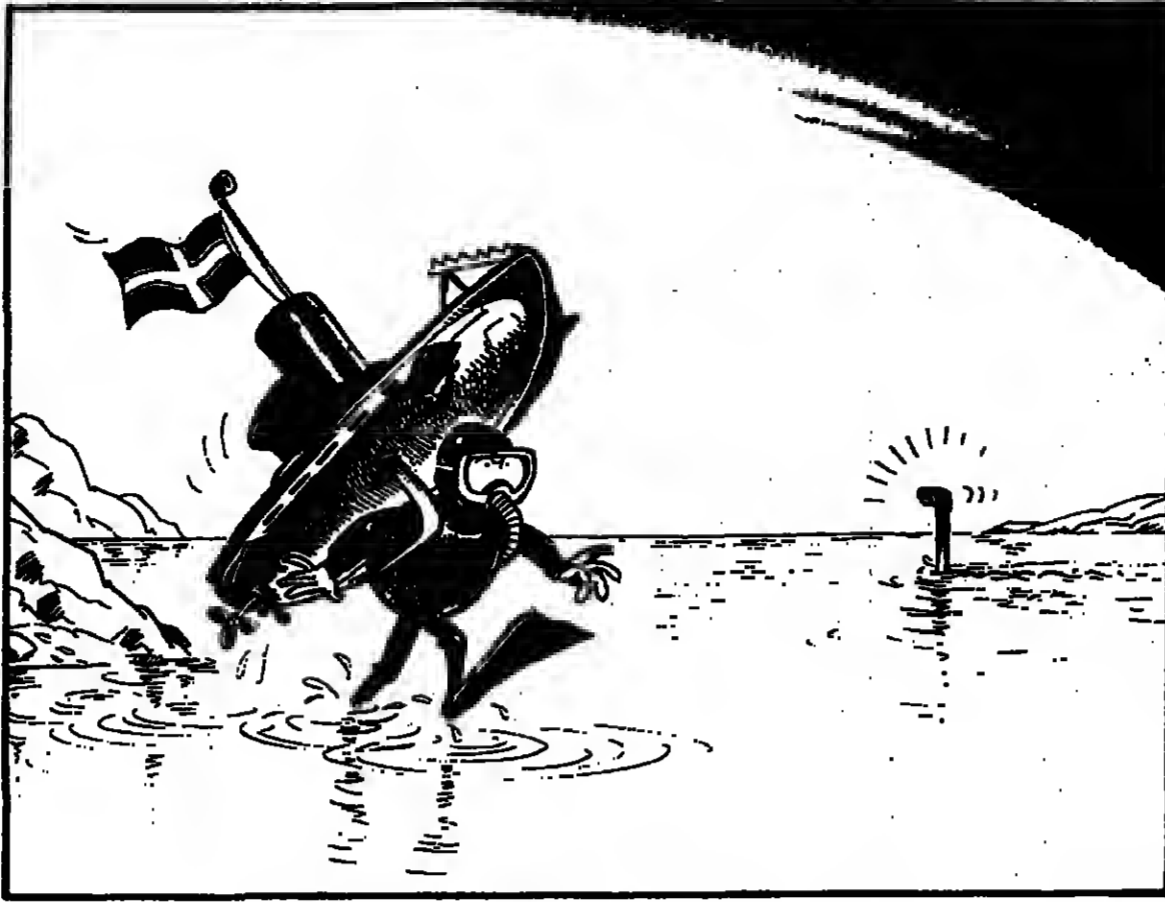
Von Joachim Neander

Ob sich der furchtbare Verdacht gegen den FDP-Politiker Hans-Otto Scholl bestätigt, oder ob (der Gedanke ist kaum weniger schrecklich) das Ganze am Ende als eine verhängnisvolle Verwechslung dasteht, das herauszufinden ist Sache der Behörden. Was sich da inzwischen für ein Wust von Tatsachen und Vermutungen vor einem ausbreitet, ergibt weder belastend noch entlastend ein überzeugendes Bild. Hier ist also allein zu reden von den Reaktionen, die der Fall erzeugt.

Offene, häßliche Schadenfreude, wie sie in unappetitlicher und unverhohlen vorverurteilender Art der Kabarettist Dieter Hildebrandt noch am gleichen Abend, den Nachrichten vorausgehend, in seiner „Scheibenwischer“-Sendung an den Tag legte, bleibt auf die verschworene Gemeinschaft der Dummköpfe beschränkt. Auch die panikartige Vorabdistanzierung, die der neugewählte baden-württembergische FDP-Vorsitzende Döring zum Besten gab, darf man im Interesse dieser Partei, die rechtsstaatliches Denken und Handeln auf ihr Panier zu schreiben pflegt, nicht ernst nehmen.

Was bleibt, ist Entsetzen. Menschen, die Hans-Otto Scholl seit vielen Jahren kennen, mit ihm nicht nur über Geschäfte und Politik, sondern über Gott und die Welt, über Recht und Unrecht diskutiert haben, die diese seltsame Mischung aus Genialität, Intellekt und Exzentrizität selbst dann irgendwie bewundern haben, wenn sie sich als seine Gegner betrachteten - diese Menschen zermartern nun ihre Köpfe, um - falls sich die Sache wirklich so zugetragen hat - eine Brücke zwischen Mensch und Tat zu finden. Mancher wird dabei vielleicht einen erschrockenen Blick in das Labyrinth des eigenen Inneren werfen. Wozu ist der Mensch fähig, in die eine und in die andere Richtung? Wie nah ist er am Abgrund?

Freilich muß diese Nachdenklichkeit auch für die vielen anderen gelten, für vorbestrafte Sittlichkeitsverbrecher, kleine Diebe, Hochstapler, Terroristen. Auch um sie herum quälen sich Nahestehende mit der Frage, wo die Brücke zu ihren Taten sein mag. Der Fall Scholl, gleich wie er ausgeht, kann Anlaß sein, ohne Libertinage und Gesellschaftsanklage hinter Steckbriefen Gesichter zu suchen.



„Bosche moj! - Die Schweden haben Rucksack-U-Bootel!“

KLAUS BÖHLE

Vor der Härteprobe

Von Bernd Conrad

Dreizehn Monate nach dem Abbruch der Rüstungskontrollverhandlungen über strategische und Mittelstreckenwaffen hat sich Moskau bereit erklärt, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, ohne daß der Westen - wie gefordert war - zuvor die Stationierung von Pershing 2-Raketen und Marschflugkörpern rückgängig macht. Dieses Ergebnis der zweitägigen Genfer Gespräche der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko ist ein Fortschritt.

Vor Begeisterung über eine teilweise schon vor dem Genfer Treffen gefeierte „neue Runde der Entspannung zwischen West und Ost“ aber muß gewarnt werden. Denn Shultz und Gromyko haben kaum mehr als verbale Übereinstimmung erzielt. Die eigentliche Härteprobe wird sich erst bei den bevorstehenden Sachverhandlungen ergeben. Wie schwerwiegend die dabei zu erwartenden Probleme sein werden, zeigte sich schon in den nächtlichen Genfer Pressekonferenzen.

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Die Mittelstreckenwaffen und die Weltraumrüstung. Besonders die Westeuropäer waren daran interessiert, daß die Mittelstreckenraketen (INF = Intermediate-Range Nuclear Forces) bei der zu vereinbarenden Verhandlungsmaterie nicht unter den Tisch fallen. Tatsächlich hat sich Shultz hier - zumindest formell - durchgesetzt. Denn eine der drei für die Abrüstungsverhandlungen ins Auge gefaßten Arbeitsgruppen wird sich mit der INF-Problematik befassen. Welche geringe Bedeutung die Sowjets dem allerdings beimessen, zeigte sich darin, daß sie keinen Mittelstrecken-Experten zu den Außenministertgesprächen hinzuzogen.

Sowjetsprecher Lomejko wollte vor der Presse nicht einmal zugeben, daß seine Regierung die Vorbedingung einer Rückgängigmachung der angekauften westlichen Nachrüstung fallengelassen habe. Ihm kann entgegengehalten werden, daß die INF-Waffen im gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen „Statement“ ohne Vorbedingung als Verhandlungsgegenstand aufgeführt werden. Das wird die Russen aber nicht daran hindern, bei den kommenden Verhandlungen von neuem den Abbau der sta-

tionierten Pershing 2-Raketen und Marschflugkörper und einen Stationierungsstopp als Voraussetzung für eine Reduzierungsvereinbarung zu verlangen. Die Moskauer Sicht zeigte Sowjetsprecher Lomejko mit der grotesken Bemerkung: „Das Gerede über SS-20-Raketen ist eine Erfindung.“ Dahinter muß Taktik vermutet werden, die für den Mittelstreckenteil der Verhandlungen wenig Gutes verheißt.

Ähnlich diffus sieht es bei der Weltraumrüstung aus. Gromyko kann als Erfolg huchen, daß sich Shultz in der Abschlusserklärung die sowjetische Formel zu eigen gemacht hat, ein „Rüstungswettablauf im Weltall“ müsse verhindert werden. Nun beziehen die Amerikaner diesen Satz nicht auf sich: Dem ihr Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI = Strategic Defense Initiative) soll ja nicht die Weltraumrüstung ankurbeln, sondern durch die Abwehr von Offensivwaffen im Weltraum die Erde sicherer machen. Deshalb hat Shultz in seiner Genfer Pressekonferenz auch keinen Zweifel daran gelassen, daß Präsident Reagan auf die SDI nicht verzichten wird.

Das heißt, die Amerikaner haben den Sowjets in Genf zwar ein verbales Zugeständnis gemacht, in der Sache aber nicht nachgegeben. Und damit werden sich die Russen nicht abfinden. Für sie bildet die Verhinderung amerikanischer Weltraum-Defensivwaffen das entscheidende Motiv für die Rückkehr an den Verhandlungstisch. Denn mit einer erfolgreichen SDI-Ent-

wicklung würde die strategische Bedrohung Amerikas durch die Sowjets dahinschwänden und damit Moskaus Supermachtstellung erheblich reduziert. Deshalb werden die Sowjets in den Verhandlungen nicht aufhören, gegen das Forschungsprogramm Washingtons anzugehen.

Wichtig wird sein, wie weit die Realisierung von Fortschritten auf bestimmten Teilgebieten bei den Abrüstungsverhandlungen von Vereinbarungen auf anderen Teilgebieten abhängig gemacht werden wird. In der Genfer Abschlusserklärung haben Shultz und Gromyko die Wechselbeziehung zwischen den Bereichen der strategischen Waffen, der Mittelstreckenwaffen und der Weltraumrüstung hervorgehoben. Aber ihre Auslegung dieser Formel unterscheidet sich vermutlich sehr voneinander. Der amerikanische Außenminister meinte, man werde sehen, ob Fortschritte in einer Verhandlungsgruppe Auswirkungen auf die Arbeit anderer Gruppen haben werde. Die USA würden bei Teilvereinbarungen auch Teilvereinbarungen abschließen.

Eben dies aber werden die Sowjets nicht tun, weil sie sich damit eines Hebels begäben. So ist kaum mit Abmachungen über Mittelstreckenwaffen zu rechnen, wenn nicht gleichzeitig die sowjetischen Vorstellungen von einer Weltraum-Abrüstung verwirklicht werden. Andererseits können die USA - und genau dies wünschen die europäischen Verbündeten - Fortschritte in anderen Bereichen ihrerseits von einem russischen Entgegenkommen bei den INF-Waffen abhängig machen. Doch was nutzt das, wenn die Sowjets den Spieß umkehren? Dann bockiert einer den anderen.

Es stehen also harte und langwierige Verhandlungen bevor, deren Ausgang offen ist. Darum keine vorläufigen Lobpreisungen eines neuen Tauwetters! Gromykos Sprecher in Genf hat sich dazu realistisch geäußert, indem er jede Schlußfolgerung für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und das West-Ost-Verhältnis vom Verlauf der eigentlichen Verhandlungen abhängig machte.

IM GESPRÄCH Rafael Calderón

Anlehnung an Washington

Von Manfred Neuber

Wenn in Costa Rica - Mittelamerikas demokratischem Musterland - bei der Präsidentschaftswahl in diesem Jahr wie seit Jahrzehnten der Kandidat der jeweiligen Opposition siegt, können die Christlichen Demokraten triumphieren. Ihr Mann für San José heißt Rafael Calderón. Er ist mit einer Mexikanerin verheiratet und 35 Jahre alt, er würde der jüngste Präsident in der Geschichte des Landes werden.



Will Präsident werden, wie der Vater es war: Calderón. FOTO: DE WELT

Mit José Napoleon Duarte hat im vergangenen Jahr schon in El Salvador ein christlich-demokratischer Regierungschef sein Amt angetreten. Aller Voraussicht nach wird ihm dieses Jahr in Guatemala der christlich-demokratische Politiker Vinicio Cerezo in die Verantwortung folgen.

Bis auf die formelle Bestätigung durch seine Partei hat Rafael Calderón in Costa Rica zu verletzten und die Regierung einschüchtern zu wollen.

Außerst skeptisch beurteilt der Hoffnungsträger der christlich-sozialen Partei der Einheit die Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Lösung für Mittelamerika. Calderón sieht dafür bessere Aussichten im Forum der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) - unter Mitwirkung der USA.

Für Costa Rica verspricht er sich Vorteile, wenn dort eine Regierung ähnlicher Ausrichtung wie in Bonn, London und Washington die Führung übernimmt. Daß Monge das US-Angebot ausschlug, die Infrastruktur Costa Ricas im unwegbaren Grenzgebiet zu Nicaragua auszubauen, hält er für eine „verpönte Gelegenheit“.

Als Fehlschlag tut Calderón die Bodenreform der gegenwärtigen sozialdemokratischen Regierung ab. Den Campesinos sei zwar Land zugeteilt, aber keine weitere Hilfe gewährt worden. Daß er heute die Einhaltung der Auflagen des Weltwährungsfonds befristet und nicht mehr auf eine selbstbewußte Einstellung gegenüber dem IWF pocht, machen ihm konservative Kräfte in den eigenen Reihen zum Vorwurf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEU OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Sie meint zur Arbeitslosenethik:

Die Ansichten bleiben düster. Besonders bedrückend ist, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit ständig zunimmt. Immer größer wird die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die nun schon Jahre stempeln gehen und teilweise ihren Lebensunterhalt bereits mit Sozialhilfe bestreiten müssen. Auf der anderen Seite hat die Schwarzarbeit Hochkonjunktur.

BILD

Sie ärgert sich über Diplomatenpaß:

Wievil Schindluder ist schon mit dem Diplomatenpaß getrieben worden. Diebstähle, unbezahlte Rechnungen, Betrug, Schlägereien, alles wurde unter den Teppich gekehrt, weil die Täter mit dem Diplomatenpaß wecheln konnten. Dies ist internationale Praxis, von der UNO so gebilligt... Sie sollte sich in diesem Jahr eine große Aufgabe vornehmen: Diplomaten werden ab sofort wie ganz normale Bürger behandelt, wenn sie gegen Gesetze verstoßen.

Le Monde

Das Pariser Blatt beschäftigt sich mit der Attentatswelle:

Politisch ist der Augenblick zur Wiederaufnahme der Aktionen aus der Sicht der RAF nicht schlecht gewählt. Ihre Sympathisanten sind immer auf die Weigerung der anderen

Gruppen der extremen Linken - von den Autonomen bis zu den Revolutionären Zellen - gestoßen, den bewaffneten Kampf als Ziel an sich zu akzeptieren. Die Haltung der pazifistischen Bewegung, die sich wirkungsvoll gegen jede Gewalt gestellt hat, die Einfluß-Kämpfe, die sich gegenwärtig christlich oder sozialdemokratisch ausgerichtet Randgruppchen liefern, aber auch die Umwidmung der Grünen in eine wirklichen Partei lösen bei manchen Jüngeren eine Unzufriedenheit aus, die ausgenutzt werden kann.

Sünder Stadt-Anzeiger

Er schreibt zur Förderung der süd-afrikanischen Wirtschaftsverbindungen nach Gleichberechtigung:

Südafrikas allmächtigem Präsidenten Pieter Willem Botha muss sauer aufgestossen sein, was die führenden Wirtschaftsverbände seines Landes ihm jetzt ins politische Stammbuch geschrieben haben. Und das ausgerechnet auch noch zum Besuch des demokratischen US-Senators Kennedy. Denn die alten Argumente ziehen nun nicht mehr. Schließlich verstehen Südafrikas Wirtschaftsverbände sehr viel von Südafrika. Und ihnen, die den Reichtum dieses Landes managen, auf dem auch die politische Kraft dieses Staates beruht, kann niemand politische Blindheit vorwerfen. Gewiss: auch Eigennutz ist im Spiel, wenn sie ihren politischen Forderungskatalog vorlegen. Garantieren doch nach alter Erfahrung nur zufriedene, freie Arbeiter (und Kunden) ein reibungsloses Geschäft. Arbeiter in Südafrika aber sind vor allem die Schwarzen.

Was den Sozialdemokraten fehlt, ist ein Führer

Peter Glotz legt ein Strategiepapier vor / Von Herbert Kremp

Wenn eine Organisation „Strategiepapier“ entwirft, stimmt mit ihr etwas nicht. Der Vor- und Nachdenker der Sozialdemokraten, Peter Glotz, räumt dies auch ein. Der Partei gebe es an „Kampagnefähigkeit“ und an Anziehungskraft auf jüngere Menschen; sie habe sechs bis sieben Jahrgänge der Nachwuchsenden an die Grünen verloren. Das ist ein offenes Wort, aber es berührt nicht die Gründe für den unbefriedigenden Zustand der SPD.

Was ihr eigentlich fehlt, umgeht der Bundesgeschäftsführer. Die Person an der Spitze, die Hoffnungen zu wecken vermag, der Optimismus, der die Sinne erfrischt; die Kompetenz, die Berge versetzt. Die Partei wirkt auf die breite Öffentlichkeit depressiv. Sie äugt nach den Wählerpotentialen der Friedensbewegung, der Frauen- und Umweltbewegung, der Dritte-Welt-Bewegung und der Arbeitslosen-Initiativen. Die Stimmen, die wir aus diesen Gruppen hören, gleichen Klagechören. Sie stehen am Rand der Bühne, auf der das politische Stück der Republik aufgeführt wird. Warum gelingt es der sozialdemokratischen Partei nicht, sich von exotischer Soziologie zu befreien?

Es gibt wohl keine Nachricht, die das Lager der Opposition während der „stillen Tage“ tiefer getroffen hätte, als die über das erstaunliche Wachstum der Zuversicht im Lande. Dies war keine Botschaft vom Rande, sondern aus dem Zentrum. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel reagierte sinnig: Er legte Lächeln auf, er versprach, die tägliche Arbeitszeit von 16 auf 14 Stunden zu kürzen und auch einmal „fünfe gerade sein zu lassen“. Willy Brandt, der Parteivorsitzende, hüllte sich in Schweigen. Die Partei und die weitere Öffentlichkeit hören wenig von dem Politiker, der 1972 die Hoffnungen auf sich zu ziehen wußte, heute aber zum ersten Repräsentanten der Depression geworden ist. Putzwohl fühlt sich nach eigenem Bekunden nur ein Sozialdemokrat der ehemalige Bundeskanzler Schmidt - beim Klavierspiel mit Pianistenfreunden.

Die Stimmung beeinflusst die politische Aussage. Auch sie bleibt in der Randposition, die man auch Abseits nennen könnte. Die Sprecher der Sozialdemokraten sehen den Frieden gefährdet, sie wännen sich in einer Ellenbogengesellschaft, in einem Land voller sozialer Ungerechtigkeit. Lichtblicke gibt es nicht. In der gerade vorgelegten „Bilanz einer Wende, Dokumentation der Deutschland- und Ostpolitik“ heißt die SPD bei der im Februar letzten Jahres im Bundestag erklärten Gemeinsamkeit. Sie kündigt nicht. Aber sie schiebt die Frage nach, ob die Deutschland- und Ostpolitik, wie sie vor dreizehn Jahren eingeleitet wurde, jetzt „vor dem Ende“ sei. Ist die deutsche Frage offen oder sind die Akten geschlossen? Eine klare, widerspruchsfreie Antwort vermag die Partei heute nicht zu geben.

Widersprüchlich ist auch die Beziehung zu den Grünen und Alternativen. Börner in Hessen ist nicht vor dem Ende, sondern am Ende. Lafontaine forderte von den Grünen nicht Duldung, sondern Mitverantwortung und erhielt eine Absage. In Berlin kämpft Hans Apel

zwischen den Fronten der eigenen Partei. Eine exzentrische Alternative tut sich auf. Apel wird entweder Regierender Bürgermeister oder er verschwindet aus der Politik. Den Sozialdemokraten fehlt es eigentlich nicht an Organisation, wie Peter Glotz meint, sondern an Klarheit, an Identität. Wer sie wählt, kann nicht voraussehen, welche Art Regierung er erhält. Darüber gibt Peter Glotz in seinem Strategiepapier keine Antwort.

Der Aufruf, die „Kampagnefähigkeit“ der Partei zu stärken, klingt rätselhaft. Was versteht Glotz unter Kampagne? Meint er damit wilde Demonstrationen, Straßenaufmärsche? Dem Bürger in der breiten Mitte wäre das nicht geneuer, der will sich von etwas überzeugen lassen, von einer blühenden Aussage, von Leistung. Die Kampagne aber verfolgt historisch nachweisbar die Absicht, den Menschen etwas Politisches einzutrichern. Sie ist ein Begriff aus der Kampfsprache hierarchischer, unliberaler Parteien. In der politischen Sprache unserer Staatsform siedelt das Wort am Rand. Grüne,

Alternative, Kommunisten, Faschisten starteten und starten Kampagnen. Sie sind das Gegenteil des Arguments. Da die SPD sich als demokratische Partei versteht, signalisiert eine solche Wortwahl Hilflosigkeit. Und was soll der Inhalt der Kampagne sein? Etwa „Ferien mit der SPD“, wie Glotz empfiehlt? Man kann sich einen schöneren Urlaub denken.

Für Gäste ist die Villa am Rhein gewachsen

Die Gäste, die gestern Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Neujahrsempfang geladen hatte, erlebten nicht nur einen neuen Präsidenten; auch sein Amtssitz, die in tiefen Schnee gehüllte Villa Hammerschmidt, zeigte sich mit einem neuen Gesicht.

Von EVI KEIL

Präsident ist er nun schon seit einem halben Jahr, doch Hausherr in der Villa Hammerschmidt ist Richard von Weizsäcker erst jetzt. In diesen Tagen bezog der Bundespräsident die von Grund auf renovierte Villa am Rhein.

Der Umbau des nach dem geheimen Kommandanten Rudolf Hammerschmidt benannten Prunkbaus am Rhein, den der Bund nach dem Krieg für 750 000 Mark erworben hatte, kostete 1,9 Millionen Mark. Offizieller Grund der Renovierung war die veraltete, zum Teil völlig verrottene Heizungsanlage.

Da durch diese Arbeiten größere Eingriffe an Wänden und Decken notwendig waren, nutzte der Bund die Arbeiten zu einer gründlichen Renovierung.

Der Münchner Architekt Professor Otto Meitinger und die Bundesbaudirektion hatten sich das Ziel gesetzt, ein möglichst harmonisches Verhältnis zwischen innen und außen herzustellen. Das hieß für sie, die spätklassizistischen Elemente der Fassade auch im Inneren anklängen zu lassen. Dies ist nach dem Urteil fachkundiger Besucher exzellent gelungen. Und auch der Präsident schien, als er seinen Amtssitz den Bonner Journalisten vorstellte, mit den baulichen Veränderungen zufrieden zu sein.

Richard von Weizsäcker und seine Gemahlin wohnen in den nächsten Jahren zwischen Empire-Möbeln und einer Anzahl wertvoller Gemälde verschiedener Stilrichtungen. Die Möbel sind Leihgaben aus dem Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel, wo einst Jérôme Bonaparte, beim Volke besser bekannt als „König Lustig“, lebte. Doch nicht alles ist echt: Ein Teil der „Empire-Stühle“ stammen aus dem Jahre 1984. Die Bilder sind Leihgaben aus den Depots der Bundesländer.

Alle Räume im Parterre wurden in ein blendend kalkiges Weiß getaucht. Die von dem damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel vor zehn Jahren eingebaute blaue Holzdecke im Esszimmer wurde wieder entfernt.

Die Renovierung läßt erkennen: Richard von Weizsäcker wird das Haus in noch größerem Umfang als seine Vorgänger für Gäste öffnen. Der Präsident verzichtete auf das großzügige Arbeitszimmer der früheren Präsidenten Carstens und Scheel im Parterre. Er richtete sich eher bescheiden in dem ehemaligen kleinen Wohnzimmer ein. Das nur 25 Quadratmeter große Zimmer hat eine Verbindungstür zum „Palmenhaus“, in dem sein persönlicher Referent arbeitet.



Die dunkle Holzvertiefung im Arbeitszimmer des Präsidenten ist verschwunden, die Wände sind weiß gestrichen. Richard von Weizsäcker wählte sich zum Ansehen den kleinen früheren Teesalon.

FOTOS: DPA

Durch den Verzicht auf das repräsentative Arbeitszimmer würden drei durchgehende Räume mit Blick auf den Rhein geschaffen, die für Empfänge und Essen genutzt werden können.

Im freundlich-lichten Foyer hängen, dem Wunsch des Hausherrn entsprechend, die Bilder von Reichspräsident Friedrich Ebert und vom ersten Nachkriegsbewohner der Villa Hammerschmidt: Theodor Heuss.

Einige Schritte weiter in Richtung Park hängen im Verbindungstrakt Porträts von Reichkanzler Otto von Bismarck und das Bild des ersten deutschen Reichspräsidenten Eduard von Simson. Im früheren Arbeitszimmer der Präsidenten dominiert ein großes Gemälde von Roelant Savery (1576-1639) mit dem Titel „Der Eichwald“.

Für Freunde des Expressionismus sind die Wände in dem sich anschließenden Salon eine Augenweide. Mit seinen wilden blau-rotten Farben fällt

Emil Nolde's Werk „Das Meer“ ins Auge. Dazu kommen ein früher und später Beckmann, ein Gemälde von August Macke sowie Karl Schmidt-Rottluffs „Mond mit Gartentor“.

Im Kamminzimmer wurde der seit zwei Jahrzehnten vermauerte Kamin wieder offengelegt und nutzbar gemacht. Die zahlreichen Empire-Sofas und Sessel haben rabenschwarze Bezüge aus gewebtem chinesischem Roßhaar. Für die Sitzmöbel im kleinen Arbeitszimmer des Präsidenten wählte man grünes Roßhaar.

Hier, wo ein fast zierlicher Schreibtisch und ein schlichter Sekretär den Raum beherrschen, wirkt alles etwas einfacher und bescheidener. Auf dem Schreibtisch steht ein Foto der Mutter des Präsidenten, auf einem kleinen Silbertablett ein Fläschchen Mineralwasser.

Auch die Bilder an den Wänden wirken bescheidener als die in den anderen Räumen. Richard von Weizsäcker schaut auf ein kleines Ölbild

mit dem Dom von Erfurt, den er vor knapp einem Jahr besuchte. Im Rücken hängen Stiche mit Porträts von Lessing und Kant. „Das ist die Aufklärung“, merkt der Hausherr lächelnd an. Durch das Fenster fällt der Blick des Bundespräsidenten durch den zur Zeit tief verschneiten Park der Villa auf den Rhein.

Als Privatleute werden die Weizsäcker in den nächsten Tagen in die oberen Räume des Hauses ziehen. Das Obergeschoß ist geliebter, wie es war. Nur die drei Räume, die das Präsidenten-Ehepaar beziehen wird, wurden frisch gestrichen. Die Übergangszeit, in der das Ehepaar von Weizsäcker in der früheren Außenministervilla auf dem Bonner Venusberg „aus den Koffern“ lebte, so der Präsident, ist nun bald vorbei.

Gestern erlebte das neue alte Domizil seine erste große Premiere: Der Bundespräsident gab seinen Neujahrsempfang.

Wo Japan längst klotzt, kleckern die Deutschen noch

Der Überschuss im deutschen Außenhandel kletterte 1984 auf einen neuen Höchststand. Doch gegenüber Japan mußten die Deutschen ein Rekord-Defizit hinnehmen. Warum - dafür gibt es ein Bündel von Gründen.

Von H.-J. MAHNKE

Auch in Tokio gibt sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann anders als sein Vorgänger. Otto Graf Lambsdorff hatte seine regelmäßigen Visiten in Japan häufig dazu benutzt, eine innenpolitische Diskussion auszulösen, so über die Arbeitsmoral der Deutschen. Martin Bangemann, der am Wochenende wieder in seiner Wohnung in Metzlingen erwartet wird, will seinen Gesprächspartnern - er trifft heute Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone klarmachen, daß an der deutschen Krankheit nichts mehr dran ist, daß die Firmen wieder vor Selbstbewußtsein strotzen, wie Umfragen von BDI und DIET zeigen, daß sie sich auch technologisch zur Weltspitze zählen, daß sie sich vor den Japanern nicht verstecken müssen.

Obwohl die deutschen Exporte nach Japan von Januar bis Oktober 1984 überproportional um 26 Prozent gestiegen sind, war der Fehlbetrag mit 9,3 Milliarden Mark in diesen neun Monaten bereits höher als im gesamten Jahr 1983, als das bisher höchste Defizit registriert worden war. Denn die japanischen Exporte waren noch stiller nach oben geschossen. Mit 14,92 Milliarden Mark waren sie mehr als zweieinhalbmal so gewichtig wie die deutschen Lieferungen von 5,62 Milliarden.

In diesem Ungleichgewicht sieht die deutsche Delegation nicht das eigentliche Problem. Denn der sture Bilateralismus, also der Ausgleich der Warenströme möglichst mit jedem Land, steht in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich und den USA nicht hoch im Kurs. „Die weltweite, die multila-

terale Bilanz muß stimmen“, betonte gestern Bangemann in Tokio. „Dies ist für Japan nicht der Fall.“

Denn auch die Leistungsbilanz des fernöstlichen Inselreiches, in der neben dem Warenverkehr auch die Dienstleistungen, die Entwicklungshilfe oder die Zahlungen an internationale Institutionen registriert werden, weist seit Jahren gewaltige Überschüsse auf. Für Bangemann „ein gravierendes Problem für die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung“. Der enorme Kapitalexport in die USA könne auf Dauer kein Ausgleich sein. Die Bundesrepublik stand zu Zeiten des Wirtschaftswunders Ende der fünfziger Jahre vor ähnlichen Problemen. Damals griff die Bundesregierung auf Drängen der Partner zu einseitigen Zollsenkungen.

Mit einseitigen Maßnahmen ist dies in Japan so eine Sache. In den vergangenen drei Jahren hat Tokio insgesamt sechs Pakete für eine bessere Öffnung der Märkte geschickt, die über Zollsenkungen hinausgingen und in denen manche Wünsche und Klagen der Handelspartner berücksichtigt wurden. Auf dem Papier, in den Gesetzen und Verordnungen ist Japan heute liberaler als die Europäische Gemeinschaft. Dennoch: Die japanischen Importe bestehen erst zu 26 Prozent aus Fertigwaren. In der Bundesrepublik und in den USA liegen diese Quoten bei 57 Prozent.

Dies ist die Folge einer ungenügenden Integration Japans in die Weltwirtschaft, jedenfalls auf der Einfuhrseite. Das Inselreich ist zwar nach dem Urteil von Experten kein geschlossener Markt mehr, es weist jedoch eine geschlossene Gesellschaft auf Parolen wie „Kauf heimische Erzeugnisse“, zu denen in Frankreich und Großbritannien immer wieder gegriffen wird, sind in Japan überflüssig. Man tut's auch so.

Bangemann kann sich morgen, wenn er die großen Kaufhäuser Hankyu und Seibu in der Ginja besucht, davon überzeugen, daß den ausländischen Produkten allenfalls Marktchancen bleiben, daß sie in der Regel

sehr teuer angeboten werden, oft zum Leidwesen der Exporteure, die so kein Massengeschäft machen können. Hinzu kommt ein schwieriges Vertriebssystem, das Nicht-Japaner kaum durchschauen können.

Mit solchen Problemen müssen sich die Japaner nicht herumschlagen. Ihre Export-Offensiven, die sich auf wenige Produkte beschränken, sorgen für Unruhe, bringen die Märkte in anderen Ländern in Unordnung. Sie stützen sich auf das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik, die beispielsweise ist. So werden gemeinsam zukunftsstrahlende Produkte geortet und ihre Entwicklung mit staatlicher Hilfe vorangetrieben. Die Firmen bauen riesige Produktionsanlagen, deren Kapazitäten am Weltmarkt orientiert sind. Die Chancen für andere Anbieter sind gering.

Lambsdorff hat hierfür den Begriff des Protektionismus der dritten Generation geprägt. Den Bangemann jetzt in Tokio aufgegriffen hat. Nicht Unternehmen stehen, falls sich dieses Verhalten weiter durchsetzt, dann im Wettbewerb, sondern Staaten. Dieses muß den Welthandel, eine der Hauptquellen des Wohlstands, treffen.

Viele Industriestaaten drängen die Japaner zur Zurückhaltung, zu Exportselbstbeschränkungs-Abkommen. Dieses stranguliert auch den Warenaustausch und löst das Problem nicht. Denn die Japaner können ihre Erzeugnisse zu höheren Preisen absetzen, was ihre Fähigkeit stärkt, sich auf weitere Produkte zu werfen.

Aus deutscher Sicht ist dies kein Ausweg, auch wenn er von anderen EG-Staaten stark favorisiert wird. Die deutschen Firmen geben sich selbstbewußter, sie wollen über verstärkte Exporte nach Japan das Problem entschärfen. Einige können in den letzten Monaten Erfolge vorweisen. Ob dies reicht, ist fraglich. Ohne Veränderungen in Japan selbst werden auch die schönsten Programme, die in Tokio jetzt wieder propagiert werden, nicht viel nutzen. Aber dies braucht Zeit.

Das schwarze Harlem ist für Weiße zum Geheimtip geworden

Jahrzehntlang verfiel Harlem, und wurde zum größten Slum Amerikas. Doch nun siedeln sich wieder Weiße und wohlhabende Schwarze hier an und beginnen mit der Sanierung. Einer Sanierung freilich, die unter den Armen umstritten ist, weil sie an ihr bislang kaum teilhaben.

Von HANS-JÜRGEN STÜCK

Jedesmal wenn Stefan Bosworth, Lehrer in New York, seine Eltern in Kalifornien besucht, hat er ein „Schockerlebnis“, denn plötzlich sind in Geschäften und Restaurants fast alle Menschen weiß. Das ist kein Wunder, denn Bosworth, ein Weißer, wohnt im New Yorker Schwarzen-Viertel Harlem, wo er oft tagelang kaum einen Weißen sieht.

Der 37jährige Lehrer gehört zu der kleinen, aber langsam wachsenden Zahl weißer Harlem-Bewohner, die zusammen mit gut verdienenden Schwarzen ein Zeichen gesetzt haben: Seht her, wir leben hier, allen Vorurteilen zum Trotz, und fühlen uns sogar wohl dabei. Ihre Zahl beläuft sich mittlerweile auf einige hundert.

Noch sind die neu Zugezogenen, meist Akademiker, eine kleine Vorhut. Doch nicht wenige New Yorker, darunter Grundstücksmakler mit guter Nase, glauben schon jetzt, daß in Harlem, seit Jahrzehnten nicht nur die Kapitale Schwarz-Amerikas, sondern auch einer der schlimmsten Slums der USA, eine spektakuläre Wende zum Besseren nicht mehr ausgeschlossen ist.

Auf den ersten Blick scheint dies kaum vorstellbar. Die meist verkommenen Häuserzeilen zwischen Manhattan 100. und 155. Straße, mit vielen Gebäuden, die ausgebrannt, verlassen oder mit Brettern zugemauert sind, bieten nach wie vor einen schauerlichen Anblick. Doch zumindest unter Kennern wird dort schon wieder manches Grundstück als Geheimtip gehandelt, und manche Straßenzüge, wie ein Abschnitt der 148. Straße, wo Lehrer Bosworth neben einem schwarzen Klinik-Psychologen ein Haus gekauft hat, erstrahlen wieder in neuem Glanz.

Bereiteter Zeuge für den Wandel in Harlem, so beschränkt er auch noch auf einige „neighbourhoods“ sein mag, ist auch Sylvia Woods, die ein Restaurant an der Lenox-Avenue betreibt. „Vor zehn Jahren war hier nie

ein weißes Gesicht zu sehen“, so sagt die resolute Gastronomin (Spezialität Maisbrot und gegribbte Rippen), „aber jetzt ist meine Kundschaft am Wochenende immer zu 40 Prozent weiß, und an Werktagen zumindest zu 25 Prozent.“ Die meisten ihrer weißen Besucher sind Theater-Fans, die sich wieder nach Harlem wagen.

Was sich derzeit im Viertel abspielt, wo sich schon an mehreren Straßen schwarze und weiße Mittelschicht angesiedelt hat, würde anderswo schlicht Stadtsanierung heißen. In Harlem und anderen Slums in Amerika nennt man dies „Gentrification“, was soviel wie Sanierung mit soziologischem Aufwertungseffekt bedeutet.

Doch für viele der knapp 300 000 Schwarzen, die in Harlem wohnen - vor zehn Jahren waren es noch knapp 400 000 - ist „Gentrification“ längst zum Reizwort geworden. Sie können sich keine Hauskäufe oder teuren Renovierungen leisten und müssen neidvoll zusehen, wie wildfremde Weiße oder Schwarze zum Verkauf anstehende Gebäude erwerben und zu Oasen des Wohlstands ausbauen. Deshalb gilt, seit „Gentrification“ be-

gann, ein ungeschriebenes Gesetz, daß dies behutsam erfolgen muß.

So weigert sich zum Beispiel die Stadt New York, der - meist aufgrund von Pfändungen - fast 60 Prozent des Viertels gehört, die vielen tausend Häuser und Wohnblocks in ihrem Besitz zu versteigern, da dies zu einer Explosion aufgeregter Ressentiments führen könnte. Der Stadt gehören auch Hunderte von heißbegehrten „Brownstones“, schmucken Reihenhäusern mit idyllischem Treppenaufgang und mindestens 12 Zimmern, wie Lehrer Bosworth seit einigen Jahren eins besitzt.

„Gentrification tötet!“, war auf Protestschildern zu lesen, die Demonstranten hochhielten, als Bürgermeister Koch und der New Yorker Gouverneur Mario Cuomo eine Besichtigungsfahrt zum wiedererstrahlenden Glanzpunkt des Viertels, einem renovierten Einkaufszentrum, und dem wiedereröffneten traditionsreichen Apollo-Varieté-Theater an der 125. Straße unternahmen.

Die „Gentrifier“ wie Bosworth und Nachbar Craig Polite kaufen vor und nach, drei Jahren, als die Preise noch im Keller waren. Beide sind von ihren „Brownstones“ begeistert, und ihre Schilderung des Harlem-Alltags

entspricht kaum den Horrorgeschichten, die im restlichen New York über das Viertel kursieren.

Bosworth hat zwar zwei Schäferhunde, die Frau und Söhnchen Ian Gesellschaft leisten und nachts jeden Einbrecher verjagen würden. Doch die Zähne fletschen mußten sie noch nie. Von Kriminalität haben wir hier noch nichts gespürt“, so Bosworth, „das einzige Problem, das wir in Harlem haben, sind die schlechten Geschäfte. Zum Einkauf müssen wir nach New York fahren.“ Damit meint er die südlichen Teil Manhattan, die Welt der Weißen.

„Denken Sie nur, was für eine Gegend“, schwärmt Nachbar Polite. „Duke Ellington und Louis Armstrong wohnten einst um die Ecke, und zu meiner Klinik kann ich laufen. In 20 Minuten bin ich mit der U-Bahn im Stadtzentrum oder mit dem Auto am Tennisplatz in New York.“

In Harlems besseren Gegenden, wo schon punktuell Renovierungen stattgefunden haben, sind die Grundstückspreise längst wie jene, die anderswo in New York City gefordert werden. Dies schuf Bitterkeit bei den Altbewohnern, so zum Beispiel bei Pfarrer Calvin Butte, der schon lange eine bessere Bleibe für sich und seine

Familie sucht. „Als ich jüngst ein passendes Haus besichtigte“, so der schwarze Geistliche einer armen Baptisten-Gemeinde, „wollte der Makler 135 000 Dollar (umgerechnet 400 000 Mark) dafür haben, da habe ich nur mit dem Kopf geschüttelt und bin traurig nach Hause gegangen.“

Pfarrer Butte und andere prominente Schwarze bangen zwar um die Identität ihres Schwarzen-Viertels, aber auch sie hoffen, daß sich „Gentrification“, behutsam betrieben, dennoch zum Vorteil der Minderbegrühten auswirkt. Die Hoffnung gründet sich vor allem darauf, daß letztendlich ganz Harlem samt Geschäftswelt und Infrastruktur davon profitieren muß, wenn sich immer mehr Sanierungs-Projekte herausbilden.

Trotz mancher Bitterkeit also - die schmuck wieder hergerichtet, „Brownstones“, das Apollo-Theater aus Louis Armstrongs Glanzzeiten, in dem wieder die allseits beliebten Talentproben für schwarze Sänger und Tänzer stattfinden, sind schon Hoffungsschimmer. Aber ob es jemals wieder dazu kommt, daß wie in den zwanziger Jahren allabendlich Zehntausende zum Vergnügen nach Harlem pilgerten - das muß der Zukunft überlassen bleiben. (SAD)

Cafael Calderón
Washington
DER ANDERE



25 Jahre Ideen für den Privatkunden Unser neuer Sparplan: Der richtige Weg, finanziell vorzusorgen.

Es gibt viele Gründe, finanziell vorzusorgen. Zum Beispiel für ein zusätzliches Einkommen nach dem Berufsleben oder für die finanzielle Sicherheit Ihrer Familie. Mit einem **Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz** erreichen Sie Ihr Vorsorgeziel.

Und so sieht unser Sparplan aus:

- Sie bestimmen, welchen Sparbetrag Sie anlegen. Einmal oder regelmäßig.
- Die Vertragsdauer zwischen 8 und 25 Jahren richten Sie danach aus, wann Sie Ihr Vorsorgeziel erreichen wollen.
- Sie entscheiden selbst, ob Sie Ihren Sparplan mit einer Risiko-Lebensversicherung kombinieren.

Und das sind Ihre Vorteile:

Zinsen
Ihre Einzahlungen werden sofort gut verzinst. Zur Zeit mit 6% im Jahr. Über Einzahlungen, Zinsgutschriften und Stand Ihres Vorsorgeguthabens informieren wir Sie regelmäßig.

Bonus
Sie erhalten am Ende der Vertragsdauer einen Bonus auf Ihr eingezahltes Vorsorgekapital. Zum Beispiel 15% nach 15 Jahren oder 30% nach 20 Jahren. Diesen Bonus sagen wir Ihnen schon heute fest zu.

Hoher Ertrag
Mit Bonus, Zinsen und Zinseszinsen kann sich Ihr Vorsorgekapital nach heutigem Stand bei regelmäßigen Einzahlungen schon nach 20 Jahren mehr als verdoppeln. Bei Einmalzahlung bereits nach 12 Jahren.

Unsere Kundenberater zeigen Ihnen den richtigen Weg für Ihre finanzielle Vorsorge.
Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.



Der Fortschritt der den Abstand



Die neue Mittlere Mercedes-Klasse 200 D - 300 E

Mit der neuen Generation seiner Mittleren Klasse präsentiert Mercedes-Benz die richtungweisende Weiterentwicklung seiner weltweit erfolgreichen Fahrzeugkonzeption: die Mercedes-Limousinen mit großzügigem Raumkomfort für Beruf und Familie. Automobile, die das klassische Anliegen unseres Hauses in einer neuen Wertdimension erfüllen: Ihnen wiederum ein wesentli-

ches Mehr an Wohlbefinden zu geben für das tägliche Fahren. Ein überlegenes Plus an Fahrqualität und Leistung bei frapperend weniger Verbrauch. Noch mehr entspannende Atmosphäre und Sicherheit, Wertsubstanz und Zuverlässigkeit. Und nicht zuletzt die kraftvolle Ausstrahlung einer ebenso eleganten wie funktional begründeten Form.

Der einzigartige Innenraum-Charakter: Mercedes-typische Geborgenheit, großzügige Bewegungsfreiheit. Neue Sitze. Elektronische Heizregelung. Die Akustik: Wohlthuende Summe aus Laufruhe, konsequenter Schalldämpfung und der überlegenen Aerodynamik - mit 0,29 bis 0,30 c_w internationale Spitzenklasse - und das ohne die Nachteile starker Innenraumaufheizung oder eingeschränkter Raumkomforts. Ein neues fahrerisches Erlebnis - eine

beispielgebende Klasse aktiver Sicherheit. Neuentwickelte Motoren bei Benzinern und Dieseln. Mit Leistungen, Laufkomfort und Hochleistungs-Dauerfestigkeit, die klare Leitmarken nach oben setzen. Während Gewicht, Verbrauch, Abgaszusammensetzung und Außengeräusch mit neuen Idealwerten nach unten zeigen. Dabei ist die vollständige Kapselung des Triebwerks bei allen Diesel-Modellen ein richtungweisender Beitrag zum akustischen Umweltschutz. Jedes Modell der neuen Generation hat einen Verbrauch im Euro-Mix von weniger als 10 Litern. Dem stehen - im Vergleich zu den Vorgängern - bis zu 30% mehr Beschleunigung gegenüber. Nach Mercedes-Prinzip schon in den unteren Drehzahlbereichen. In siebenjähriger Entwicklung entstand eine völlig neue Sechszylinder-Generation.

Mit mechanisch/elektronisch gesteuert Benzin-Einspritzung - das technologische Optimum an Zuverlässigkeit und Präzision. Einspritzung und Zündung durch Mikroporzessor gesteuert. 140 kW (190 PS) bei 300 E, Beschleunigung in 7,9 Sekunden 0 auf 100 km/h bei höchster Laufruhe und extrem niedrigem Verbrauch. Zur Antriebsqualität in neuer Größenordnung addieren sich die revolutionären Vorzüge des Mercedes-Fahrwerks: Dämpferbein-Vorderachse und Raumliker-Hinterachse. Fahrkomfort und Fahrsicherheit - auch bei engagierter Kurvenfahrt nicht zuletzt durch die 15-Zoll-Räder mit Niederquerschnittreifen. Insgesamt einmal gesichertes Fahren, auf dem Sektor aktiver Sicherheit Bestätigung der unangefochtenen Kompetenz von Mercedes-Benz. Sie gilt auch für Fahrerplatz und Bed-

Fortschritt, un- deutlich macht.

DEWE 8121



**ungskomfort: Konsequenz ergonomisch -
hine Effekte - für größtmögliche Entspan-
nung und klare Fahrerinformation. Und mit
billig neuen Komfort-Ideen, die nicht
uletzt der Sicherheit dienen: Fahrersitz mit
Höhenverstellung und Verstellung der Sitz-
rückenlehne, Kopfstützen mit Handrad in
er Höhe verstellbar, elektronisch ge-
steuerte Gurtschrafer serienmäßig an beiden
Vordersitzen; Kontrollanzeigen für Motoröl,
Kühlmittel und Scheibenwaschwasser. Da-
zu Lampenausfallkontrolle der gesamten
Außenbeleuchtung. Eine weitere, völlig
neue Idee wurde perfekt realisiert: Der hub-
gesteuerte Panorama-Scheibenwischer mit
dem größten Wischfeld aller heute gebauten
KW (86% der Frontscheibe).**
**Umweltfreundliche Technologie ist bei
Mercedes-Benz selbstverständlich.**
• Fahrzeuge mit katalytischer Abgasreini-

gungsanlage sind von Anfang an im Ange-
bot. Sie können diese Fahrzeuge aber auch
für den nachträglichen Einbau der Anlage
vorbereiten lassen.
► Wenn Sie sich jetzt für keine dieser bei-
den Möglichkeiten entscheiden: Jeder
heute gebaute Mercedes-PKW ist in der
Zukunft mit einer Abgasreinigungsanlage
nachrüstbar.
► Alle PKW-Modelle von Mercedes erfül-
len bereits heute die ECE-Norm 15/04, die
erst ab 1986 vorgeschrieben ist.
► Mercedes-Diesels sind von Natur aus
schadstoffarm und damit umweltfreund-
lich. Für sie ist „bleifrei“ oder „verbleit“ von
vornherein kein Thema.
**Neue Werte zählen im gesamten Fahrzeug:
Eindrucksvolle Gewichtsreduzierungen bis
zu 135 kg gehen einher mit noch mehr Fahr-
zeugstabilität und Sicherheit. Und diese**

hochstabile Leichtbauweise ist kein Wider-
spruch zur weitergesteigerten Mercedes-
typischen Wertbeständigkeit und Zuverläs-
sigkeit.
Andere Automobilhersteller lenken das
Augenmerk der Käufer auf diese oder jene
technische Besonderheit, die anderweitigen
Durchschnitt überdecken soll. Anders bei
Mercedes - auch bei der neuen Fahrzeug-
Generation. Sie ist der Beweis für Kompe-
tenz in allen Bereichen, die allein den
umfassenden Fortschritt und damit diesen
unerreichten Gesamtnutzen schafft. „Kein
Zweifel. Noch nie war Mercedes so fort-
schrittlich wie heute.“ (auto, motor und
sport, Heft 24/84).

Eine Probefahrt läßt Sie erleben, was dieser
Fortschritt bedeutet.

**Das Programm
der neuen Mercedes-Generation:**

| | kW/PS | | kW/PS | |
|-------|--------|-------|---------|--|
| 200 D | 53/ 72 | 200 | 80/109 | |
| 250 D | 66/ 90 | 230 E | 100/136 | |
| 300 D | 80/109 | 260 E | 125/170 | |
| | | 300 E | 140/190 | |



Mercedes-Benz
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Positives Echo auf die Warnung von Wernitz

Sicherheitsbehörden: Hungerstreik mit RAF abgestimmt

PETER PHILIPPS, Bonn
Die Sicherheitsdienststellen in der Bundesrepublik Deutschland halten die momentane Sicherheitslage wegen der erneut aufflammenden Terrorismus-Aktivitäten für „bedrohlich“. Bereits seit dem Sommer 1984 war die Kommunikation zwischen den inhaftierten Gewalttätern stärker geworden, hatten sich neue Aktionen angekündigt. Die Hungerstreiks waren immer wieder hinausgeschoben worden – so die Erkenntnisse der Behörden –, weil die einsitzenden Terroristen warteten, bis sie durch neue Gewalttaten der RAF „von außen unterstützt“ werden könnten.

Insofern wird die Warnung des SPD-Bundestagsabgeordneten Axel Wernitz als durchaus angebracht und als „Zeichen von Verantwortungsbewusstsein“ angesehen. Der Parlamentarier sei im übrigen als Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses ja auch „gut informiert“. Dennoch wird angemerkt, daß sich Wernitz mit seiner Forderung nach der Wiedereinführung der Kontaktsperrung für inhaftierte Terroristen „in voller Schärfe“ doch sehr unklar ausgedrückt habe. Das Gesetz sei heute in Kraft, die Anwendung der Kontaktsperrung aber eben an ganz bestimmte, eng umrissene Voraussetzungen geknüpft. Vor allem müsse eine „gegenwärtige Ge-

fahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person“ durch eine terroristische Vereinigung vorhanden sein. Dies wird richtigerlich nachgeprüft.

Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum sprach gestern gegenüber der Hannoverschen Neuen Presse ebenfalls davon, daß man „die kriminelle Energie der Rest-RAF nicht unterschätzen“ dürfe. Er forderte, im Bundestag über die gegenwärtige Sicherheitslage „in aller Ruhe zu diskutieren“. Doch warnte Baum – in ähnlichen Worten wie am Vortag ein Sprecher von Generalbundesanwalt Kurt Rehmann – davor, daß „Hysterie kein guter Ratgeber ist“. Er unterstrich die Absicht seiner Partei, entgegen den Wernitz-Gedanken zu einer „Liberalisierung des geltenden Kontaktsperr-Gesetzes“ zu kommen. Den Auftrag für entsprechende Überlegungen hat Justizminister Engelhard seit vielen Monaten. Wie gestern vom baden-württembergischen Justizministerium bestätigt wurde, besteht bei dem hungernden RAF-Häftling Christian Klar inzwischen „Anlaß zu Besorgnis“. Auch bei seinen Gesinnungsgenossen könne bei einem Andauern des Hungerstreiks „eine eventuell sehr schnell eintretende, dramatische und lebensbedrohliche Verschlechterung des Gesundheitszustands“ eintreten.

Die drei Ebenen: Häftlinge, „Legale“ und „harter Kern“

WERNER KAHL, Bonn
Ein einziger Mann hatte Anfang der siebziger Jahre die Chance gehabt, die erste und seitdem virulenteste deutsche Terrorgruppe zu entsamen. Doch kurz bevor die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) am 14. Mai 1970 in den Untergrund tauchte und dem Staat sowie Repräsentanten der Gesellschaft den bewaffneten Kampf ansagte, sah sich dieser in den „harten Kern“ eingeschleuste V-Mann Ulrich durch kurzzeitige, wenn nicht gar vorsätzlich manipulierte Anwendungen der damaligen Staatsschutzbehörden gezwungen, sich aus der Szene zurückzuziehen. Dabei war dieser V-Mann im Kreis von Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Andreas Baader wegen seiner einfachen Herkunft und seines handwerklichen Geschicks ein hochgeschätztes Mitglied der Gruppierung geworden. „Du bist ja unser einziger Proletarier“, lobt ihn APO-Anwalt Horst Mahler, der sich der RAF angeschlossen hatte.

Seitdem ist es den deutschen Sicherheitsbehörden nicht mehr gelungen, einen V-Mann im Führungskreis des terroristischen Kerns zu installieren. Für Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und die Staatsschutzpolizei in den Bundesländern läuft es nach Expertenurteil bei der RAF so weiter, „wie es dort seit Anfang der siebziger Jahre läuft“: Außerhalb des Untergrundkommandos, dem „harten Kern“, agieren in der Öffentlichkeit politische Gruppen als Initiatorzirkel. Sie traten in früheren Jahren als Folterkomitee, antifaschistische Gruppen und Solidaritätskomitee zur Unterstützung von Hungerstreiks auf. Dies ist auch seit Dezember 1984 wieder zu beobachten. Dieser sogenannte legale Arm ist nach einer Idee von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin gebildet worden. Die „Legale“ sind das Scharnier sowohl für Leute aus dem Terrorismus, die inhaftiert sind, als auch für die RAF-Mitglieder, die im Untergrund operieren. Das engere Umfeld ist die Drehscheibe, über die Verbindungen in die Haftanstalten und zu ausgewählten Funktionsträgern im Untergrund laufen.

Bei der „Roten Armee Fraktion“ wird nach wie vor auf drei Ebenen gehandelt:

- Die Häftlinge in den Haftanstalten bilden die Ebene der Gefangenen; sie streben – gegenwärtig mit der neuen Hungerstreik-Kampagne – die Anerkennung als „Kriegsgefangene“ und die Zusammenlegung zu einer Gruppe an;
- politische Anhänger der RAF, die sich der Strategie der Gruppierung zugehörig fühlen und auch mal für eine Unterstützung in Frage kommen, bilden die Ebene des sogenannten legalen Arms der „Roten Armee Fraktion“;
- auf der dritten Ebene agiert – scharf abgeschottet – das Kommando, in der Umgangssprache von Behörden und Medien „harter Kern“ genannt. Diese Mitglieder verstehen sich als militärischer Arm der RAF. Sie haben die Brücken hinter sich abgebrochen und leben als „illegale“ mit falschen Papieren, verschaffte sich Ausrüstung und Geld durch Überfälle und bisher nicht aufgeklärte Solidaritätsspenden. Eine vor Jahresfrist einsetzende öffentliche Diskussion in der terroristischen Szene über eine Amnestie wurde durch die Mehrheit der RAF-Häftlinge wie durch das Unterstützerrumfeld und das Untergrundkommando beendet, die RAF werde ihren Kampf nicht aufgeben. „Also insofern haben wir eine klare Antwort, daß von einer Auflösung der Roten Armee Fraktion“ nicht die Rede sein kann“, äußerte sich bereits im Frühsommer 1984 der Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, gegenüber der WELT.

Das Potential der inzwischen personal und logistisch aufgeschulten Terrorgruppe reicht nach Ansicht der Sicherheitsexperten aus, um Aktionen zu machen, etwa vergleichbar mit den Mordanschlägen auf Repräsentanten der Justiz (Generalbundesanwalt Siegfried Buback), der Banken (Jürgen Ponto) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Hans Martin Schleyer) im Jahre 1977. Schwerpunkt der Anschlagstrategie ist die NATO, dazu gehören vor allem Einrichtungen des amerikanischen Verbündeten. Repräsentanten des Staates und der Gesellschaft sollen individuell bestraft werden. Für solche „Bestrafungsaktionen“ will die RAF Bombenfallen legen und Raketen einschleusen.

Shultz: Ein wichtiger Schritt / Lomejko: Nützliche Gespräche

In der Sache weit voneinander entfernt

BERNT CONRAD, Genf
Die USA und die Sowjetunion wollen innerhalb eines Monats auf diplomatischem Wege den Zeitpunkt und den Ort neuer Abrüstungsverhandlungen festlegen. Diese Verhandlungen sollen von Delegationen der beiden Supermächte mit je drei Arbeitsgruppen für strategische Atomwaffen, nukleare Mittelstreckenwaffen und atomare Weltraumwaffen geführt werden. Das ist der Kern einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung, die in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch kurz vor Mitternacht zum Abschluß der zweitägigen Gespräche der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko in Genf bekanntgegeben wurde.

Shultz, der gestern morgen nach Washington zurückflog, um sofort Präsident Reagan zu unterrichten, bezeichnete das Ergebnis als einen „wichtigen Schritt“ auf einem langen Wege. „Unsere Diskussionen waren offen, geschäftsmäßig und nützlich“, stellte der US-Außenminister fest. Beide Seiten hätten genug Flexibilität gezeigt, um zu einer Vereinbarung zu kommen. Die Vereinigten Staaten würden an die in den Verhandlungen zur Debatte stehenden schwierigen Probleme mit einer „positiven und konstruktiven Haltung“, aber auch mit Realismus und ohne Illusionen herangehen.

Vor seiner Abreise aus Genf erklärte Gromyko, die Gespräche seien nicht einfach gewesen. „Dennoch ist ein gewisser Schritt bei der Her-

stellung eines Dialogs zwischen unseren beiden Ländern gemacht worden“. Einschränkung fügte der sowjetische Außenminister hinzu, in diesem Zusammenhang sei zu beachten, „dies ist bloß ein Schritt, verglichen mit den ungeheuren Aufgaben, die im Laufe der Verhandlungen über Weltraum- und Atomwaffen besprochen und durch einvernehmliche Lösungen bewältigt werden müssen.“

Zu einem kritischen Zeitpunkt der Gespräche hat der sowjetische Außenminister nach Angaben des Leiters der US-Rüstungs-Kontrollbehörde, Kenneth Adelman, mit der vorzeitigen Abreise gedroht. Er habe seine Drohung mit der Ablehnung der amerikanischen „Strategischen Verteidigungsinitiative“ („Krieg der Sterne“) begründet.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Lomejko, nannte die Gespräche zum Abschluß genauso wie Gromyko einen „ersten Schritt“ und bezeichnete das Treffen als „wichtig und nützlich“. Entscheidend seien aber jetzt die bevorstehenden Verhandlungen selbst.

Besonderes Gewicht legte der Sowjetensprecher auf die von Gromyko in der Abschließendurkundung durchgesetzte Formel, Ziel der Abrüstungsverhandlungen werde es sein, „einen Rüstungswettbewerb im Weltall zu verhindern“ und ihn auf Erden zu beenden.

Unmittelbar zuvor hatte Shultz ab-

lerdings klargemacht, daß die Amerikaner gar nicht daran denken, ihr von Moskau heftig kritisierendes Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigungsinitiative“ im Weltraum (SDI) zu stoppen. „Wir werden die Programme durchführen, die im Interesse unseres Landes liegen“, betonte der US-Außenminister. „Und Präsident Reagan betrachtet das SDI-Programm als im Interesse unseres Landes liegend. Es dient der Verteidigung“. Shultz fügte hinzu: „Wir haben all das diskutiert. Alles wird offen sein für die Erörterungen“. Der Minister räumte ein, daß es hier Differenzen mit den Sowjets gebe.

Als die Abwechslung in der sowjetischen und der amerikanischen UNO-Mission in Genf geführten zweitägigen Gespräche am Dienstagabend gegen 20 Uhr nach einer abschließenden fünfminütigen Sitzung zu Ende gegangen waren, hatten die rund 900 akkreditierten Korrespondenten noch stundenlang auf die Bekanntgabe der Ergebnisse warten müssen. Erst um 23 Uhr trat Shultz im Interconti-Hotel vor die immer ungeduldiger werdenden Presse und verlas das gemeinsame amerikanisch-sowjetische „Statement“.

Darin hieß es, beide Seiten stimmten überein, daß sich die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen mit einem „Komplex von Fragen der Weltraum- und atomaren Waffen sowohl strategischer als auch mittlerer

Reichweite“ befassen sollten, „wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu erörtern und zu lösen sind“. Nukleare Waffen sollten begrenzt und reduziert und die „strategische Stabilität“ gestärkt werden.

Shultz betonte, es gebe keinen Plan für ein Folgetreffen auf Außenministerebene, wengleich man bei Bedarf wieder zusammenkommen werde. Auch ein Gipfeltreffen zwischen Reagan und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko sei nicht erörtert worden.

Als Sowjetsprecher Lomejko gefragt wurde, ob Moskau während der neuen Verhandlungen fortfahren werde, SS-20-Raketen zu stationieren, antwortete er unwirsch: „Das ist eine Frage ohne Substanz. Das Gerücht über SS-20 ist eine Erfindung“. Lomejko wollte auch nicht ausdrücklich zugeben, daß Moskau auf seine Forderung verzichtet habe, vor neuen Mittelstreckenverhandlungen die schon in Westeuropa stationierten amerikanischen Pershing-2-Raketen abzubauen.

Auf die Frage, ob sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen jetzt verbessern würden, erwiderte Lomejko zurückhaltend, das hänge von beiden Seiten ab. Man könne nur auf positive Auswirkungen der Genfer Einigung hoffen. Von einem „neuen Anfang der Entspannung“ wolle der Sowjetdiplomate ebenfalls noch nicht sprechen.

Das Echo der sowjetischen Presse ist zurückhaltend

DW, Moskau/Genf
Die sowjetischen Medien haben gestern morgen zunächst kommentarlos die gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko und Shultz aus Genf veröffentlicht. Weder die amtliche Nachrichtenagentur Tass noch der Rundfunk berichteten über die Pressekonferenz von Shultz und die Äußerungen des sowjetischen Pressesprechers Wladimir Lomejko. Westliche Beobachter in Moskau rechnen mit einer offiziellen Interpretation der Genfer Ergebnisse erst nach einer Information des Politbüros, dessen Sitzungen gewöhnlich donnerstags stattfinden, durch Außenminister Gromyko.

Zur Analyse der abgeschlossenen Gespräche, so erklärte der Sonderkorrespondent des sowjetischen Fernsehens in Genf, Valerian Sorin, sei „noch Zeit nötig“. Sofortige Schlüsse zu ziehen, sei nicht möglich. Sorin kritisierte zugleich die „bour-

geoise Propaganda“, die die sowjetische Vorschläge zum Thema Abrüstung „schweigend übergegangen oder deformiert“ habe. Die Sowjetunion habe in Genf ihren „guten Willen zur Vermeidung des Atomkriegs“ unter Beweis gestellt. Es sei politisch bedeutsam, daß bei dem Treffen nicht nur die amerikanische Seite, sondern auch die Öffentlichkeit über die sowjetische Haltung informiert worden sei. Zwischen Moskau und Washington sei jedoch „noch viel zu tun auf dem Weg gegenseitiger Verständigung“.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung veröffentlicht und in einer kurzen Meldung über Abschluß und Begleitumstände der Genfer Gespräche informiert. Darüberhinaus verbreitete die amtliche Nachrichtenagentur ADN den Wortlaut der Erklärung Gromykos vor seiner Abreise.

Washington zeigt jetzt vorsichtigen Optimismus

FRETZ WITZ, Washington
Es herrscht erleichterte, wenn auch spärlich gezielte Zufriedenheit in der amerikanischen Administration über den Ausgang der Genfer Gespräche. Man verneint und unterdrückt deutlich jede Sieges euphorie. „Es ist dies noch nicht die Stunde der Sieger und Verlierer, es ist die Stunde der Vermittler“, erklärte ein hoher amerikanischer Beamter.

Dagegen gab sich der ehemalige Außenminister Henry Kissinger keinerlei Mühe, seine Genugtuung zu bremsen. „Es war der bestmögliche Ausgang, der zu erreichen war“, erklärte er gestern im Fernsehen. „Alle Verhandlungen, die vor 13 Monaten von den Sowjets abgebrochen worden waren, sind wieder aufgenommen. Die amerikanische Öffentlichkeit hat Grund, optimistisch zu sein. Wir müssen jetzt nur Geduld zeigen.“

Kissinger ist der Meinung, daß die Sowjets auf eine Vereinbarung mit dem Westen hinarbeiten. „Sie haben erkannt und eingesehen, daß sie mit Drohungen nicht weiterkommen. Wenn wir jetzt nicht übereifrig werden, können wir unser Verhandlungsziel erreichen“, meinte Kissinger, der sich im Augenblick in Hongkong aufhält.

Robert McFarlane, der Sicherheitsberater Präsident Reagans, räumte ein, daß den Sowjets gewisse Zugeständnisse gemacht werden mußten, um ihnen die Zustimmung zu Neuverhandlungen abzurufen. „Es war jedoch ein Geben und Nehmen.“

Dieses amerikanische Zugeständnis ist die Bereitschaft, mit den Sowjets in den bevorstehenden Verhandlungen über die strategische Verteidigungsinitiative“ Präsident Reagans, den sogenannten „Krieg der Sterne“, zu diskutieren. Kenneth Adelman, der Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde, erklärte jedoch: „Diskussion bedeutet nicht Kapitulation.“ In der amerikanischen Administration betonte man deshalb mit Nachdruck

„Von einer Aufgabe oder Einschränkung des Forschungsprogramms am SDI-Projekt kann keine Rede sein. Wir halten es nach wie vor für den besten Weg zu einer strategischen Stabilisierung zwischen Ost und West, obwohl es nicht gelang, die Sowjets in Genf davon zu überzeugen.“

Man ist in Washington jedoch darauf eingerichtet, daß die Sowjets ihren Propagandakrieg gegen das SDI-Konzept weiter fortsetzen werden, allein schon, um die Bündnispartner zu verunsichern. Sicherheitsberater McFarlane erklärte sich vor allem zufrieden darüber, daß nicht nur eine, sondern gleich drei nukleare Gesprächsrunden eröffnet werden.

Er wird nach seiner Rückkehr aus London, wo er Premierministerin Thatcher über die Genfer Gespräche informierte, in Washington jedoch vor allem die Frage der amerikanischen Skeptiker und Kritiker der Abrüstungsgespräche beantworten müssen, wie weit die drei verschiedenen Gespräche miteinander verbunden sind, das heißt, ob und wie weit an einem Verhandlungstisch Zugeständnisse gemacht werden könnten, um festgefahrene Gespräche an einem anderen Tisch wieder in Gang zu bringen. Diese Kritiker fürchten, daß dabei amerikanische „Essentials“ wie beispielsweise die neue nukleare Verteidigungsstrategie plötzlich zu Tausch- und Verhandlungsobjekten werden könnten.

Diese Bedenken deuten an, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Administration über Taktik und Substanz der neuen Abrüstungsgespräche noch nicht überwunden ist. Sicherheitsberater McFarlane lobte jedoch die enge und loyale Zusammenarbeit aller amerikanischen Delegationsmitglieder in Genf. Der Teamegeist in der US-Delegation sei außerordentlich gut gewesen. Im übrigen treffe es nicht zu, daß McFarlane von Präsident Reagan als „Aufpasser“ dem Außenminister Shultz zur Seite gestellt wurde.

Gemeinsame Erklärung

DW, Genf
Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der USA und der Sowjetunion:

„Wie vorher vereinbart, fand am 7. und 8. Januar 1985 in Genf ein Treffen zwischen George Shultz, dem Außenminister der Vereinigten Staaten, und Andrej Gromyko, dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Außenminister der UdSSR, statt.“

Während des Treffens erörterten sie Gegenstand und Ziele der bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über atomare und Weltraumwaffen. Die beiden Seiten stimmten darin überein, daß Gegenstand der Verhandlungen ein Komplex von Fragen sein wird, welche die Weltraum- und atomaren Waffen, sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite, betreffen, wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu erörtern und zu lösen sind. Ziel der Verhandlungen wird es sein, wirksame Übereinkünfte auszuarbeiten, deren Ziel es ist, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die atomaren Waffen zu begrenzen und zu verringern und die strategische Stabilität zu festigen.

Die Verhandlungen werden auf jeder Seite von einer Delegation geführt, die in drei Gruppen gegliedert ist. Die beiden Seiten sind der Ansicht, daß die bevorstehenden Verhandlungen schließlich ebenso wie alle allgemeinen Bemühungen zur Begrenzung und Verringerung der Rüstung zur vollständigen und allseitigen Beseitigung von Kernwaffen führen müssen. Der Termin des Beginns der neuen Verhandlungen und der Ort dieser Verhandlungen werden auf diplomatischem Wege innerhalb eines Monats vereinbart.“

SAD, Los Angeles
Als „Schlüsselstadt für die deutsch-amerikanischen Beziehungen“ und „politisches Herzstück der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland“ hat der Berliner Innenminister Heinrich Lummer bei einer Diskussionsveranstaltung in der Universität von Kalifornien in Los Angeles seine Heimatstadt bezeichnet. Lummer erläuterte seinen Zuhörern, daß Westbindung aus deutscher Sicht „gemeinsamer atlantischer Schutz der Freiheit, aber zugleich auch selbstbewußter Umgang mit Freiheit, auch unter Freunden“ bedeute. Gerade in Berlin hätten sich die Ergebnisse der NATO-Politik, Verteidigungsfähigkeit mit der Dialogbereitschaft zum Osten zu verbinden, bewährt.

Kreisky legt Friedensplan für Nahost vor

DW, Dubai

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky will einen neuen Friedensplan für den Nahen Osten präsentieren und in den USA und Israel um Unterstützung dafür werden. In Dubai, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), sagte Kreisky, sein Plan kombiniere vier Elemente: Den Friedensplan von US-Präsident Ronald Reagan aus dem Jahr 1982, die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates, und die Vorschläge der Sowjetunion für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz, sowie den arabischen Friedensplan, ebenfalls von 1982.

Nach dem Willen des österreichischen Politikers soll sich eine Nahost-Aktionskomitee konstituieren, um innerhalb von sechs Monaten die verschiedenen Initiativen auf einen Nenner zu bringen. Daran sollte sich eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen anschließen.

Kreisky zeigte sich jedoch skeptisch über die Chancen seiner Initiative. Der Frieden sei für den Nahen Osten nur schwer zu erreichen, erklärte er. Vordringliches Ziel müsse es daher sein, einen Zustand der „friedlichen Koexistenz“ in der Krisenregion zu erreichen.

„8. Mai, Tag der Befreiung von Hitler“

DW, Berlin
Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, hat sich in die Diskussion um die Gestaltung 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eingeschaltet. Der 8. Mai sei allererst der Tag, an dem das nationalsozialistische Regime und mit ihm der Zweite Weltkrieg zu Ende ging.

Ohne die Niederlage des Hitler-Regimes wäre der Weg der demokratischen Neuorientierung in der Bundesrepublik Deutschland niemals möglich gewesen. Der 8. Mai sei daher ein Tag der Befreiung, nicht des Zusammenbruchs. Als Tag des Zusammenbruchs müsse der 30. Januar 1933, Hitlers Machtergreifung, angesehen werden. Besonders der jungen Generation müsse verdeutlicht werden, daß dieser Tag den „Zusammenbruch politischer Verunft und menschlicher Gestirne“ in Deutschland bedeute. Eine Lehre, die aus diesem Datum gezogen werden könne, sei die Notwendigkeit, den Radikalismus zu bekämpfen, erklärte Galinski.

Westbindung Berlins betont

SAD, Los Angeles
Als „Schlüsselstadt für die deutsch-amerikanischen Beziehungen“ und „politisches Herzstück der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland“ hat der Berliner Innenminister Heinrich Lummer bei einer Diskussionsveranstaltung in der Universität von Kalifornien in Los Angeles seine Heimatstadt bezeichnet. Lummer erläuterte seinen Zuhörern, daß Westbindung aus deutscher Sicht „gemeinsamer atlantischer Schutz der Freiheit, aber zugleich auch selbstbewußter Umgang mit Freiheit, auch unter Freunden“ bedeute. Gerade in Berlin hätten sich die Ergebnisse der NATO-Politik, Verteidigungsfähigkeit mit der Dialogbereitschaft zum Osten zu verbinden, bewährt.

Geld ertragreich und solide anlegen



Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktrechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf

Nominalzins 6,75%
Ausgabekurs 99,70%
Rendite 6,82%
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Wertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Vom Informationsdienst für Bundes-

BUNDES OBLIGATIONEN

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

NOTIZEN

Starkes Wachstum

Boston (SAD) - Erstaunliche Erfolge mit einem künstlichen Wachstumshormon haben amerikanische Ärzte bei zwei wachstumsgestörten Kindern in der Universitätsklinik von Virginia erzielt.

Bewerbungsfrist läuft ab

Dortmund (DW) - Alle angehenden Studenten, die im Sommersemester 1985 mit ihrem Studium beginnen wollen, müssen sich beeilen.

Neues Berufsbild geplant

Düsseldorf (dpa) - Wegen der ständig steigenden Anforderungen an den Umweltschutz will das nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerium prüfen, ob ein neues Berufsbild (Umweltchemiker) geschaffen werden sollte.

Versenkte Eisfelder

Mendoza (APF) - Eine polnische Expeditionsteam beginnt in dieser Woche in Argentinien mit dem Aufstieg auf den 6 950 Meter hohen Andengipfel Aconcagua, um die dort festgestellten radioaktive Versenkung der Eisfelder zu messen.

Es gibt kaum ein Feld, auf dem der Umweltschutz über so lange Erfahrungen, über ein so weit entwickeltes Know-how und über vergleichbare Erfolgsbilanzen verfügt wie beim Gewässerschutz.

Mit der Qualität des Wassers geht es schon seit Jahren bergauf

Die Hubschichten von gefährlichen Wasserverunreinigungen reißen nicht ab. Dabei muß die Bevölkerung Meldungen verarbeiten, die oft kaum noch miteinander in Einklang zu bringen sind.

So ist es keineswegs ein Sonderfall, wenn das angesehene Institut Fresenius im hessischen Taunusstein mitteilt: „Im Rhein wieder Baden möglich“, und wenn der hessische Umweltminister fast am selben Tage erklärt: „Rhein und Main sind zwar sauberer, laden aber noch nicht zum Baden ein“.

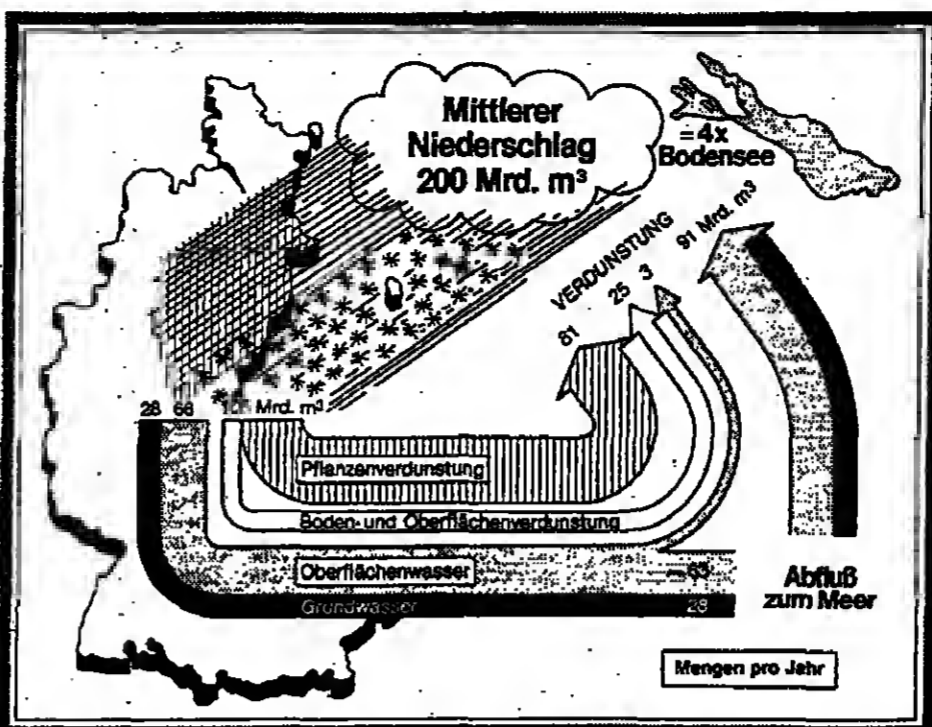
Die Zeit der schwimmenden Schaumberge aus den 60er Jahren ist für Deutschlands Ströme vorbei. Im Zuge einer großstrategischen Planung nach dem Vorbild amerikanischer Kampagnen konnte die Gewässergüte seit Anfang der 70er Jahre erheblich verbessert werden.

Hinzu kamen EG-Richtlinien wie die Gewässerschutzrichtlinie von 1976, deren weitreichende Anforderungen an die Einleitung von Schadstoffen für die Mitgliedstaaten verbindlich sind.

haben die Gemeinden in den Bau von Kläranlagen und Kanalisationen fast vierzig Milliarden Mark, Industrieunternehmen dafür weitere zwölf Milliarden Mark investiert.

Allerdings können mit diesen Anlagen nur die biologisch abbaubaren organischen Stoffe sowie Nährstoffe wie Nitrate und Phosphate aus den Abwässern herausgefiltert werden. Die imponierende neue Technologie erweist sich als weitgehend stumpf gegen jene Verschmutzungspartikel, die in der unvorstellbar geringen Konzentration von einem Millionstel Gramm pro Liter Wasser bereits heimtückische Wirkungen entfalten: Schwermetalle und organische Mikroverunreinigungen wie Organochlorverbindungen und halogenierte Kohlenwasserstoffe.

Gewässerspezialist Karl-Hans Hell vom hessischen Ministerium für Landwirtschaft, und Naturschutz: „Diese Stoffe waren wegen ihrer geringen Konzentration vor fünf bis sechs Jahren noch gar nicht erfassbar. Sie lassen sich im Gewässer auch heute noch kaum feststellen, eher schon in den Sedimenten, im Schlamm, am ehesten jedoch in den Fischen. Die Stoffe sind schwer oder gar nicht abbaubar. Sie reichern sich in der Nahrungskette an und wirken



Die jährliche Niederschlagsmenge wird in der Bundesrepublik auf etwa 200 Milliarden Kubikmeter beziffert. Das entspricht einem Volumen, das viermal den Bodensee füllen könnte. Ein geringer Teil davon - 28 Milliarden -

den Kubikmeter - gelangt auch tatsächlich ins Grundwasser. Hiervon wiederum werden nur neun Milliarden Kubikmeter zur Trinkwassergewinnung benutzt.

QUELLE: HOECHST

zum Teil eindeutig krebserregend (Arenserzeugung).

Die Situation der Gewässer ist also schizophön. Während als letzte und modernste Stufe der Abwasserreinigung in diesen Monaten an vielen Orten gleichzeitig Großanlagen der neuen Generation von Bio-Hochreaktoren in Betrieb gehen, während das biologische Zustandsbild der früher hochbelasteten Flüsse Rhein und Main durchweg um ein bis anderthalb Güteklassen verbessert ist und sich schon wieder Fische in einer seit Jahrzehnten unbekanntem Artenvielfalt in den Strömen tummeln, nimmt die Sorge vor einer Bedrohung durch schleichende Umweltgifte noch immer zu. Hauptgrund dafür: Immer neue dieser naturfremden Stoffe werden identifiziert, erst die wenigsten sind überhaupt bekannt.

Ausgereifte Analyseverfahren gibt es heute erst für 80 bis 100 von diesen Stoffen, die durch Umwandlungsprozesse der chemischen Industrie entstehen, ihre Gesamtzahl aber wird auf weit über 45 000 geschätzt. Die Transportwege, die Wirkungen und der Verbleib, erst recht aber die Kombinationswirkungen selbst der bereits bekannten Stoffe sind der wissenschaftlichen Analyse bisher weitgehend verborgen geblieben.

Ebenso vage klingen die Mutmaßungen der Experten über die Wirkung der hochmodernen Bio-Hochre-

aktoren auf diese Mikroverunreinigungen. „Wir hoffen“, sagt der hessische Gewässerspezialist Hell, „daß diese Anlagen mit ihrem Aktivkohlezusatz wenigstens einen Teil dieser organischen Stoffe zurückhalten werden - wir wissen nur noch nicht welche und in welcher Größenordnung.“

Die Bundesregierung hat in dieser Situation angekündigt, daß die Vorsorgemaßnahmen verstärkt werden sollen. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will insbesondere die Anwendung des „Standes der Technik“ für die Behandlung gefährlicher Stoffe durchsetzen sowie Schwermetalle und organische Halogenverbindungen aus der Quelle mit Abgaben belegen, um den Druck auf Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen zu verstärken.

Wie bei der Bekämpfung der Luftverschmutzung, beim Bodenschutz und beim Schutz der Nordsee erweist sich der Bundesinnenminister dabei mindestens auf EG-Ebene als Pionier - was ihm sogar ein Lob aus Hessen einträgt, das so gern ein „Gegegenwärt“ zu Bonn bilden möchte. „Die Bundesrepublik“, so der hessische Gewässerspezialist Hell, „ist im Gewässerschutz diejenige Nation, die in der EG am stärksten drängt und am meisten zu Lösungen beiträgt.“

DANKWART GURATZSCH

Mehr Aufklärung über Gentechnik gefordert

Karlsruher Tagung zu Risiken der Molekularbiologie

Mit Angst, Furcht und Mißtrauen verfolgt die Öffentlichkeit die Entwicklung der Gentechnik. Was Wissenschaftler in ihren Laboren erarbeiten, erscheint dem Bürger wie ein „Buch mit sieben Siegeln“.

Daß man Insulin, Wachstumshormone, Interferon, Impfstoffe sowie andere Arzneimittel von Bakterien herstellen lassen kann, empfindet der Laie als Segen. Daß die oberste amerikanische Gesundheitsbehörde jetzt die Erlaubnis gegeben hat, bestimmte Erbkrankheiten, die bislang einer Therapie nicht zugänglich waren, durch gezielte Manipulation an der genetischen Information von Zellen zu behandeln, wird selbst von Experten als Eingriff in die Würde des Menschen angesehen.

Mit den vielfältigen Möglichkeiten der modernen Gentechnologie und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft befaßt sich jetzt Experten auf einer Fachtagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Karlsruhe. Thema: Gentechnologie und Biotechnik. Einigkeit bestand darin, daß durch Aufklärung die in der Öffentlichkeit vorhandenen Ängste und Unsicherheiten abgebaut werden müssen. Dies sei, zugegebenermaßen, ein sehr langwieriger, aber notwendiger Prozeß, an dem alle - nicht nur Wissenschaftler - mitwirken sollten.

Das Mißtrauen, das die Öffentlichkeit der Gentechnologie entgegenbringt, hat zweifelslos seine Wurzeln in einem großen Informationsdefizit.

Freiheit der Forschung muß erhalten bleiben

Können nicht doch eines Tages - trotz aller anderslautenden Beteuerungen der beteiligten Forscher - einmal Bakterien die Sicherheitsbarrieren der Laboren durchbrechen, sich unkontrolliert vermehren und sich mit Windeseile über unseren Planeten ausbreiten? Welche Konsequenzen zeigen gentechnische Manipulationen im Tier- und Pflanzenreich? Kühe, die mehr Milch geben, und Nutzpflanzen, die höhere Ernteerträge liefern, können vielleicht ei-

nes Tages die Nahrungsprobleme in der Dritten Welt lösen. Vom Politiker, der nur selten etwas mehr von der komplizierten Materie versteht und der auch die Tragweite der modernen Entwicklung nicht übersehen kann, fordert man hingegen Gesetze zum Schutz vor den möglichen Gefahren der Gentechnik. Ist der Politiker dabei nicht überfordert? Kann er überhaupt den Überblick haben, der für das politische Handeln praktisch unentbehrlich ist?

Weit entfernt von Mendelschen Gesetzen

Für Professor Knud Caesar vom Institut für Nutzpflanzenforschung, Acker- und Pflanzenbau der TU Berlin besteht kein Zweifel: Staat und Politik sind aufgerufen, Grenzen festzulegen, die einerseits den Fortschritt nicht behindern, aber andererseits die Gefahren, die aus dem Tun der Forscher erwachsen könnten, einzudämmen. Auch wenn im gleichen Atemzug verlangt wird, die Freiheit der Forschung nicht einzuschränken, wird man erhoffen, diese Forderung diskutieren zu müssen.

Die Vorträge und Diskussionen konnten kein Patentrecht liefern, wie wir morgen mit den Möglichkeiten der Gentechnologie und der Biotechnik leben können. Doch wurde überaus deutlich, wie kompliziert die Sachverhalte sind. Ganz entscheidend ist, daß man - und damit sind im Prinzip alle angesprochen - über die Probleme vorurteilsfrei und offen miteinander redet. So gesehen, ist diese interdisziplinäre Tagung durchaus als Erfolg zu werten, auch wenn sich Wissenschaftler, Politiker, Philosophen und Theologen nicht immer der gleichen Sprache bedienten.

Die moderne molekularbiologische Genforschung hat kaum noch etwas mit den Mendelschen Gesetzen gemeinsam. Genmanipulation darf aber auch nicht mit dem Problemkreis „Retortenbaby“ verwechselt werden. Daß gewisse Berührungspunkte bestehen, ändert prinzipiell nichts an der Tatsache, daß es sich bei der Genforschung um einen sehr differenzierten, für die Zukunft bedeutungsvollen Wissenschaftsbereich handelt.

BERND STEFAN

Kreisky legt Friedensplan für Nahost... 1. Mai, Tag der Befreiung von...

Westbindung Berlins betont

DES ATOMEN

CIA-STUDIE ATOM-UNFÄLLE AUF SOWJET U-BOOTEN. Kein Land der Erde hat je in derart kurzer Zeit eine derart gewaltige Armada aufstellen können wie die Sowjetunion: Innerhalb von nur zwanzig Jahren zog die Küstenflotte der roten Kriegsmarine mit der Seemacht USA gleich. Doch die Sicherheit speziell der nuklearen Unterwasserflotte blieb dabei auf der Strecke. Eine Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA belegt, daß neben erheblichen Mängeln in der seemannischen Ausbildung vor allem die Sicherheitsgebote im Umgang mit Atomtrieb und Atomwaffen mißachtet werden. So trat auf einem sowjetischen Atom-U-Boot der Nordmeerflotte Strahlung aus dem Reaktorbereich aus. Das Boot konnte zwar seinen Stützpunkt Poljarnij erreichen, doch wurde ihm das Anlaufen der Werft verweigert. Als das U-Boot es dennoch tat, rannte ein Teil der Besatzung davon, um die sich dann eine „Sonderbrigade“ kümmerte. Andere Matrosen kamen in ein Behandlungszentrum für Strahlenkranke und kehrten nie zurück. Zahlreiche Marinesoldaten kamen bei Brandunfällen und Strahlungs-Lecks - u. a. auch an den Atom-Torpedos - ums Leben. In drei Fällen gab es Totalverluste. In Washington erhielt der STERN Einsicht in die Studie des CIA. Lesen Sie den Bericht über Unfälle bei der sowjetischen Atom-Flotte. Heute exklusiv im STERN.



Vorwürfe gegen Kirche und politische Führung

DW. Thorn

Der Prozeß um den Mord an dem oppositionellen polnischen Priester Jerzy Popieluszko in Thorn erhielt am Mittwoch durch erbitterte Vorwürfe des Hauptangeklagten Grzegorz Piotrowski einen stark politischen Akzent. Die Verhandlung wirkte durch seine Äußerungen zeitweise wie ein Tribunal gegen die katholische Kirche Polens, gegen den ermordeten Geistlichen und gegen die angebliche Duldsamkeit der politischen Führung des Staates. Mit erregter Stimme begründete Piotrowski, der degradierte Hauptmann im Innenministerium, seine Handlungsweise mit einer Verhöhnung über die Untätigkeit der Führung gegenüber Rechtswidrigkeiten der Kirche und Popieluszko.

So sei kurz vor seiner Verhaftung beschlossen worden, daß der Vikar Zych, der in einen Mord an einem Polizisten verwickelt sei, auf Intervention der Kirche aus dem Gefängnis in ein Kloster gehen dürfe. Piotrowski sagte weiter: „Wie kann man ruhig sein, wenn man Informationen über die Zusammenarbeit eines Bischofs mit der Gestapo hat und mit dieser Information nicht durchkommt? (Angiehung soll es sich um Bischof Tokarczuk in Przemysl handeln). Wie kann man ruhig sein, wenn man weiß, daß sich die 80 Millionen Zloty (Geld der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“), um die es in dem Prozeß in Breslau geht, in der Kurie von Bischof Gulbinowicz befanden und dieser einen Auslaute, wenn man es tun mag, um das Geld zu holen?“ fragte der Angeklagte.

Mit der gleichen dramatischen Fragestellung, wie man dabei ruhig sein könne, zählte der Hauptangeklagte auf, daß ein Bischof die polnischen Polizei-Sondereinheiten (ZOMO) mit der Gestapo verglichen habe, daß der katholische Kirche ein Steuerbefreiungsbewilligt wurde, obwohl diese im letzten Quartal 480 000 Dollar vom Hilfsfonds für die Ostkirchen erhalten habe, und daß die Kirche Zoll-Freibrief für „Luxus“-Autos in Höhe von 30 Millionen Zloty (750 000 Mark) bekommen habe. Auch angesichts der Erziehung zum „Haß gegen den Staat“ in besetzten Schulen, in den katholischen Freizeitgruppen „Oasen“ und bei der akademischen Seelsorge könne man nicht ruhig sein, sagte Piotrowski.

„Das hätte unser Primas Wyszynski nicht getan“

Die Kritik an Kardinal Glomp ist grundsätzlicher Natur

RUUDOLF CANNK, Warschau
Seit dem Mord an dem Warschauer Arbeiterkaplan Jerzy Popieluszko will die Kritik von Priestern und katholischen Laien an der Führungsrolle des polnischen Primas Jozef Kardinal Glomp nicht enden. Ihm wird vorgeworfen, dem kommunistischen Regime in einer Art und Weise entgegenzukommen, „wie dies unser Primas Wyszynski nicht getan hätte“. Während Hunderttausende Polen in den Oktobertagen unmittelbar nach der Entführung Popieluszkos in den Kirchen für seine Rettung beteten, habe Kardinal Glomp eine „private Pastoralreise“ nach Ost-Berlin angetreten und sich sechs Tage lang geweigert, die Entführung auch nur zu kommentieren. Und dann habe er endgültig verboten, den Obduktionsbefund zu veröffentlichen, den der kirchliche Vertrauensarzt von der Leiche Popieluszkos erstellt hatte und der im Vergleich zur Regierungsversion sehr viel brutaler Folterungen des Geistlichen befürchtete läßt.

Diese harte Kritik, die auch nach den Worten Glomps während des Thorer Prozesses nicht verstummt ist, kommt vor allem aus den Reihen derjenigen Geistlichen, die sich nicht scheuen, das politische und soziale Unrecht in Polen offen anzuprangern und die deshalb bei den Gläubigen hohen Rückhalt und sogar Verehrung erfahren. Henryk Jankowski, als Pfarrer der Sankt Brigitten Kirche im Danziger Werkbezirk zugleich Beichtvater und Freund Lech Walesas, gehört zu diesen Priestern ebenso wie der Jesuitenpater Miecznikowski aus Lodz, Ignacy Tokarczuk, Bischof von Przemysl und der Breslauer Erzbischof Henryk Gulbinowicz. Das sind die prominenten Namen.

Die Seelsorger werfen dem polnischen Primas fehlendes diplomatisches Fingerspitzengefühl und politisches Ungeschick im Umgang mit den kommunistischen Machthabern vor. Daß der Primas aus nationaler politischer Verantwortung sich dem Regime nicht völlig verschließen darf, versteht jeder. „Aber warum kommt er ständig ohne Zwang der Militärregierung entgegen, statt General Jaruzelski als Bittsteller warten zu lassen?“ fragt einer von ihnen.

Viele besorgte Priester vermissen Rückhalt und Unterstützung angesichts ständig zunehmender Attak-

ken der staatlichen Medien und der Justiz gegen ihre seelsorgerische Arbeit. Statt dessen hatte Kardinal Glomp Prälatur Jankowski und Kaplan Popieluszko noch im letzten Januar zur „Mäßigung“ ermahnt.

Prälatur Henryk Jankowski, der zu den vom Regime „bestgehaßten“ Seelsorgern zählt und wohl nur durch seine Bekanntheit im Westen bisher einer „Entführung“ durch den Geheimdienst entgangen ist, fühlt sich in seiner Arbeit zwar stets durch Papst Johannes Paul II. bestärkt, doch „Hilfe oder Verteidigung durch den Primas in Warschau habe ich nicht erhalten. Auch nicht, als der Militärstaatsanwalt mich im letzten Frühjahr wegen „Mißbrauch der Religionsfreiheit“ angeklagt hatte“, beklagt er sich.

Am 24. November 1984 wies der polnische Primas unter dem Aktenzeichen 2728/84/P alle Pfarrer der Warschauer Kirchen an, daß „Pfarrer Stanislaw Malkowski in den Kirchen der Erzdiözese Warschau nicht mehr Gottes Wort verkünden“ dürfe. Ausgenommen davon sei nur Malkowski Kirche im Warschauer Stadtteil Wolka Węglowa. Grund für dieses Freigebots an allen anderen Kirchen, das die Wochensitzung der Untergrund-„Solidarität“, „Tygodnik Wojsny“, einen „purpurten Knebelname“, seien „Klagen und sogar Entwürfungen von Gläubigen“, wonach Malkowski ungeachtet mehrerer Abmahnungen weiterhin zu „weltliche“ Predigten halte, die „weder Gottes Wort verkünden, noch mit echtem Patriotismus zu tun haben“. Der vom Primas nicht offen zugegebene Vorwurf von „zu politischen Predigten“, die Regierungssprecher Jerzy Urban zuvor laut angeklagt hatte, trifft einen alten Freund Popieluszkos, der mit seinen symbolreichen Predigten bei den Gläubigen beliebt ist und der Popieluszko „Messen für die Heimat“ in der Stanislaw-Kostka-Kirche fortzuführen begonnen hatte.

Die Frage, warum er sich mit seinen Predigten auf „Politik“ einlasse, hatte Malkowski in einer Predigt wenige Tage zuvor beantwortet: „Ein guter Hirte hat die Verpflichtung, seiner Schafe vor den Wölfen zu verteidigen. Wer jedoch den guten Absichten der Wölfe vertraut und seine Herde in falsche Sicherheit wiegt, der ist ein schlechter Hirte.“

Demnach hat dieser Wechsel selbst

Ämtertausch ohne „Verlierer“

Regan ist jetzt Stabschef im Weißen Haus / Baker übernimmt das Finanzministerium

FRITZ WITTE, Washington
Es ist immer noch Wanderzeit in der Reagan-Administration. Nachdem in den letzten Wochen Innenminister Clark, Erziehungsminister Bell, Umweltminister Ruckelshaus und der stellvertretende Stabschef im Weißen Haus und enge Vertraute Michael Deaver ihren Hut genommen hatten, überraschte Präsident Reagan jetzt die Öffentlichkeit mit einem Ämter-Tausch zwei seiner wichtigsten Mitarbeiter. Sein bisheriger Stabschef James Baker übernimmt künftig das Finanz- und Wirtschaftsressort. Der bisherige Finanzminister Donald Regan zieht als Baker-Nachfolger ins Weiße Haus ein.

Noch mehr als der Tausch selbst hat die Art überrascht, in der er zustande kam; denn es sieht so aus, als sei Präsident Reagan selbst einer der letzten gewesen, der davon erfahren hat. Es gab in den letzten Wochen vor Weihnachten einige kaum verheißene öffentliche Hinweise Bakers, daß er im zwar einflussreichen, aber höchst anstrengenden Job des Stabschefs amtsmäßig geworden sei und eine neue Tätigkeit in der Administration anstrebe.

Finanzminister Regan las davon in der Zeitung und entwickelte die Idee eines Ämter-Tauschs. Voraussetzung sei jedoch, so betonte Regan, daß Bakers Stellvertreter Deaver dabei nicht übergeben werde. Wenn Deaver Bakers Amt wolle, werde er, Regan, die Sache nicht weiter verfolgen.

Der Wechsel überraschte selbst Eingeweihte

Deaver hatte jedoch schon lange wissen lassen, daß er wieder Privatmann werden wolle. Er kündigte denn auch vor einer Woche an, daß er aus der Reagan-Administration ausscheiden werde.

Vizepräsident Regan und Deavers Vorgesetzter Baker kamen überein, daß Deaver dem Präsidenten ihren beabsichtigten Ämtertausch vortragen solle. Das geschah am Montag, Regan erbat Zeit, die „Sache zu überschauen“, und erklärte sich 24 Stunden später damit einverstanden. „Ich habe Verständnis für ihren Wunsch, denn beide haben in ihren gegenwärtigen Ämtern vier schwere Jahre hinter sich“, erklärte der Präsident. Dennoch hat dieser Wechsel selbst

Eingeweihte überrascht. Der Stabschef des Weißen Hauses ist nach dem Präsidenten der wichtigste, einflussreichste und mächtigste Mann in der Administration. Er ist der engste Ratgeber des Präsidenten und bestimmt maßgeblich die Richtung seiner Politik, besonders im innenpolitischen Bereich mit. Die Bedeutung dieses Amtes ist unter Präsident Reagan noch weiter gestiegen, da er ein Mann ist, der mehr als seine Vorgänger dazu neigt, Arbeit zu delegieren.

Nachdem der enge Reagan-Vertraute Michael Deaver, den Regan als unersetzbar bezeichnete, seinen Abschied angekündigt hatte und der bisherige Reagan-Berater Edwin Meese in naher Zukunft aus dem Weißen Haus ausscheiden wird, um das Amt des „Attorney General“ zu übernehmen, deutete alles darauf hin, daß die Macht und der Einflußbereich Bakers noch weiter ansteigen würden.

Genau diese Konstellation aber hatte Baker wachsender Kritik des konservativen Flügels der Republikaner ausgesetzt. Der Präsident hatte in den letzten Wochen nicht nur seine ihm loyal dienende „kalifornische Triade“ verloren, es scheideten mit Meese und Clark zugleich zwei der wichtigsten und letzten konservativen Stützpfiler aus seiner direkten Umgebung aus.

Der Gedanke, daß James Baker nun allein die Szene um den Präsidenten beherrschen sollte, bereitete in diesen konservativen Kreisen Unbehagen. Baker galt in ihren Augen als ein Pragmatiker, der dazu neigt, Reagans Politik zu verwässern.

Sie erinnerten sich ferner daran, daß der Texaner Baker in den letzten acht Jahren bei Präsidentschaftswahlen zwei zweimal in direkter Opposition zu Regan befunden hatte. Baker hatte 1976 die Kandidatur Gerald Fords gegen Regan unterstützt und leitete im Jahre 1980 die Kampagne von George Bush für die Präsidentschaftsnominierte der Republikanischen Partei gegen Regan. Er wechselte nach der Nominierung Reagans dann jedoch in dessen Lager über.

Der konservative Flügel war deshalb über den Abgang Bakers aus dem Weißen Haus nicht unglücklich, obwohl Donald Regan als dessen Nachfolger kaum ihr Traumkandidat ist. Regan ist ideologisch nicht festlegbar. Seine Stärke ist eher das administrative Management, was ihn fürs neue Amt durchaus geeignet

macht. Seine Loyalität zum Präsidenten und dessen Politik stand niemals in Zweifel. Gemäßigte Republikaner wie der neue Mehrheitsführer im Senat, Robert Dole, sprachen von einem „Wechsel ohne Verlierer“.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich der politische Kurs der Reagan-Administration durch diesen Ämtertausch spürbar verändern wird. Allerdings ist zu vermuten, daß die von Regan initiierte Steuerreform plötzlich wieder bessere Chancen hat, verwirklicht zu werden. Regan besitzt in seiner neuen Position mehr Hebel, um sie in die Tat umzusetzen. Er erhielt von Regan außerdem die Zusage, weiterhin Kabinettsmitglied zu bleiben, was für einen Stabschef des Weißen Hauses nicht selbstverständlich ist.

Mehr Rückendeckung für George Shultz

Regan ist damit nun zur Schlüsselfigur der Administration geworden. Zu seinen engsten Freunden im Kabinett gehört Außenminister George Shultz, dessen Position mit dieser Rückendeckung im Weißen Haus noch stärker geworden ist.

Angesichts dieser fast hektischen Bewegung innerhalb der Spitzenpositionen der Administration stellt sich dringender als je zuvor die Frage nach der künftigen Rolle der bisherigen UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick. Sie hatte Präsident Reagan vor 14 Tagen wissen lassen, daß sie sich wieder ins Privatleben zurückziehen wolle, nachdem Regan ihr mitgeteilt hatte, daß er für sie keinen adäquaten Spitzenplatz frei habe. Frau Kirkpatrick wäre jedoch mit hoher Sicherheit mit dem Angebot, die Rolle Bakers im Weißen Haus zu übernehmen, für weitere vier Jahre für ein Verbleiben in der Administration zu ködern gewesen.

Der konservative Flügel der Republikaner hält Jeane Kirkpatrick, die nach wie vor der Demokratischen Partei angehört, für einen der letzten konservativen Stützpfiler in der Administration und hat in den letzten Tagen den Druck auf Regan verstärkt, eine Schlüsselposition für sie zu finden. Regan hat ein weiteres Gespräch mit Jeane Kirkpatrick arrangiert. Es soll nach seiner Vereinbarung am 21. Januar stattfinden.

Jetzt ziehen die Sandinisten die Zügel wieder an

WERNER THOMAS, Miami

Heute läßt sich der bisherige Junta-Chef Daniel Ortega während einer feierlichen Veranstaltung zum ersten Präsidenten des sandinistischen Nicaragua verabschieden. Obgleich dieses Ereignis einen neuen Abschnitt der revolutionären Herrschaft markieren soll, bleibt alles beim Alten.

Ortega will einige Ministerien besetzen, nicht die Schlüsselressorts. Sein Bruder Humberto erhält das Verteidigungsministerium. Tomas Borge wird weiterhin an der Spitze des Innenministeriums stehen, zu dem der Polizei- und Sicherheitsapparat zählen. Wheelock klimmt sich weiter um die Landwirtschaft. Carlos Nunez, bislang Vorsitzender des Staatssizes, wird Präsident der Nationalversammlung.

Die Ortegas, Borge, Wheelock und Nunez gehören dem sandinistischen Politbüro „Direccion Nacional“, dem wichtigsten Entscheidungsgremium, das neun Mitglieder umfaßt. Die Mehrheitsverhältnisse sind von den Wahlen nicht beeinflußt worden. Nach wie vor kann die pragmatische eingeschätzte Ortega-Fraktion die Dogmatiker um Tomas Borge bestimmen. Alle Vertreter der „Direccion Nacional“ verfolgen jedoch das gleiche Ziel: Nicaragua soll marxistisch werden.

Ein lateinamerikanischer Diplomat in Managua erwartet, daß die Sandinisten nach einer kurzen politischen Liberalisierungsphase die Zügel jetzt wieder straffen. Die „Prensa“, das einzige Sprachrohr der Opposition, wird schärfer denn je zensiert. Oppositionspolitiker werden an der Ausreise gehindert. Die Hoffnungen des indischer Führers Brooklyn Rivera auf eine Autonomie für die Indio-Bevölkerung der Atlantik-Küste haben sich zerschlagen.

In der Umgebung des Erzbischofs Miguel Obando y Bravo werden die Aussichten für einen erfolgreichen Abschluß des neuen Dialogs zwischen der Kirche und den Sandinisten skeptisch beurteilt.

In der Nationalversammlung (96 Sitze) haben die Sandinisten (61 Abgeordnete) die absolute Kontrolle über alle parlamentarischen Initiativen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Nationalversammlung ist die Formulierung einer neuen Verfassung, die höchstwahrscheinlich den Weg zum Sozialismus weisen wird. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nachdenkliches

„Wie endgültig ist die Oder-Neiße-Linie?“, WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp, Bernd Conrads hervorragender Dokumentarbericht über die Oder-Neiße-Linie rief mir die Anfänge dieser Diskussion ins Gedächtnis, insbesondere einen Aufsatz hierzu, den Hubertus Prinz zu Löwenstein bereits während des Krieges, im Mai 1944, in der führenden amerikanischen Zeitschrift „Catholic World“ veröffentlichte. Er ist von hohem, nicht nur historischem Interesse, und ich könnte mir denken, daß er für Sie und vielleicht für einen größeren Leserkreis unter mehreren Aspekten lesenswert sein könnte.

Da ist einmal der Rückgriff auf die deutsch-polnische Grenzfrage nach vor Hitler, u. a. Stresemanns Haltung gegenüber einem „Ost-Locarno“. Da ist der Aufsatz als Dokumentation für den Kampf gegen eine Oder-Neiße-Linie, den Löwenstein und einige wenige andere Emigranten, etwa Friedrich Stampfer, der frühere Chefredakteur des „Vorwärts“, von Anfang an in aller Öffentlichkeit gegen solche totalitären Annexionen und Verreibungen, sei es durch Hitler, sei es durch Stalin, geführt haben. In einem anderen seiner Artikel – er erschien am 15. April 1944 in der liberalen, wir würden sagen sozialdemokratischen Zeitschrift „New Leader“ in New York – erklärte Prinz Löwenstein geradezu prophetisch, sollte sich bei den Verhandlungen über den kommenden Frieden eine so un-demokratische und morallose Politik, wie Stalin sie forderte, durchsetzen, so würde der Sieg der Demokratien nur ein kurzer Waffenstillstand sein.

„The Third World War, of which already there is so much talk, would be bound to ensue from it – not because Germany, broken and devastated, is so insatiably warlike, but because, across the Elbe River, the two rival and competing groups of Powers will be predestined to fight for ultimate mastery. However, this too would prove mutual suicide, dragging to the grave the last vestiges of a civilization.“

Da ist ferner der Gedanke, daß die deutsch-polnische Grenze niemals durch Gewalt, sondern nur durch die Verständigung zwischen frei gewählten Regierungen in Deutschland und Polen wird gestaltet werden können. Von grundlegender Bedeutung schließlich ist, damals wie heute, die Überzeugung des Aufsatzes, daß ein dauerhafter Frieden eben nur auf das Recht und die Freiheit gegründet werden kann. Damals hat man, obwohl es für die Zukunft unbestreitbar

besser gewesen wäre, auf die Stimme der Emigranten, die diesen Standpunkt vertreten, nicht gehört. Heute könnte man etwa führende Männer der russischen Emigration dazu befragen. Ich weiß, daß etwa Wladimir Maximow und, wie er mir sagte, Alexander Solschenizyn mit ihm, der Meinung sind, Rußland sei krank, weil es sich gewaltsam so viele Völker und Gebiete einverleibt habe, die ihm nicht zustehen und die es freigeben müsse.

Beunruhigend, deutlicher gesagt, erschreckend ist die Tatsache, daß seinerzeit, als die Machtverhältnisse entsprechend zu sein schienen, so viele in Deutschland bereit waren, weite Gebiete, auf die wir kein Recht haben, Deutschland zuzuschlagen, und daß heute wiederum eine viel zu große Minderheit bereit zu sein scheint, weite Teile Deutschlands, auf die wir moralisch und juristisch ein klares Recht haben, preiszugeben – nur weil wiederum ein totalitäres Regime große Macht hat und das Recht verachtet.

Das eine ist so charakterlos und gefährlich wie das andere, und es ist kein Wunder, daß andere Nationen eine so opportunistische Haltung erschreckend und gefährlich finden. Daß der gegenseitige Gewaltverzicht unmöglich sein muß, ist selbstverständlich – wir müssen es, was uns betrifft, mit allem Nachdruck und immer wieder bekräftigen. Was aber darüber hinausgeht, ein Verzicht auf das Recht als solches also, würde uns unglaubwürdig machen, selbst bei den Polen, und keine Achtung bringen.

Dr. V. Zühlsdorf, Bonn 2

„Ostpolitik: Gescheher wehrt sich gegen das alte Wort von Verzicht und Verzichtlern“, WELT vom 31. Dezember

Schon in wenigen Jahrzehnten wird man in ganz Deutschland den Kopf schütteln über einen kleintimigen einstigen westdeutschen Außenminister,

... der nicht mehr an den großen Macht- und Interessenwechsel in der Geschichte und die sich daraus als unumgänglich erweisende gemeinsame Zukunft aller Deutschen in einem Staat und in den Grenzen ihrer historischen Siedlungsgebiete glauben wollte und der – als wäre er der polnische Außenminister – sogar die völkerrechtswidrigen Bestrebungen polnischer Revisionisten und Chauvinisten, ostdeutsches Staatsgebiet zu annektieren, eifrig und pflichtwidrig unterstützte.

... der jene verfassungstreuen Schlesier rügte, die ihn in Deutschlands tiefer Erniedrigung mit ihrem der Wahrheit entsprechenden Motto für ihr Bundesstreifen nur an seine Pflicht erinnerten, nicht – Arm in Arm mit den östlichen Annexionsisten – zu unserem Schaden nachträglich etwas in die Ostverträge hineinzuzeichnen, was nicht in ihnen enthalten ist.

... der uns im Orwell-Jahr 1984 wie der „Große Bruder“ einreden wollte, daß Verzicht Erfolg bedeute und daß „Verzichtler“ Erfolgspolitiker seien, obwohl der „böse“ Welmer in seinen besten Jahren uns eintrichterte, daß Verzichtler „Strolche“ seien.

... der die „Solidarität“ der Polen bewunderte, sie aber seinen von den Polen vertriebenen ostdeutschen Landsleuten verweigerte.

... der als gescheiterter Vorsitzender einer seit Jahren nur noch durch Leihstimmen existierenden und ständig vom politischen Kollaps bedrohten Partei zuviel über sein politisches Überleben nachdachte und in seiner weltweiten hektischen fliegenden politischen Geschäftsbüroerei so sehr dem nihilistischen und völkerrechtsfeindlichen Tagesmief der 80er Jahre verfallen war, daß er die sich für die Jahrtausendwende zugunsten Deutschlands bereits andeutende neue politische Weltkonstellation gar nicht mehr sah.

H. Darsow, Izbahoe

Deutschlandfunk

Der Bund schaltet sich in die Medienpolitik ein“, WELT vom 31. Dezember

Es wäre gut gewesen, wenn Staatssekretär Prof. Schreckenberger vom Bundeskanzleramt beim Gespräch mit der WELT („Der Bund schaltet sich in die Medienpolitik ein“, Ausgabe Nr. 305 vom 31. 12. 84) einen Blick in das „Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundes-

Wort des Tages

„Was hat die Politik, die Wirtschaft, die bloße Partei den Abendländern zu lehren, sofern sie nicht das humanistische oder das christliche Ideal als treibende Kraft jeweils in sich birgt?“
Stefan Andres, deutscher Schriftsteller (1906-1970)

rechts“ geworfen hätte. Da hätte er nichts gelesen darüber, daß sich der Deutschlandfunk... entsprechend seinem Auftrag in erster Linie an die Menschen in Mitteleuropa richten soll.“ Im Gesetz heißt es vielmehr in Paragraph 5 unabweisend: „Zur Veranstaltung von Rundfunksendungen für Deutschland und das europäische Ausland wird eine... Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen Deutschlandfunk errichtet.“

Deutschland – das meint die Bundesrepublik mit ihren 61 Millionen Einwohnern genauso wie die DDR mit ihren 17 Millionen, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und zum europäischen Ausland gehört das verbundene Italien genauso wie Polen. Und wenn Prof. Schreckenberger sich das Programmschema des Deutschlandfunks über eine beliebige Woche hätte erläutern lassen – sein Amt ist ja im Rundfunkrat des Deutschlandfunks durch einen sehr kundigen Beamten vertreten – dann hätte er rasch lernen können, in welcher vielfältiger Weise sich der Deutschlandfunk von einer x-beliebigen Landesrundfunkanstalt unterscheidet, im deutschen Programm; vom Europa-Programm gar nicht zu reden! Die DDR jedenfalls sieht es so:

Das Programm des Deutschlandfunks sei „auf die fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und eine imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet“ – O-Ton „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ in Ost-Berlin –; der volle Text liegt im Bundeskanzleramt seit Juli 1984 vor...

„Wer Hörerverluste beklagt, der muß auch bereit sein, für Abhilfe zu sorgen, indem er beispielsweise tatkräftig dazu beiträgt, daß der Deutschlandfunk so rasch wie möglich die ihm zugedachten UKW-Frequenzen auf Sendern nahe der Zonengrenze nutzen kann. Sender, die nun allerdings überwiegend in unionsregierten Ländern errichtet werden sollen. Wie schön wäre es, wenn Prof. Schreckenberger sich in diesem Sinne beispielsweise bei den Ministerpräsidenten Barschel und Albrecht für die Interessen des Deutschlandfunks einsetzen würde; auch der Bundespostminister wie das Bundesinnenministerium können da eine Menge tun. Aber natürlich – es wäre Prof. Schreckenberger und seinen Parteifreunden ganz gewiß lieber, der Deutschlandfunk würde seinen kritischen Blick von der Bundesregierung weg ganz und gar auf die Herren in Ost-Berlin richten. Mit dem gesetzlichen Auftrag freilich hätte das nichts mehr zu tun!“

Paul O. Vogel, Mitglied im Rundfunkrat des Deutschlandfunks, Hamburg 1

Personalien

GEBURTSTAG

Blechbrommler Grass hat einmal von Erwin Wickert, dem Poeten und langjährigen Diplomaten im Auswärtigen Amt, gesagt, ihr handele es sich um einen straffen Herrn, der es verstehe, seine Leidenchaften in Reih und Glied anzutreten zu lassen“. Grass korrigierend, in seiner Laudatio zum 70. Geburtstag von Erwin Wickert, fand dagegen Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, bei Wickert handele es sich doch wohl eher um einen Mann, der auf gut prußische Weise gelernt habe, Gefühle und Leidenschaft zu verbergen, Haltung zu bewahren. Wie unterschiedlich die Eindrücke: Der Diplomat Wickert hinterließ beachtliche Spuren im Auswärtigen Amt, so als Botschafter in Rumänien und in Peking. Und wie er nun selbst gesteht, ist er glücklich, daß der öffentliche Dienst, das Auswärtige Amt, keinen Anstoß an seiner umfangreichen literarischen Tätigkeit nahm.

Erwin Wickert wurde in der baden-württembergischen Landesvertretung gefeiert: Eingeladen zum Geburtstagsempfang hatte die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, die guttueilich Wickerts Werke in ihr Verlagsprogramm aufnahm. Zur Gratulation kamen die beiden früheren Bundespräsidenten Karl Carstens und Walter Scheel, der ehemalige Außenminister Gerhard Schröder, die einstigen Staatssekretäre in Bonn Ralf Lahr, Bernd von Stade und Hans Neusel, AA-Staatssekretär Andreas Meyer-Landrut, Bonns Regierungssprecher und ehemaliger AA-Sprecher Jürgen Südhoff, Kanzleramtsminister Dr. Friedrich Vogel und viele frühere Botschafterkollegen. Zu ihnen zählten Günter Diehl und Franz Krapf, auf dessen Initiative hin Wickert 1955 zum zweiten Mal in den Auswärtigen Dienst eintrat, kurz nachdem, so erinnert sich Krapf, Wickert von einem indischen Guru weisagigt worden war, in seinem Leben werde sich eine entscheidende Wende vollziehen.

EHRUNGEN

Mit der Bronzemedaille des Europäischen Verdienstordens der „Fondation du Mérite Européen“, Sitz Luxemburg, ist Carl Doehring, der Vorsitzende der „Europäischen Vereinigung für Eigentumsbildung“ ausgezeichnet worden. Die Ordensverleihung fand auf Initiative von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Gaston Thorn, dem bisherigen Präsidenten der EG-Kommission, statt. Die Gesellschaft wurde 1980 zum Andenken an den verstorbenen Bundesschatzminister Dr. Hermann Lindhart gegründet. Sie bemüht sich seitdem um die Förderung der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerland. Die Devisen der Fondation du Mérite Européen, die den Ordnen seit 1970 verleiht, heißt: „Europa wollen, seine Probleme kennen und zu dessen Verwirklichung beitragen.“

AUSZEICHNUNGEN

Der geschäftsführende Gesellschafter der größten deutschen Fahrradfabrik, der Otto Kynast GmbH & Co KG in Quakenbrück, Werner Kynast, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Der Hauptgeschäftsführer der Industriellen und Handelskammer zu Berlin, Günter Braun, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden.

Monsignore Alfred Berchtold, von 1948 bis 1978 Leiter des Sozialinstituts der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Süddeutschlands, ist im Alter von 81 Jahren in Bad Reichenhain gestorben. Berchtold war seit Anfang der 30er Jahre in der katholischen Arbeiterbewegung tätig. Insgesamt sieben Jahre mußte er in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald verbringen. Nach 1945 trug er entscheidend zum Wiederaufbau der katholisch-sozialen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland bei. 1952 gehörte Berchtold zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB). Bis Anfang der 80er Jahre arbeitete er im Vorstand der AKSB mit.



VERANSTALTUNG

Gäste aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland und den USA trafen sich zu einem Jagdessen auf Schloß Gymnich. Gastgeber war Schloßbesitzer Jörg Baron von Holzschuber. Unter den Jagdgästen waren der frühere Bundespräsident Walter Scheel, Italiens Botschafter Luigi Ferraris, der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium Noel C. Koch, der amerikanische Heeresattache Bernhard McDaniel, der deutsche Industrielle Wendelin von Boch, Inhaber von Villeroy und Boch, der frühere deutsche Bürotraten sich zu einem Jagdessen auf Schloß Gymnich. Gastgeber war Schloßbesitzer Jörg Baron von Holzschuber. Unter den Jagdgästen waren der frühere Bundespräsident Walter Scheel, Italiens Botschafter Luigi Ferraris, der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium Noel C. Koch, der amerikanische Heeresattache Bernhard McDaniel, der deutsche Industrielle Wendelin von Boch, Inhaber von Villeroy und Boch, der frühere deutsche Büro-

Krieg der Bomber - Dokumentation über die Zerstörung deutscher Städte

Bilder von zeitlosem Schrecken

Flammensäulen schießen hoch auf Menschen turmen an den Rändern des Infernos in einer Luft, die keinen Sauerstoff zum Atmen hergibt. Ein Verzweifelter umklammert einen kleinen Sanktimmer seine Familie hegt unter Trümmern begraben.

Die Bilder zeitlosen Schreckens vom Feuersturm auf Köln in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942 sind eingegangen in die Geschichte. Sie entstammen den Archiven in beiden Teilen Deutschlands, in England und den USA. 150 000 Meter Film-Material wurden gesichert. Kameralaute haben sich dem Nazi-Verbot, Niederlage und Zerstörung zu dokumentieren, widersetzt, um ein Stück Zeitgeschichte festzuhalten, das künftigen Generationen als Abschreckung dienen könnte.

Der Autor Jochen von Lang ist es gelungen, mittelbar und unmittelbar Beteiligte und Überlebende zur Herausgabe von Dokumenten und zum Bericht über persönliche Erlebnisse zu bewegen. Andere Zeugen, wie der umstrittene Sir Arthur Harris, unverwundlicher Nazigegner und als Chef des britischen Bomberkommandos zur Ausrottung der deutschen Zivilbevölkerung entschlossen, lebten streng abgeschirmt. Er ist 91 Jahre geworden; kurz nach seinem letzten Interview mit der Fernsehredaktion ist er gestorben.

gewogene Berichterstattung dazu bewegen, seine Philosophie des "area bombing", des Flächenangriffs auf den zivilen Feind mit dessen Nachfolge-Generation zu erklären. "Ist es moralischer, Soldaten zu töten und Trauer und Elend über ihre Familien zu bringen?" fragt Harris. Und er fügt hinzu: "Alle großen Kriege sind immer Kriege gegen die ganze Nation. Sie sind keine Boxkämpfe einzelner Individuen."

"Es begann mit einer Lüge", die erste Folge, schildert den 10. Mai 1940 als einen Unglückstag besonderer Art für Freiburg im Breisgau. Frauen und Kinder mußten sterben, weil die

Krieg der Bomber (I) - ARD, 20.18 Uhr

Bomben, die die deutsche Luftwaffe für Dijon bestimmt hatte, irrtümlicherweise schon über Freiburg ausgelinkt wurden. Der verantwortliche Leutnant Paul Seidel nahm das Geheimnis dieses schrecklichen Irrtums mit ins Grab.

Ellig frisierte die Goebbelsche Propagandamaschine den umglickseligen Bombenanschlag als "terroristischen Angriff der Alliierten" und brütete ihn zum Anlaß, den "Gegenschlag" auf die Zivilbevölkerung Londons zu rechtfertigen. Aber auch dort läuft die patriotische Stimmungsmaschine u. a. mit Chorkonzerten, von denen der britische Kom-

mentar schwärmt: "Leute, die so singen, werden nicht besiegt!"

Hitlers Rußlandfeldzug gibt den Engländern Zeit, die Vergeltung vorzubereiten. Die Bilder der Verheerung gleichen sich nach "Siegereich" durchgeführten Operationen in Coventry und Manchester, in London, in Lübeck und Köln, das im Würfelspiel um sein Überleben noch vor Hamburg dran glauben mußte, "weil Hamburg im Nebel lag" und die Radartechnik noch in den Kinderschuhen steckte.

Nicht nur das Buchkonzept des Buch- und Fernsehautors Jochen von Lang ist um eine subtil ausgewogene Darstellung des heiklen Themas vom Bombenkrieg bemüht. Auch die Umsetzung durch Berichte von Augenzeugen, ergänzt mit dokumentarischen Einblendungen, besticht durch die Schlichtheit in Aussage und Präsentation. Verzicht auf gängige Übertreibungen der Besserwisser von heute, die für das Gesteirne nur den einmütigen "Blick zurück im Zorn" übrig haben, wirkt wohltuend.

Die Geschichte im Kriegs- und Nachkriegsdeutschland, gespiegelt am Schicksal des eigenen Volkes und dem des damaligen Gegners, ist allemal stark genug, um als Dokument zu wirken. Aufwühlend, fast unenträglich für diejenigen, die solche und ähnliche Bombennächte miterlebt haben, bewegend und zur Diskussion anregend für die Jüngeren.

INGRID ZAHN

KRITIK

Viel Geld für ein paar bunte Blüten

Es ist ein eigen Ding mit der Bonner Kultur. Wer immer sich damit beschäftigt, geht leicht in Irritationen. Auch Dietmar N. Schmidt, Theaterkritiker und geschätzter Kasseler Schauspielregisseur, kam in seinem ARD-Beitrag Kultur in Bonn - Hauptstadt verpflichtet nicht über ein paar belanglose Absichtserklärungen und pittoreske Momentaufnahmen hinaus.

Gewiß ist es hübsch anzuschauen, wenn Luxemburgs Botschafter Adrien Meisch in der spanischen Residenz seine Klavierkünste vorführt. Oder Bonns Oberbürgermeister prominenten Gästen unabhängig die Hände schüttelt. Oder Opernchef Ribet wortreich kundtut, Bonn habe ein anderes Publikum als beispielsweise Karlsruhe.

Die eigentlichen Probleme blieben dabei freilich weitgehend auf der Strecke. Die vielen bisher gescheiterten Konzepte, für die Bundeshauptstadt den rechten Kulturanzug zu

schneidern, wurden erst gar nicht erwähnt. Entsprechend blaß blieb die Darstellung möglicher Perspektiven.

Wer Schmidts Sendung ohne Vorwissen sah, mußte zu dem Ergebnis kommen: Mit viel Geld werden Bonn ein paar bunte Blüten aufgepfropft. Das ist nicht ganz unrichtig. Nur muß man dazu sagen, warum das so ist. Schmidt stolperte durch sein Thema wie viele Bonn-Reporter das tun: Von Außenlichkeiten verführt, ohne Detailkenntnis und ohne erkennbaren Willen, sich auf die Identitätsprobleme einzulassen, die dieser Stadt zugemutet werden.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Sonne, Strand und Sibowitz

Die Serie heißt Der Sonne entgegen (ARD), und die, die da zur Sonne streben, sind sogenannte Aussteiger, ein gestreifter Ehemann etwa oder ein überdrüssiger modischer Maler. Sie haben das brave Leben satt und flüchten an die jugoslawische Adria. Dort zeigt die Regie viel Sonne, viel Strand und noch viel mehr Sibowitz. Die Herren Aussteiger kommen zwar einzeln an, aber sie finden sich sehr bald zusammen und beginnen ihr sonnendurchflutetes und versoffenes freies Leben. Was weiter aus ihnen wird, weiß keiner.

Die erste Folge zeigt nur die Disposition, das heißt: das aus vordiskutierten Gründen unerträgliche Leben daheim und das ebenso vorgefertigte freie Leben am Strand Dalmatiens. Hermann Leitner, der Regisseur, hat es gewiß nicht leicht, aus diesem unersättlichen Drehbuch ein Stück Leben zu machen. Aber wie auch immer, er schafft es. Man sieht zu, man lacht, man läßt sich vor allem von dem schönen jugoslawischen Küstenort korumpieren, schließlich ist man einverstanden. Wer hätte das erwartet bei den drögen, auf Humor gequälten Anfangsequenzen.

Man wird abwarten müssen, wie es weitergeht. Man wird es fröhlich tun, das Abwarten. Dafür sorgen die vielen müneren Episoden der Serie, dafür sorgen die aufgekratzten Darsteller.

REGINA ROSTOW

ARD ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

- 10.00 Tagesschau und Tagesthemas
10.25 Tagesschau
11.50 Umsetz
14.00 Tagesschau
14.10 Expeditions ins Tierreich
14.35 Karabeller
14.55 Karabeller
17.00 Tagesschau
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.10 Tagesschau
20.15 Tagesschau
20.20 Tagesschau
20.25 Tagesschau
20.30 Tagesschau
20.35 Tagesschau
20.40 Tagesschau
20.45 Tagesschau
20.50 Tagesschau
20.55 Tagesschau
21.00 Tagesschau
21.05 Tagesschau
21.10 Tagesschau
21.15 Tagesschau
21.20 Tagesschau
21.25 Tagesschau
21.30 Tagesschau
21.35 Tagesschau
21.40 Tagesschau
21.45 Tagesschau
21.50 Tagesschau
21.55 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.05 Tagesschau
22.10 Tagesschau
22.15 Tagesschau
22.20 Tagesschau
22.25 Tagesschau
22.30 Tagesschau
22.35 Tagesschau
22.40 Tagesschau
22.45 Tagesschau
22.50 Tagesschau
22.55 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.05 Tagesschau
23.10 Tagesschau
23.15 Tagesschau
23.20 Tagesschau
23.25 Tagesschau
23.30 Tagesschau
23.35 Tagesschau
23.40 Tagesschau
23.45 Tagesschau
23.50 Tagesschau
23.55 Tagesschau
0.00 Tagesschau

III. SAT 1

- WEST
19.00 Aktuelle Stunde
19.05 Tagesschau
20.15 Der nackte Kuf
20.20 Der nackte Kuf
20.25 Der nackte Kuf
20.30 Der nackte Kuf
20.35 Der nackte Kuf
20.40 Der nackte Kuf
20.45 Der nackte Kuf
20.50 Der nackte Kuf
20.55 Der nackte Kuf
21.00 Der nackte Kuf
21.05 Der nackte Kuf
21.10 Der nackte Kuf
21.15 Der nackte Kuf
21.20 Der nackte Kuf
21.25 Der nackte Kuf
21.30 Der nackte Kuf
21.35 Der nackte Kuf
21.40 Der nackte Kuf
21.45 Der nackte Kuf
21.50 Der nackte Kuf
21.55 Der nackte Kuf
22.00 Der nackte Kuf
22.05 Der nackte Kuf
22.10 Der nackte Kuf
22.15 Der nackte Kuf
22.20 Der nackte Kuf
22.25 Der nackte Kuf
22.30 Der nackte Kuf
22.35 Der nackte Kuf
22.40 Der nackte Kuf
22.45 Der nackte Kuf
22.50 Der nackte Kuf
22.55 Der nackte Kuf
23.00 Der nackte Kuf
23.05 Der nackte Kuf
23.10 Der nackte Kuf
23.15 Der nackte Kuf
23.20 Der nackte Kuf
23.25 Der nackte Kuf
23.30 Der nackte Kuf
23.35 Der nackte Kuf
23.40 Der nackte Kuf
23.45 Der nackte Kuf
23.50 Der nackte Kuf
23.55 Der nackte Kuf
0.00 Der nackte Kuf



Die Stadt Köln war eines der Angriffsziele im 'Krieg der Bomber' (ARD, 20.18)

Advertisement for Dr. Heinz Ziegler, featuring contact information and a testimonial about his services.

Advertisement for Dr.-Ing. Albrecht Czimatis, highlighting his expertise in engineering and management.

Advertisement for 'Was tun, wenn die Sirenen heulen?', providing information on emergency preparedness.

Advertisement for Dr. Heinz Ziegler, focusing on his role as a business partner and advisor.

Advertisement for Dr. Heinz Ziegler, detailing his professional background and services.

Advertisement for 'Mittelständischen Unternehmen', offering time management solutions.

Advertisement for Dr. Heinz Ziegler, emphasizing his long-term commitment to clients.

Advertisement for Dr. Mirella Scheel, promoting her services in family and business matters.

Advertisement for 'KNAUER NOTIZ QUADER', showcasing their stationery products.

Large advertisement for 'Golfspiel zum Volkstarif', including a membership form and pricing details.

BIG-Baubetreuung + Immobilien GmbH, 3280 Bad Pyrmont, Kirchstraße 20

Renten: Regierung will noch abwarten

PETER JENTSCH, Bonn

In der Diskussion um die Höhe der Rentenanpassung in diesem Jahr aufgrund eines niedrigeren durchschnittlichen Einkommens der aktiv Beschäftigten im Jahre 1983 als ursprünglich erwartet, die Bundesregierung vor einer Entscheidung erst die konkreten Zahlen der Einkommensentwicklung aus dem Statistischen Bundesamt abwarten. Regierungssprecher Peter Boenisch kündigte aber gestern nach der Kabinettsitzung an, daß am kommenden Montag ein Koalitionsgespräch über die Rentenproblematik stattfinden soll. Er bestritt, daß dieses Gespräch erst aufgrund der aktuellen Entwicklung, die eine Rentenanpassung unter einem Prozent (bisher 1,07 Prozent) als möglich erscheinen läßt, zustandekommen sei.

Das Kabinettsitzung in wesentlichen Punkten den Änderungen des Bundesgesetzes für das Arbeitszeitgesetz der Bundesregierung zu. Dabei geht die Bundesregierung nach wie vor von dem Ziel aus, den Tarifvertragsparteien bei der Festlegung der zulässigen Höchstarbeitszeit im Interesse der Gesundheit der Arbeitnehmer und eines präzisierten Arbeitsschutzes mehr Befugnisse und mehr Verantwortung zu übertragen. Bundesarbeitsminister Norbert Blum sagte dazu im Kabinettsitzung: „Die Tarifparteien haben Vorfahrt. Was sie lösen können, soll der Staat nicht reglementierend an sich ziehen.“

Im einzelnen sieht das Gesetz ein grundsätzliches Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit vor, und zwar für alle Arbeitnehmer. Ausnahmen bleiben im bisherigen Umfang zulässig, wobei aber mindestens ein Sonntag im Monat frei sein oder ein Ersatztag gewährt werden muß.

Auch am Grundsatz des Acht-Stunden-Tages wird festgehalten. Dabei werden aber Verlängerungsmöglichkeiten der werktäglichen Höchstarbeitszeit bis zu zehn Stunden bei anderer Verteilung der Arbeitszeit ermöglicht. Auch die Fragen der täglichen Mindestruhezeit und der Ruhepausen werden geregelt, wobei den Tarifpartnern in Anpassung an betriebliche Erfordernisse abweichende Regelungen von den gesetzlichen Grundnormen ermöglicht werden.

Die Bundesregierung erwartet von den Tarifpartnern, daß sie dieses Instrument insbesondere angesichts der notwendigen betrieblichen Flexibilisierung rege nutzt.

Sowjetische Truppen in Afghanistan reduziert

„Jane's Defense“: Moskau fürchtet vietnamähnlichen Konflikt

AP, London

Die Sowjetunion hat nach Angaben der britischen Militärzeitschrift „Jane's Defense Weekly“ ihre Truppen in Afghanistan reduziert. Sie sei entschlossen, sich nicht in einen Konflikt nach Art des Vietnamkrieges hineinziehen zu lassen. In einem Bericht des Sowjetexperten Mark Urban heißt es, die Stärke der sowjetischen Truppen in dem zentralasiatischen Land betrage derzeit 76 000 Mann. Dies seien weit weniger Soldaten als zu Beginn der sowjetischen Intervention am Jahresende 1979 nach Afghanistan gebracht worden seien.

Urban's Angaben stehen im Widerspruch zu Meldungen westlicher Medien und Angaben der Freikämpfer, denen zufolge die Sowjets seit 1980 ihr Engagement in Afghanistan verstärkt haben sollen. Das in London ansässige internationale Institut für strategische Studien hatte die Zahl der sowjetischen Truppen in Afghanistan im Oktober auf 115 000 Mann beziffert. Demgegenüber kommt Urban in seiner Rechnung auf 52 000 Mann Kampftruppen und 24 000 Mann logistische Einheiten, darunter auch dem Geheimdienst KGB unterstellte Einheiten in Regimentsstärke und 1500 Mann Grenzpolizisten zur Bewachung sowjetischer Einrichtungen sowie hoher Zivilisten und Militärs. Wenn es die Kampfpläne erfordere, würden jedoch kurzfristig Verstärkungen aus Südsibirien eingetogen.

Urban kommt zu dem Ergebnis, daß die sowjetischen Truppen bei den Kämpfen in Afghanistan bisher eine „begrenzte Rolle“ gespielt haben. Der Grund für die Verringerung der Truppen liege in einer Änderung der sowjetischen Taktik und in der Rückführung von Kriegsmaterial, das sich für Kampfhandlungen in den Bergen als ungeeignet erwiesen habe.

Dies bedeute jedoch nicht ein absichtliches Ende der sowjetischen Präsenz in Afghanistan. Vielmehr stünden den sowjetischen Soldaten noch „viele afghanische Winter“ ins Haus. Die sich daraus ergebende Belastung habe einen erhöhten Konsum von Drogen und Alkohol unter sowjetischen Soldaten zur Folge, schreibt Urban, der Gelegenheit hatte, mit sowjetischen Deserteuren zu sprechen.

Die meisten der aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken stammenden Soldaten aus der ersten Stunde seien inzwischen von unerfahrenen jungen Wehrpflichtigen, meist russischer Herkunft, ersetzt worden.

Aus der ungenügenden Ausbildung der jungen Rekruten ergebe sich die Schwierigkeit bei der Kriegführung mit kleinen Einheiten, wie sie für einen Sieg über die rund 90 000 Partisanen notwendig seien.

Glötz: SPD kampagnenfähig machen

Verluste bei Jungwählern und mangelndes Vertrauen in die Kompetenz der Partei

PETER PHILIPPS, Bonn

In der Bonner Parteiführung der SPD ist man unzufrieden über das Bild der eigenen Partei im Land. Angesichts der in den Augen der Wähler immer noch ungenügenden Kompetenz der SPD auf den wichtigsten Politikfeldern sowie des Verlustes ganzer Jahrgänge von Jungwählern an die Grünen wird vor allem über die Gründe der mangelhaften „Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit“ nachgedacht. Die Frage der personellen Verknüpfung von mehr Kompetenz ist zwangsläufig weiterhin zurückgestellt worden.

Die neuesten Ergebnisse des ZDF-Politbarometers haben die Probleme der SPD einmal mehr verdeutlicht. Das Kompetenzvertrauen der Wähler auf den Schwerpunktfeldern der Politik zeigt, daß die Sozialdemokraten auch aus schwachen Ergebnissen der Regierungskoalition kaum Vorteile ziehen können: Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vertrauen zwar nur 30 Prozent auf die Regierung, aber die alte Arbeiterpartei SPD bringt es sogar nur auf 23 Prozent. Beim Thema Renten lautet das Verhältnis 29 zu 26 Prozent zugunsten der Koalition, bei der Frage nach einem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung sogar 45 zu 16 Prozent. Allein für den Umweltschutz halten die Bürger die SPD für kompetenter. Doch es sind nur 22 Prozent gegenüber 17 Prozent für die Regierung.

Vor allem die „mangelnde Kampagnenfähigkeit“ der Partei-Untergliederungen ist es, die Glötz wie der stellvertretende Parteichef Vogel - in einem WELT-Gespräch zum Jahreswechsel - unisono für die schlechten Werte verantwortlich machen. Der Bundesgeschäftsführer hat in einem zehnteiligen, internen Thesen-Papier zur Jahreswende versucht, die Defizite der SPD anzulichten. Die Überlegenheit sind inzwischen allen Vorstandsmitgliedern zugegangen.

Die SPD, schreibt Glötz, habe „nur dann eine Mehrheitschance, wenn unser politischer Einfluß in unterschiedlichen sozialen Milieus hineinreicht“. Aus unterschiedlichen Gründen habe man „in den letzten sieben Jahren nicht nach diesem Prinzip gehandelt“. Als positives Zeichen des Umdenkens wird ausdrücklich angeführt, daß die SPD „heute in der Friedensbewegung gut vertreten“ sei, wobei diese allerdings „krisenhaft um ihr Selbstverständnis ringt“. Die „Frauenbewegung“, die „Arbeitsloseninitiativen“ sowie die „Umweltbewegung“ werden als weitere, positive Engagement-Bereiche genannt. Aber es komme „zu selten vor, daß wir selbst die Initiative zu großen, Tausende oder Zehntausende von Menschen in Bewegung setzenden Aktionen und Demonstrationen aufrufen“. Glötz: „Mit einem Wort, die Partei muß die Kampagnenfähigkeit zurückgewinnen.“ Die SPD müsse es in Zukunft wieder schaffen, sowohl Massendemonstrationen als auch Einzelinitiativen wieder „in ihr Repertoire aufzunehmen“. Und sie dürfe nicht

Hessens FDP will Einigung mit SPD und CDU

DW, Wiesbaden

Die hessische FDP sieht in einer landespolitischen Verständigung zwischen SPD, CDU und Freien Demokraten eine Alternative zu dem vorerst gescheiterten rot-grünen Bündnis. Ein „Mindestmaß an Abstimmung in der Sache“ sei zwischen den drei großen Parteien möglich, heißt es in einem Beschluß des FDP-Landesvorstandes, den der Landesvorsitzende und Fraktionschef im Landtag, Wolfgang Gerhardt, gestern in Wiesbaden vorgelegt hat. Er fügte hinzu, es sei nicht nötig, jedes landespolitische Problem zu einer Glaubensfrage zu machen.

Gerhardt bekräftigte die Bereitschaft der FDP zur Verabschiedung eines Landeshaushalts mit der SPD. Allerdings müßten die Sozialdemokraten die Änderungsvorschläge der FDP mit einem Volumen von rund 220 Millionen Mark berücksichtigen und Klarheit darüber schaffen, ob ihre Zusammenarbeit mit den Grünen endgültig beendet sei oder wiederaufgenommen werden solle. Die FDP stehe für „Alibigespräche“ bis zur Kommunalwahl am 10. März nicht zur Verfügung, sagte Gerhardt. Sie lehne auch eine Koalition mit der SPD oder die Duldung der SPD-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Holger Börner ab. Für eine Neugestaltung der Landespolitik mit FDP und CDU müsse die SPD erklären, daß sie an dem Bündnis mit den Grünen nicht mehr festhalte.

Spitzenpolitiker der Sozial- und der Freidemokraten trafen sich gestern in Wiesbaden zu einer Unterredung über mögliche Lösungen der hessischen Etatkrise. Die zweite Lesung des Haushaltsentwurfs mit einem Umfang von rund 22,5 Milliarden Mark vom Landtag im Dezember 1984 auf unbestimmte Zeit verschoben worden, nachdem sich im Plenum wegen des Bruchs der rot-grünen Kooperation keine Mehrheit für das Gesetz abgezeichnet hatte. Nach der Begegnung mit der FDP wollen die Sozialdemokraten am Donnerstag und Freitag auch mit der CDU und mit den Grünen verhandeln.

Im Gegensatz zur FDP, die eine Regierungsabstimmung ausschließt, verlangt die CDU eine große Koalition als Voraussetzung für die Verabschiedung des Etats. Zugestimmt die Grünen ihre Zustimmung zu dem mit der SPD vereinbarten Haushaltsplan an Zuständigkeiten der Sozialdemokraten in der Kernkraftpolitik.

Städtetag spricht von einem Skandal

H. H. Bonn

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Günter Samtlebe, hat es als „Skandal“ bezeichnet, daß die Arbeitslosigkeit weitgehend von den Kommunen bezahlt wird: 1983 hätten 1,7 Millionen Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen (neun Prozent mehr als 1982). Bei rund 400 000 der 1,7 Millionen sei Arbeitslosigkeit die Ursache der Bedürftigkeit gewesen. Samtlebe schätzt die Belastung der Gemeinden hierauf auf rund eine Milliarde Mark jährlich. Die Gemeinden könnten, wie von ihnen immer wieder gefordert, ihre Bauinvestitionen erhöhen, wenn sie bei der Sozialhilfe entlastet würden und wenn Bund und Länder ihnen Zusagen bei der Steuererleichterung - speziell Umsatz- und Gewerbesteuer - machen würden (s. WELT v. 5. Januar).

SPD-Vorschläge zu Arzneimittelrecht

PETER JENTSCH, Bonn

Die SPD-regierten Bundesländer und die SPD-Bundestagsfraktion wollen gemeinsam in Bundesrat und Bundestag einen Gesetzentwurf zur Novellierung des seit 1976 geltenden Arzneimittelrechts einbringen. Darin fordert die SPD eine Beschränkung der kostenlosen Abgabe von Arzneimitteln auf höchstens sechs Muster pro Jahr und längstens drei Jahre lang für neu in den Verkehr gebrachte Präparate.

Gleichzeitig sollen Medikamente mit ungünstigen Nutzen-Risikoverhältnis künftig nicht mehr zugelassen werden. Darüberhinaus wird für alle Arzneimittel die Angabe eines Verfallsdatums sowie ein Werbeverbot für nicht rezeptpflichtige Schmerzmittel und für Schlankheitspräparate gefordert.

CSU: Kompromisse haben Grenzen

tr, München

Die CSU hat am Vorabend ihrer Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth die Grenzen ihrer Kompromissbereitschaft in der Bonner Regierungskoalition hervorgehoben. Das Parteipersonal „Bayernkurier“ schrieb gestern, die CSU erhalte ihren Auftrag in der Koalition mit der „Beziehungs- zur fairen Partnerschaft“. Der Kompromiß gehöre zum Alltag einer Koalition, erde aber dort, „wo die Preisgabe eigener Grundstimmungen beginnen würde“. In Partei-Kreisen hieß es, in Kreuth dürfe die CSU erneut ihre Unzufriedenheit mit dem äußeren Erscheinungsbild und der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zum Ausdruck bringen. In Kreuth tagen die 51 Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundtag.

Korea: Dialog verschoben

dpa, Seoul

Nordkorea hat kurzfristig zwei Termine zur Wiederaufnahme des interkoreanischen Dialogs in der zweiten Jahreshälfte auf unbestimmte Zeit verschoben. Als Grund nannte Radio Pjöngjang gestern das amerikanisch-südkoreanische Großmanöver „Team Spirit '85“, das von Februar bis Mitte April stattfinden soll.

Dennoch erneuerte der südkoreanische Staatschef Chun Doo Hwan am selben Tag in seiner Neujahrsansprache vor der Nationalversammlung in Seoul seine Bereitschaft zu einem innerkoreanischen Gipfeltreffen, das einen entscheidenden Anstoß zur Verringerung der Spannungen, für den Frieden und die Wiedervereinigung der geteilten Nation geben müsse.

SED attackiert „Linksradikale“

W.K./AFP, Berlin

Die Ost-Berliner Monatszeitschrift „Horizont“ hat jetzt offenbar den „Linksradikalismus“ als Kinderkrankheit der westlichen „Friedensbewegung“ entlarvt. Anhänger der Bewegung, gemeint sind pazifistische und kirchliche Gruppen - die für eine Abrüstung in Ost und West plädieren, werden als „linksradikale Kräfte“ bezeichnet, vor deren wachsenden Einfluß die offiziöse „DDR“-Zeitschrift in ihrer neuen Ausgabe warnt. So versuchten viele linksradikale Ideologen, „mit der verleumderten These von der gleichen Verantwortung der beiden Supermächte für die Spannungen in der Welt“ und der „Verzerrung der Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht“ die „Friedensbewegung“ politisch zu verwirren.

SED attackiert „Linksradikale“

Die Ost-Berliner Monatszeitschrift „Horizont“ hat jetzt offenbar den „Linksradikalismus“ als Kinderkrankheit der westlichen „Friedensbewegung“ entlarvt. Anhänger der Bewegung, gemeint sind pazifistische und kirchliche Gruppen - die für eine Abrüstung in Ost und West plädieren, werden als „linksradikale Kräfte“ bezeichnet, vor deren wachsenden Einfluß die offiziöse „DDR“-Zeitschrift in ihrer neuen Ausgabe warnt. So versuchten viele linksradikale Ideologen, „mit der verleumderten These von der gleichen Verantwortung der beiden Supermächte für die Spannungen in der Welt“ und der „Verzerrung der Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht“ die „Friedensbewegung“ politisch zu verwirren.

SKI ALPIN

Triumph für die Schweiz

DW, Bad Kleinkirchheim

Martina Kiehl stampfte wütend mit ihren Skischuhen im Schnee herum. Irene Epplie kam durchs Ziel und warf ihre Ski gegen die Werbe-Banden. Die alpinen Ski-Läuferinnen aus Deutschland, die zum Auftakt der Saison von Erfolg zu Erfolg eilten, werden offensichtlich doch wieder nervös. Bei der Weltcup-Abfahrt in Bad Kleinkirchheim übten sie sich gestern der dreifachen Überlegenheit der Schweizerinnen beugen: Michaela Figini gewann auf der 2670 m langen Strecke vor Brigitte Ördli und Ariane Ehrhart.

Martina Kiehl, die am Samstag 20 Jahre alt wird, landete auf dem siebten Platz. Ihre enttäuschte Reaktion erinnerte an Zeiten, in denen nach Misserfolgen stets die widrigen Umstände verantwortlich gemacht wurden. Hier war doch alles durcheinander. Erst gab es keinen Schnee, dann viel Schnee. Der Neuschnee hat mich verunsichert.“ Und bei Irene Epplie, die mit der Startnummer 1 Platz 44 belegte, gab es denn auch wieder Andeutungen, die das Material betreffen: „Fehler habe ich keine gemacht. Es ist mir unerklärlich, daß ich vier Sekunden auf die Spitze verloren habe. Heute war das Material entscheidend.“ Aber: Auf die Piste waren über Nacht nur zwei Zentimeter Neuschnee gefallen, Ariane Ehrhart, die Dritte, fährt Ski der gleichen Firma, die auch Irene Epplie ausrüstet, und die ersten drei Läuferinnen benutzen Produkte verschiedener Firmen.

Immerhin konnten sich auch die drei Schweizerinnen ihren Triumph nicht so recht erklären. Michaela Figini: „Das Material hat bei diesem Neuschnee sicherlich eine Rolle gespielt. Wir Schweizerinnen sind auch gute Gleiterinnen, aber dennoch ist mir dieser Formanstieg ein Rätsel.“

Aus dem Kreis der deutschen Athletinnen, die in diesem Winter bisher Weltcup-Punkte in der Abfahrt sammeln konnte sich nur Regine Mösenlechner als Zwölfte im Vorderfeld platzieren. Michaela Gerg („Ich bin schlecht gefahren, ich habe zwei Fehler gemacht“) landete auf Rang 36. Auch in der Kombination aus dem Riesenslalom von St. Caterina und der Abfahrt in Bad Kleinkirchheim gewann Michaela Figini.

RALLYE

Deutsche Autos dominieren

sid, Herouanne

Deutsche Autos dominierten auf der sechsten Etappe der Rallye Paris-Dakar. Auf der 557 km langen Strecke von Tamanrasset (Algerien) nach Herouanne (Niger) war der französische Rallye-Profi Bernard Darniche mit einem Audi Quattro der schnellste Fahrer. Den zweiten Platz belegte sein Landsmann und Vorjahressieger René Metge auf Porsche 959. In der Gesamtwertung konnte der Belgier Guy Cousoul auf Opel Manta mit Platz fünf seine Führung auf fast 20 Minuten Vorsprung ausbauen. Sein Markenzeichen Erwin Weber (Neufahrer) rutschte von Platz fünf auf Platz sieben ab. Fünfter nach einer großen Aufholjagd ist jetzt Jacky Ickx (Belgien), der ebenfalls einen Porsche 959 fährt.

In der Klasse für Motorräder verteilte der Franzose Serge Bacou (Frankreich) auf Yamaha die Spitzenposition. Tapfer hielt sich Vorjahres-Gaststar Rahnier. Der belgische BMW-Werksfahrer beendete die Etappe als Achter, obwohl seine Maschine in den ersten Tagen durch zwei Unfälle stark lädiert worden war.

Mit heftigen Attacken auf die internationale Presse hat inzwischen Prinzessin Caroline von Monaco auf die Berichterstattung über ihr Ausscheiden reagiert. Sie klagte: „Warum haben bloß alle gelogen“ und stellte klar, daß zum Zeitpunkt des Unfalls am letzten Freitag nicht ihr Mann Stefano Casiraghi, sondern der Italiener Gian Carlo Arcangoli am Steuer des eine Million Mark teuren Lastwagens gesessen habe. Der Lkw war kurz vor Erreichen der Wüste in Algerien umgekippt.

Prinzessin Caroline, die als Navigatorin fungierte, sagte: „Arcangoli hatte erstmals das Steuer übernommen und uns noch angekündigt, er wolle uns mal zeigen, wie man eine Rallye fährt. An der Stelle, an der wir verunglückten, sah unser Bordbuch nur eine Geschwindigkeit von 35 km/std vor, doch er fuhr 80 km/std. Als er einem Schlagloch ausweichen wollte, brachte er unseren Wagen zum Umkippen. Aufgeblähten wir wir nur, weil die Reparatur die dafür vorgesehene Zeit um etwa eine Stunde überschritten hätte.“

Zeller geht - ein Stück Eiskunstlauf-Geschichte

UWE PRIESER, Bremerhaven

Der Mann geht - seine Geschichte wird bleiben. Wenn die Deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaften, die gestern Abend in Bremerhaven begannen, zu Ende sind, wird Erich Zeller als Bundestrainer zurücktreten. Am Sonntag wird er 63 Jahre alt. Der Mann, der das Paar Marika Kilius/Hans-Jürgen Bäumler machte und den sie den „Meisterstrainer“ genannt haben, repräsentiert seit fast 30 Jahren den deutschen Eiskunstlauf. Da überrascht es fast, daß Erich Zeller erst seit 1970 Bundestrainer ist. Als er 1956 in Garmisch-Partenkirchen seine ersten Eiskunstläufer gab, wollte man ihm das zuerst verbieten. „Der hat ja kein Trainerdiplom.“ Also machte er es.

Also machte er es - dieser Satz hat Erich Zeller durch sein Leben begleitet. Zeller schob den Schnee von der Eisbahn, Zeller schiff noch unmittelbar vor dem Wettkampf die Kufen seiner Läufer und oft genug auch die ihrer Rivalen, Zeller organisierte den

Alltag, glättete das Eis, notfalls mit bloßen Händen. „Ich bin immer der Mann im Hintergrund gewesen“, sagt er, „ich habe mich nie vorne hingestellt, sondern gearbeitet und die Läufer vorne hingestellt.“

Das sagt er ernst, ohne Anflug von Koketterie. „Arbeit“ war sein einziges Credo in diesem von Filter und Gellungssucht bestimmten Bühnensport Eiskunstlauf. Zeller allerdings lebte nicht nur für seine Läufer, er bestimmte auch, wie sie zu leben hatten. Wer das nicht wollte, konnte sich einen anderen Trainer suchen. Nur Norbert Schramm riskierte den Bruch. Denn Zeller an der Bande, so wußte jeder bei internationalen Meisterschaften, bedeutete einen Zehntelpunkt bei den Preisrichtern mehr.

Am 13. Januar 1970 saß er in München in der Eis-Show von Kilius/Bäumler, die sechs Jahre zuvor als Weltmeister zurückgetreten waren. Hans-Jürgen Bäumler ergriff zur Eröffnung das Mikrofon und sprach

zu den Zuschauern: „Unter Ihnen sitzt der Mann, dem wir alles verdanken. Er wird heute 50 Jahre alt. Wir werden uns sehr anstrengen müssen, um vor ihm bestehen zu können.“ Kunstpause. „Sonst bestellt er uns morgen früh wieder zum Training.“

In amerikanischen Nachtclub von Garmisch-Partenkirchen, der „Casa Carrioca“, hatte Erich Zellers Weg nach dem Krieg begonnen. Der deutsche Eiskunstlauf-Meister von 1942 fand in seinem Beruf als Maschinenbau-Ingenieur keinen Job. „Aber in der Casa hatten sie eine Eisfläche. Für 500 Dollar im Monat bin ich dort aufgetreten.“ Bis 1956. Da gab Zeller als Eislauftrainer schon einen Jungen Unterricht, der eines Abends in der Casa aufgetaucht war und gefragt hatte, ob er ihn nicht unterrichten könne. Es war Hans-Jürgen Bäumler. Im Sommer 1957 kam dann auch Marika Kilius, die ihrem Frankfurter Partner Franz Nying über den Kopf gewachsen war. Fortan lebte das deutsche Traum-

paar auf dem Eis als Brüderchen und Schwesterchen, bekocht und bemutet, im Hause Zeller. Doch Erich Zeller hat nicht nur Kilius/Bäumler zu sechs Europameisterschaften, zwei Welttiteln und zwei olympischen Silbermedaillen geführt. Isabelle de Navarre, Dagmar Lurz, die beiden österreichischen Weltmeister Regine Heitzer und Wolfgang Schwarz wie auch Norbert Schramm trainierten unter dem autoritären Mann, dessen Markenzeichen die dunkelblaue Schiebermütze war, die er auf das preußisch kurzgeschneitete, in kleine eisgraue Wellen gelegte Haar drückte. Marika Kilius hatte sie ihm einmal geschenkt.

Bis 25 Welt- und Europameisterschaften und sieben Olympischen Spielen gewannen Zeller-Läufer 41 oder 42 Medaillen. „Sie müssen nachzählen“, sagt er, „jedenfalls sind es über 40.“ Die letzten wurden gewonnen von Norbert Schramm, mit dem Erich Zeller den Konflikt mit einer neuen, von der Sporthilfe gestützten,

von den Medien verwöhnten Läufergeneration erlebte. Der Konflikt hatte Zeller zuletzt beinahe krank gemacht, bis der von Schramm herbeigeführte Bruch ihn von der Konfrontation und einer Lebensart befreite, die nie die seine war. „Ich habe“, sagt Zeller, „immer sehr solide gelebt. Wenn die anderen Wein getrunken haben, hab' ich Milch bestellt.“

Wie er das erzählt, blitzt in seinen blauen Augen ein Lächeln. Denn er, Erich Zeller, hat das Leben viel früher angesehen als jene eisgraue Eismann, für den so viele ihn gehalten haben. Doch das war nichts für die Öffentlichkeit.

Erich Zeller wird nicht mehr Bundestrainer sein. Die Deutsche Eiskunstlauf-Union (DEU), die ihn vor sechs Jahren nicht mehr die Leitung des Bundesleistungszentrums in Oberstdorf übertragen wollte, weil Zeller ihr zu alt schien, hat ihm jetzt einen Beratervertrag angeboten. Eiskunstgeschichte kann nicht so einfach pensioniert werden.

WEREINE / Verwaltungskosten werden höher

Arbeit im Klub gefährlicher als eine Gangsterjagd?

dpa, Stuttgart

Sind Gangsterjagden ungefährlicher als die Arbeit eines Angestellten in einem deutschen Sportverein? Nach den neu festgelegten Gefahrenklassen der Verwaltungsverbands-Berufsgenossenschaft (VBG) in Hamburg, in der jeder Arbeitnehmer eines Vereins versichert ist, muß man zu dieser Auffassung gelangen. Auf Grund der Bescheide für ihre hauptamtlichen Beschäftigten sollen die Klubs künftig sechs- bis siebenfach höhere Beiträge bezahlen. „So etwas ist absurd und wird von uns nicht einfach hingenommen“, sagte Hermann Latz, der zuständige Referent des Deutschen Sport-Bundes (DSB). Die Berufsgenossenschaft wurde bereits mit einer Flut von Widersprüchen überschwemmt.

Bisher waren die Arbeitnehmer in Sportvereinen in eine ihrer Berufsklassen eingeteilt worden, zum Beispiel 1,0 für Büropersonal, 3,0 für Hausmeister, 6,5 für Sportlehrer. Jetzt verlangt die VBG eine Bewertung nach dem Unternehmen. Und das „Unternehmen Sportverein“, so hat es das Aufsichtsamtsamt für die Versicherungsabteilung in der höchsten Gefahrenklasse (24,5) eingestuft.

Latz: „Eine stichhaltige Begründung dafür, daß eine Angestellte einer Vereinsgeschäftsstelle 24,5mal mehr gefährdet sein soll als eine Bankangestellte, konnte uns die VBG nicht geben.“

Banken und Steuerberater sind in der niedrigsten Klasse (1,0) eingestuft, gefolgt von Arbeitgeberverbänden und politischen Parteien (2,0), für Bewachungsunternehmen und Detektivinstitute sind 9,0 festgesetzt. Ein nicht-professioneller Sportverein mit eigenen Anlagen, der acht Arbeitnehmer beschäftigt, müßte jetzt etwa 23 000 Mark aufbringen, bisher bezahlte er 3500 Mark.

Der Stuttgarter Klub SpVgg Feuerbach erwägt bereits, sich in einen „Entspannungsverein“ zu verwandeln. Klubs und Einrichtungen, die der Entspannung dienen, hat die VBG nämlich lediglich in die Klasse 3,0 eingestuft...

SPORT-NACHRICHTEN

Wieder ein Remis

Moskau (DW) - Auch die 39. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und Herausforderer Gari Kasparow endete - wie nach dem ersten 41 Zügen erwartet - mit einem Remis. In dieser Stellung wurde die Partie abgebrochen: Weiß: Kg2, Tb5, S2, SM, Bc3, L2, g3, h2 - Schwarz: Kg7, Td7, Lc3, S4, Bb5, f7, g6, h6. Es folgten die Züge: 41... S6, 42.h3 h5, 43.Tb3 Se4, 44.Ta3 Kg8, 45.Ta4 S6, 46.g4 h4g4, 47.h4g4 Sxg4, 48.Se2 d4. Falls nun 49.exd4, so hat Weiß nach Lb5, S0, Ta2 Tb7 oder Sd5 S3 keine Chance.

Nur sieben Starter

Paris (dpa) - Der Deutsche Leichtathletik-Verband schiekt nur sieben Athleten zu den 1. Hallen-Weltspielen nach Paris (18.19. Januar): Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch, die Hochspringer Thrinandia und Nagel, Sprinter Bastians, Dreispringer Jaros, und die Geher Ingrid Adam und Schwarz.

Verhandlung abgesagt

Frankfurt (sid) - Der Sportgerichtstermin, bei dem über den Schlichter Einspruch gegen die Wer-

STANDPUNKT

Vielsagendes Schweigen

Bemerkenswert ist die Situation Schweiz: Eine Woche ist es jetzt her, da hat der Kölner Arzt Herbert Plum behauptet, Eiskunst-Spieler bestimmten Mannschaften putzten sich mit Amphetaminen auf. Die Namen der Klubs nannte er auch: Schwennigen, Mannheim, Düsseldorf, Landshut.

Ein ungeheurer Vorwurf, sollte man meinen, schließlich fehlen die Beweise. Und so schrien die betroffenen Vereins-Eisheiligen denn auch auf, sprachen von Gerücht und übler Nachrede. Passiert aber ist bisher nichts. Still ruht der See unter der Eisfläche, auf der sich - so der Arzt-Spieler prägenen, weil sie ihre aufgeschwemmten Körper nicht mehr unter Kontrolle hätten.

Ist das Schweigen hier schon eine Antwort? Hat vielleicht niemand ein Interesse daran, den noch beweislosen Vorwürfen auf den Grund zu gehen? Nach dieser Methode ist schon oft verschleierte worden, es später die Öffentlichkeit doch beschäme. Die Ruhe in den beschuldigten Vereinen ist zumindest verdächtig. DW.

Hessens FDP Einigung mit SPD und CDU

Relativer Erfolg

J. Sch. (Paris) - Der vorläufige Preisindex für Dezember wird vom französischen Nationalinstitut für Statistik...

Bildungs-Blüte

Wh. - Jetzt flammern sie wieder auf den Tisch, alle die Fallblätter, die dünneren, aber auch sehr dicken Broschüren von Handelskammern...

WINTEREINBRUCH / Verschiedene Branchen spüren die Folgen - WELT-Umfrage

Nachfrage nach warmer Kleidung und Schneeketten stark gestiegen

Autos, die nicht ansprangen, Staus auf der Autobahn und Verzögerungen selbst bei der Bundesbahn, die gemeinhin vom Wetter nicht redet...

BUNDESHAUSHALT

Kreditermächtigung 1984 bei weitem nicht ausgenutzt

HEINZ HECK, Bonn Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat auch im zweiten Jahr seiner Haushaltsführung ein sehr positives Ergebnis erzielt...

Verschnaufpause für Stahl

Von JOACHIM GELHOFF

Das vergangene Jahr war passabel. Das neue Jahr wird von ähnlicher Qualität. In diesem Urteil, das allerdings noch eine gehörige Portion unerfüllter Hoffnung enthält...

AUF EIN WORT



Alois Bromkamp, Präsident der Industrie- und Handelskammer Osnabrück

WOHNUNGSBAU

Weitgehende Einigung über steuerliche Vergünstigungen

HEINZ HECK, Bonn Finanzminister Stoltenberg und Wohnungsbauminister Schneider werden am kommenden Montag ihr vorläufiges letztes Gespräch...

EUROPÄISCHER INDUSTRIEVERBAND

Initiative zur Stärkung des Binnenmarktes gefordert

WILHELM HADLER, Brüssel Praktische Initiativen zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen...

AUSSENHANDEL

Bangemann erwartet von Tokio weitere Zollsenkungen

FRED de LA TROBE, Tokio Bei allen guten Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten müssen wir die Japaner darauf hinweisen, daß der Nutzen aus diesem Verhältnis auf Gegenseitigkeit beruhen muß...

HWWA: Wachstum verlangsamt sich

JB Hamburg Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Industrie länder wird sich 1985 im Vergleich zum Vorjahr vermutlich auf 2,5 Prozent halbieren...

NIXDORF / Harte Kritik an der staatlichen Innovations-Förderung

Das Geld fließt in die falschen Kanäle

HEINZ STÜWE, Paderborn Der Forschungsset des Bundes fließt vor allem zu den Hochschulen und Großforschungsbetrieben. Viel zu wenig davon landet in der Produktion von Geräten...

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Was das Finanzamt abschneidet. Bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von DM... sind so viel Steuern von jedem zusätzlich verdienten Hundertmarktschein zu zahlen.

Bundesbank bietet neues Pensionsgeschäft an

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Deutsche Bundesbank hat den Kreditinstituten gestern überraschend ein neues Wertpapierpensionsgeschäft...

Kritik des Einzelhandels

Köln (dpa/VWD) - Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, hat gestern bemängelt, daß zum Jahreswechsel manche Einzelhandelsunternehmen...

Weniger Neuzulassungen

Bad Soden (dpa/VWD) - In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den ersten elf Monaten 1984 insgesamt 176 554 Kraftfahrzeuge...

Gründung angekündigt

Warren/Michigan (dpa) - General Motors, der größte US-Autokonzern, hat die Gründung einer Tochtergesellschaft angekündigt...

Mehr Apotheken

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Zahl der Apotheken in der Bundesrepublik hat sich auch im vergangenen Jahr weiter erhöht. In den ersten drei Quartalen 1984 stieg sie um 176 auf insgesamt 18 881...

Arbeitsplätze gekürzt

London (su) - Die britische Tochtergesellschaft des französischen Reifen-Herstellers Michelin hat angekündigt, daß im Rahmen eines Rationalisierungs-Programms insgesamt 2800 Arbeitsplätze in den britischen Produktionsbetrieben gestrichen werden...

ENERGIE-AGENTUR / Ölverbrauch gestiegen

Vorräte reichen 90 Tage

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Zum erstenmal seit 1979 ist der Weltölverbrauch wieder gestiegen, stellt die Internationale Energie-Agentur (IEA) in ihrer Jahresbilanz für 1984 fest.

verbraucht bei einem Angebot von 45,9 Mill. Barrel. Die Verbraucherstaaten haben ihre Vorräte mit 0,8 Mill. Barrel in Anspruch genommen.

ITALIEN / Aktiengeschäft wird auf Mailand konzentriert - Strengere Zulassungsregeln

Zehn Börsen werden zusammengefaßt

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Der italienische Aktienmarkt soll reformiert werden. Auf dem Programm der amtlichen Börsenaufsichtskommission (Consob) steht nicht nur die Konzentration der zehn italienischen Börsen zu einer einzigen großen Börse, sondern auch eine Verschärfung der Zulassungsregeln.

stand und den Vorständen der übrigen neun Börsen bisher noch auseinander. Die neun kleinen Börsen wollen nach einer Erklärung des Präsidenten der Börse Rom, Alberto Berti, in Zukunft „nicht mehr nur Zwischenhändler zweiter Klasse“ sein, sondern direkt auf allen Börsenplätzen operieren.

die Makler aller zehn Börsenplätze vertreten sein sollen. Während die Börsenreform schon in Kürze ins Haus steht, hat die Aufsichtskommission für die Qualität der Börsenplätze eine Zeitspanne von drei Jahren ins Auge gefaßt.

RGW-LÄNDER / Gipfelbeschlüsse werden realisiert

Kernkraft wird ausgebaut

dpa/WVD, Berlin
Der auf der Gipfelkonferenz der Staaten des Ostlichen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Juni 1984 beschlossene beschleunigte Ausbau der Kernenergie soll in konkrete Programme gefaßt werden, die bis zum Jahre 2000 reichen.

Advertisement for Despa-Fonds, featuring a box with the text 'Deka-Despa-Fonds Nr. 5' and 'Mit Despa-Fonds beteiligen Sie sich an ertragsreichen Investitionsmöglichkeiten im ganzen Bundesgebiet.'

Sanierung von Stüssgen verzögert

Die Mehrheitsaktionäre des Lebensmittelkonzerns Stüssgen, Köln-Rewe-Zentrale, Rewe Efferen und Rewe Siegerland - wollen das angeschlagene Handelsunternehmen so lange nicht durchgreifend sanieren, als die Gefahr einer Untersagung der Beteiligung durch das Bundeskartellamt besteht.

Abkehr von den Preissubventionen

Die chinesische Regierung hat die Hoffnung geäußert, die im Oktober vorigen Jahres angekündigte umfassende Preisreform mit Ablauf des laufenden Jahres umzusetzen.

PERU / Aufgrund der hohen Inflation stellt die Zentralbank von Sol auf Inti um

Bürokratie hemmt freie Wirtschaft

GÜNTHER FRIEDLÄNDER, Lima
Die Inflation erschwert in Peru zunehmend das Rechnen mit den gültigen Währungsseinheiten. Drei verschiedene Finanzminister konnten 1984 eine Inflation von 111,5 Prozent und die weitere Abwertung des Sol um 151 Prozent nicht verhindern.

schicken, weitere Zahlungen im Januar zu leisten. Die Regierung gibt der ehemaligen Militärdiktatur die Schuld für die hohen Auslandsverbindlichkeiten. Die USA sollten aus politischen Gründen helfen, den Druck der Schulden zu mindern.

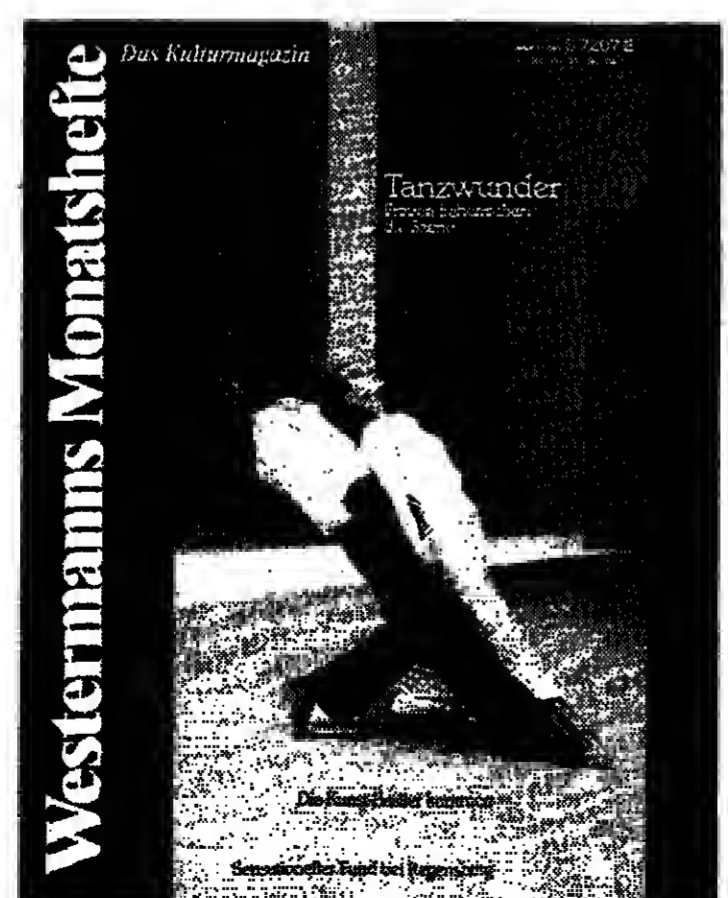
im Durchschnitt 30 000 Anordnungen, die die Wirtschaft regulieren sollen, sie aber in Wirklichkeit behindern. Die Bürokratie hemmt alle Initiativen. Fast fünf Jahre nach dem Abgang der Generäle betreibt die Regierung noch 174 staatliche Unternehmen und 75 Prozent aller Banken.

NAMEN

Ronald Feldmann wurde zum Leiter der Produktionsabteilung der Gummiwerke Fulda GmbH, Fulda, ernannt. Er ist Nachfolger von Hans-Walter Kretschmer, der in den Ruhestand trat.

burg, sind zu Generalbevollmächtigten der Gesellschaft ernannt worden. Dr. Joachim P. Beckstahl ist am 31. Dezember im gegenseitigen Einverständnis aus dem Vorstand der Schumber + Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt, ausgeschieden.

Kostenlos zum Kennenlernen.



Kunst, Geschichte, Theater, Literatur, Musik und Reisen. Aktuell und farbig. Sonderthema im Januar: Tageszeitungen - Das unverwüstliche Medium. Ein kostenloses Probeheft ist für Sie reserviert.

Westermanns Monatshefte Das Kulturmagazin. Was sonst.

Subscription form for Westermanns Monatshefte with fields for Name, Straße, PLZ/Ort, Datum, Unterschrift, and a checkbox for 'JA, schicken Sie mir bitte die neueste Ausgabe...'.

Kultur komplett.

MBB / Änderungen im Gesellschafterkreis

Nun auch Banken beteiligt

DANKWARD SEITZ, München - Zu einer bemerkenswerten Veränderung im Gesellschafterkreis der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blom GmbH ist es zu Beginn dieses Jahres gekommen: Mit jeweils fünf Prozent haben sich die Bayerische Vereinsbank AG (BV), München, und die Dresdner Bank AG, Frankfurt, am Grundkapital von 600 Mill. DM des Münchner Luft- und Raumfahrtkonzerns beteiligt. Während ein BV-Sprecher das Engagement seines Hauses auf Anfrage bestätigte, war dazu aus Frankfurt gestern keine Stellungnahme zu erhalten. Keine Angaben wurden zum Kaufpreis gemacht. Spekuliert wird jedoch, daß je Anteil 30 Mill. DM bezahlt worden sein sollen.

Die Anteile hat die BV den Angaben zufolge von der bei MBB-Beteiligungen Industrie-Gruppen erworben. Allianz und Bosch - sie sind über die ABM-Beteiligungsgesellschaft beteiligt - sowie Siemens und Thyssen

(über die Fides-Industriebeteiligungs mbH) hätten die jüngste Kapitalerhöhung bei MBB nicht voll mitmachen wollen und sich daher von jeweils 2,5 Prozent getrennt. Darüber, daß demnächst noch eine dritte Bank MBB-Anteile übernehmen wird, wie Gerüchte besagen, davon wissen wir nichts", so der BV-Sprecher.

In ihren Engagements sehen die Banken offensichtlich gute Chancen im Finanzierungsgeschäft der zukunftsreichen Aktivitäten von MBB. Der Konzern verfolgt, wie sein Chef Hanns Arnt Vogels im Dezember andeutete, weitreichende Ziele, die sich spätestens ab 1987 in mächtigen Umsatzsprüngen niederschlagen sollen. So kann MBB von dem Auftrag profitieren, den Airbus-Industries mit der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm geschlossen hat. Außerdem hat die geplante Übernahme der Münchner Krauss-Maffei AG Aufsehen erregt.

HEIMTEXTIL '85 / Meist günstige Jahresberichte der mittelständischen Branche

Größte Sorge ist die Importflut

INGE ADEHAM, Frankfurt

Wie ein roter Faden zieht sich durch Gespräche mit Ausstellern auf der gerade eröffneten Heimtextil '85 (9. bis 12. Januar) in Frankfurt die Sorge um eine Importflut, die mit niedrigeren Preisen den heimischen Herstellern das Geschäft kaputt macht. Zwar ist es - wie zufriedene Jahresberichte zeigen - den pfiffigen Mittelständlern oft gelungen, durch ein wegen des Dollarkurses weit geöffnetes Exportventil Ausgleich zu schaffen, aber die Bedenken, wie lange dieser Weg trägt, sind unüberhörbar. Preiserhöhungen werden zwar von vielen Herstellern angekündigt, was tatsächlich durchsetzbar ist, wird aber erst die Masse zeigen.

Ibena zufrieden

Vor allem eine hervorragende Exportentwicklung (plus 50 Prozent auf 30 Mill. DM) hat der Ibena-Textilwerke Beckmann GmbH + Co, Bocholt, ein zufriedenes Jahr mit einem zehnpromigen Umsatzplus auf 99 Mill. DM besichert und damit ganzjährig Vollbeschäftigung ermöglicht. Bei überaus unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Produktgruppen stieg der Umsatz mit Artikeln für Haus und Heim insgesamt um 5 Prozent, der gleichzeitige Rückgang um 10 Prozent im Inland in diesem Bereich zeigt deutlich, daß auch Ibena von der Kaufzurückhaltung bei Bettwäsche und Decken betroffen war, da man gleichzeitig jedoch bei technischen Textilien vorangekommen ist - Anteil jetzt 25 (20) Prozent am Umsatz - stimmt gleichwohl die Rendite. Für dieses Jahr hofft Geschäftsführer Josef Albert Beckmann auf eine leichte Belebung im Inlandsgeschäft bei weiter steigenden Exporten.

Ado mit guter Rendite

Solange wie möglich die Preise halten, will Hubert Wulf, Firmenchef der Ado Gardinenwerke, Aschendorf, Ems. Sollten die Rohstoffkosten aber weiter klappen wie bisher, sieht auch Wulf die Notwendigkeit von Erhöhungen, denn "an die Substanz" soll es keinesfalls gehen. Die ist freilich bei dem mit 15 Prozent Marktanteil größten deutschen Gardinenhersteller wohl recht gut: Die Eigenkapitalquote seiner Gruppe gibt Wulf mit gut 50 Prozent an, die Rendite von rund 5 Prozent kennzeichnet er mit "noch gut". Ado steigerte 1984 seinen Gruppenumsatz um gut 9 Prozent auf 152 (139) Mill. DM, davon entfallen etwa 90 Mill. DM auf die Bundesrepublik, wo 800 der insgesamt gut 800 Beschäftigten arbeiten. Insgesamt betreibt Ado neun Auslandsniederlassungen, darunter drei Produktionsstätten in den USA, Frankreich und den Niederlanden, sowie eine Konfektion in Österreich.

GRUNDKREDITBANK / Führungsfrage noch ungeklärt

Spareinlagen unerwartet hoch

ot. Berlin

Die Grundkreditbank eG - Volksbank - Berlin, sei personell und organisatorisch für die Zukunft gerüstet, die Ertragslage unverändert gut. Mit dem Vorstandsvorsitzenden Ulrich C. C. Jancke, der am Jahresende erkrankte wurde, habe der Motor der Bank zwar eine Menge PS verloren, laufe aber weiter auf Touren. Denn Jancke habe in der Bank, die er 15 Jahre lang geprägt hat, eine hervorragende Mannschaft aufgebaut.

Das sagte Vorstandsmittglied Hans-Wilhelm Bartmann, der jetzt zusammen mit Josef Baiz und Dr. Klaus Schaeffer diese Genossenschaftsbank leitet, vor Journalisten in Berlin. Die Diskussion nach der Ermordung Janckes habe sich teilweise auf die Geschäfte ausgewirkt. Jetzt gehe die Grundkreditbank aber wieder in die Offensive. Ob es einen neuen Vorstandsvorsitzenden geben oder der Vorstand in Zukunft die Bank kollektiv führen werde, hänge von der Entscheidung des Aufsichtsrates ab, der am 24. Januar tagen wird.

Im noch voll von Jancke geprägten Jahr 1984 hat die Grundkreditbank den Zahlen zufolge wieder hervorstechend abgeschlossen. Die Bilanzsumme der zweitgrößten Berliner Genossenschaftsbank stieg um 6,4 Prozent auf 1,739 Mrd. DM. Mit diesem Zuwachs liegt das Institut nach Angaben von Schaeffer über den bisher bekanntgewordenen Branchenführer.

So kündigte Bartmann jetzt schon - natürlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Vertreterversammlung - eine unveränderte Bruttodividende einschließlich Steuergutschrift von 12 Prozent für 1984 an. Darüber hinaus sollen aus dem Gewinn, der parallel zur Bilanzsumme auf 8,5 (8,1) Mill. DM gestiegen ist, wieder 6 Mill. DM in die Rücklagen gestellt werden. Auch die auf 3,12 (3,03) Prozent verbesserte Ertragsquote ist Ausdruck der guten Ertragslage.

Als eine Art Knüller bezeichnet Schaeffer die Entwicklung bei den Spareinlagen. Völlig entgegengesetzt zum Branchentrend haben sie sich um 26,4 Prozent auf 278 (220) Mill. DM erhöht, darunter die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist gar um 40 Prozent auf 172 (123) Mill. DM. Die Grundkreditbank belohnt die Sparer allerdings auch mit einem Bonus.

Im Kreditgeschäft übersprang die Grundkreditbank erstmals die Milliarden-Grenze. Kundenkredite werden mit 1,07 (0,99) Mrd. DM ausgewiesen; ein Zuwachs von 12,5 Prozent. Besonders im langfristigen Kredit kam die Bank mit 30,4 Prozent auf 410 (314) Mill. DM voran. Auch im Interbankgeschäft hat das Institut die Position verbessert. Während Bankverbindlichkeiten auf 185 (238) Mill. DM zurückgingen, nahmen die Bankforderungen auf 243 (238) Mill. DM zu.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Pittler beteiligt Mitarbeiter

Hannover (dos) - Die Gildemeister AG, Bielefeld, die seit 1983 mit 75 Prozent an der Pittler Maschinenfabrik AG, Langen, beteiligt war, hält nicht mehr die Mehrheit an Pittler-Kapital von 18,5 Mill. DM. Im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsmodells für Führungskräfte, so Gildemeister-Finanzvorstand Heinz Schaefer, sei eine Schachtelbeteiligung bei einer Unternehmensberatungs-Gesellschaft "geparkt" worden, bis die steuerlichen Aspekte geklärt sind. Nach den Worten Schaefer, der bis Mitte Dezember auch Vorstandsmittglied bei Pittler war und in den Aufsichtsrat wechseln wird, sind die Ziele einer engeren Kooperation zwischen Pittler und Gildemeister inzwischen realisiert worden. Weitere Veränderungen seien nicht beabsichtigt.

Prof. Hansen 75 Jahre

Düsseldorf (J.G.) - Länger als jeder andere Bayer-Chef der Nachkriegszeit stand er 13 Jahre hindurch an der Vorstandsspitze des Chemiekonzerns, danach ein Jahrzehnt an der Spitze des Aufsichtsrates, dessen Ehrenvorsitzender er seit 1984 ist. Prof. Dr. Kurt Hansen, der am 11. Januar 75 Jahre alt wird, hat die heutige Struktur dieses Weltunternehmens entscheidend und zumeist erfolgreich mitgeprägt. Die Firma dankte es ihm schon vor dem Abschied aus dem Vorstandsam auch mit einer seinen Namen tragenden Stiftung zur Ausbildungsförderung naturwissenschaftlicher Lehrkräfte. Neben zahlreichen Ehrenämtern ist der vitale Ruhestandsmanger noch heute als Commerzbank-Aufsichtsratsmitglied aktiv.

Kettelhack voll ausgelastet

Von einem "erfolgreichen" Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) spricht die Hch. Kettelhack GmbH + Co, Rheine: Bei einem Umsatzplus von 15 Prozent auf 37 (32) Mill. DM produzierte das Unternehmen mit unverändert 280 Beschäftigten in voll genutzten Kapazitäten insgesamt gut 11 Mill. Quadratmeter Gewebe, 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Zwar sei insgesamt zu kostendeckenden Preisen verkauft worden, heißt es, die Ent-

Aufschwung bei Anker

Ein "ungeahnter Aufschwung" im Objektgeschäft im zweiten Halbjahr 1984 hat der Anker-Teppichfabrik Gebrüder Schoeller GmbH + Co KG, Düren, im vergangenen Jahr ein Umsatzplus von 12 Prozent auf 107 Mill. DM besichert. In einigen Artikeln, so Geschäftsführer Horst Haslinger, sei man für Monate ausverkauft gewesen, die unverändert 500 Mitarbeiter und die Kapazitäten seien voll ausgelastet, teilweise seien sogar Neucin-

Schaeffler fast im Gewinn

In diesem Jahr will die Schaeffler-Textilgruppe, Bamberg, endlich wieder in die Gewinnzone vorstoßen. Fast sei dieses Ziel schon 1984 erreicht worden, sagte Unternehmensleiter Rainer Verstynen bei einem Überblick über das vergangene Jahr. Der Automobilstreik, der sechs Wochen Kurzarbeit in den Werken Berlin und Bamberg erzwang, habe diese Erwartung jedoch zunichte gemacht. Den streikbedingten Umsatzausfall gibt Verstynen mit über 6 Mill. DM an. Der gesamte Umsatz der Gruppe - Schaeffler Teppichwerke KG und Schaeffler Teppichboden GmbH, Bamberg, Teppichwerk Regensburg GmbH, Vereinigte Tufting-Werke Berlin und Full Tuft GmbH, Bamberg - wuchs bei stagnierendem Mengenabsatz im vergangenen Jahr nur um 2 Prozent auf 244 (239) Mill. DM. Damit seien die Ziele zwar nicht erreicht worden, so Verstynen, die Entwicklung war jedoch besser als im Branchendurchschnitt (minus 1 Prozent). Die Mitarbeiterzahl lag am Jahresende bei 1561 (1544) Beschäftigten, investiert wurden 8,5 Mill. DM, ein "Normalmaß" nach den hohen Investitionen für den Bau des Berliner Werks in den beiden Vorjahren (insgesamt 50 Mill. DM). Für dieses Jahr sind 10 Mill. DM geplant. Zur Heimtextil hat Schaeffler die Preise im Durchschnitt um 5 Prozent erhöht, die Erhöhungen des Vorjahres ließen sich nicht überall durchsetzen.

Feldmühle profitierte vom Papierboom

dpa/VWD, Düsseldorf

Die zum Flick-Konzern gehörende Feldmühle AG, Düsseldorf, hat 1984 vom Boom auf dem Papiermarkt kräftig profitieren können und die Papier- und Kartonproduktion um 13 Prozent auf 1,2 Mill. Tonnen gesteigert. Der Gruppenumsatz erhöhte sich um 18 Prozent auf rund 3 Mrd. DM, wobei auch Preiserhöhungen eine Rolle gespielt hätten. Trotz Kostenerhöhungen habe sich das Ergebnis besonders wegen der guten Kapazitätsauslastung deutlich verbessert, erklärt Feldmühle, ohne nähere Angaben zu machen. Entscheidend bestimmt worden sei die günstige Absatzentwicklung durch die grafischen Papiere. Im Bereich "Technische Produkte" wuchs der Umsatz um 21 Prozent.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Karlsruhe: Contidata-Vertriebsges. f. Computer-Systeme GmbH; Mainz: Thomas Astheimer, Heidesheim; München: Rhein-Donau e.V. Lohnvermittlungsges.; BOWA-GmbH Spezialbaustoff-Handelsges. f. Boden, Wand, Decken- u. Stukaturgewerbe, Moosburg; Pöfnitz: Hohenhamelner Fischweinfabrik GmbH, Hohenhameln; Saarbrücken: Nachl. d. Katharina Karoline Ehrlich geb. Kohl; Soest: IVG Immobilienverwertungsges. mbH, Möhnesee-Westrich; Wuppertal: Bergisch-Märkisches Eisenwerk Franz Metzger Verwaltungsbes. mbH, Velbert 1; Bernd Epstein, Inh. e. Lebensmittel-einzelhandelsgeschäftes.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Weber Verwaltungsges. mbH, Schönbach; Wuppertal: Bergisch-Märkisches Eisenwerk Franz Metzger GmbH + Co. KG, Velbert 1.

Vergleich beantragt: Iserlohn: G. Kramer GmbH + Co. KG; Böcker Beteiligungsges. mbH; Offenbach: Leo Beck GmbH + Co. KG Lederwaren-Einzel-Fabrik.

Neue Gesellschafter

Hanneln (dos) - Das Beamteneinstellenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hanneln, hat den Gesellschafterkreis erweitert. Die bisherigen Anteilseigner, die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt und die Deutsche Beamtenschaftswirtschaftsunion in Bonn - beide hielten bisher 50 Pro-

Aus dem M.A.N.-Dienstleistungsangebot Mit Transportberatung Fuhrparkkosten spürbar senken

Der Weg zu mehr Wirtschaftlichkeit im Fuhrpark

Voraussetzung für einen rentablen Fuhrpark sind nicht nur wirtschaftliche Fahrzeuge, sondern auch entsprechende Dienstleistungen. M.A.N. bietet ein komplettes Paket: Dichtes Service-Netz, Ersatzteil-Schnelldienst, Reparatur-Notdienst, Wartungsverträge, Leasing, Full-Service-Leasing, Fahr- und Spar-Training und Transportberatung.

Die M.A.N.-Transportberatung hilft bei Rationalisierungsentscheidungen. Transportberatung durch Spezialisten von M.A.N. bedeutet: Senkung der Kosten des Fuhrparks bei gleichbleibender oder sogar gesteigerter Leistung. Dafür nötige Rationalisierungsmaßnahmen erfordern laufend aktuelle Informationen über das gesamte Unternehmen. Ein mikrocomputer-gestütztes Fuhrpark-Informationssystem gewährleistet einen ständigen Überblick über Fahrzeugkosten und -leistungen. Eine tourenbezogene Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigt mangelnde Auslastung, falschen Fahrzeugeinsatz oder unrentable Kunden. Der Nutzen einer so gestalteten Transport-Analyse wird in der Praxis sehr schnell sichtbar: Senkung der Fuhrparkkosten bis 15% netto.



M.A.N. - Das Programm für den wirtschaftlichen Fuhrpark

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, mit unseren Leistungen die optimale Wirtschaftlichkeit jedes Fuhrparks zu erzielen. Dazu gehört die Kenntnis aller branchenspezifischen Probleme, ein leistungsstarkes, breites Programm und das Know-how über Optimierungsfragen eines modernen Fuhrparks. Wie wir das im speziellen Einzelfall machen - darüber sollten wir uns unterhalten. Möchten Sie aber erst zu dem Anzeigentema eine weiterführende Information, bitten wir Sie, das auf dem Coupon zu vermerken.



Unternehmensbereich
Nutzfahrzeuge

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigentema

M.A.N. Unternehmensbereich
Nutzfahrzeuge/VMK 15
Postfach 500620
8000 München 50

Wirtschaftlichkeit ist unser Konzept

Coupon

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigentema

M.A.N. Unternehmensbereich
Nutzfahrzeuge/VMK 15
Postfach 500620
8000 München 50

Anschrift/Firmenstempel

DW 1/85

Bundesanleihen table with columns for maturity, interest rate, and price. Includes sub-sections for Bundespost and Länder - Städte.

Renten wenig verändert section with a main title and a detailed table of bond yields and prices. Includes a sub-section for Industrieanleihen.

Wandelanleihen table listing various convertible bonds with their respective terms and prices.

Ausländische Aktien in DM table listing foreign stocks in German marks, including companies like General Electric and IBM.

Warenpreise - Termine section with a table of commodity prices for items like wheat, oil, and metals.

Wolle, Fasern, Kautschuk table listing prices for wool, fibers, and rubber.

Zinn-Preis Penang, Deutsche Alu-Grüßerungen, Edelmetalle, and New Yorker Metallbörsen tables listing various market prices.

Wissenschaft und Forschung blühen inmitten der Wüste! An der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beer Sheva, Israel's youngest university...

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Includes contact information for the newspaper's editorial and advertising departments.

Marketing GmbH advertisement with the slogan 'Einmalige Gelegenheit!' and details about their marketing services.

Nippons Wirtschaft bleibt weiter auf Expansionskurs

Von FRED de LA TROBE

Die japanische Wirtschaft blieb im Jahr 1984 auf Expansionskurs. Die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte war allerdings steiler nach oben gerichtet als in den folgenden Monaten. Im Quartal Juli-September verlangsamte sich das reale Wachstum auf 0,7 Prozent im Vergleich zum vorausgehenden Vierteljahr und auf Jahresbasis berechnet auf 3 Prozent. In der Zeit April-Juni hatte der Zuwachs auf Jahresbasis noch wuchtige 7,8 Prozent ausgemacht. Das langsamere Tempo vom Sommer an war eine direkte Folge der stark abfallenden Exportzunahme, die wiederum auf die leichte Konjunkturabkühlung in den USA zurückzuführen war.

Die wichtigste Stütze der japanischen Wirtschaftsentwicklung waren 1984 wieder die Ausfuhren, die vom Februar bis Juni jeweils etwa 20 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat lagen. Zwischen Juli und Oktober schwankten sie zwischen 14 und 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Das zweite starke Bein, auf das sich die Konjunktur stützen konnte, waren die kräftig zunehmenden Anlageinvestitionen. Damit zeichnete sich ein besseres Gleichgewicht zwischen ausländischer und interner Nachfrage ab; während der drei letzten Jahre waren es nämlich überwiegend nur die Exporte gewesen, die zu den Wachstumsraten der Wirtschaft beitrugen.

Die Binnennachfrage erhielt allerdings vom Privatkonsum nur schwache Impulse. Die durchschnittlichen Ausgaben eines Haushalts im Quartal Juli-September lagen nur um 1 Prozent höher als in der gleichen Vorjahresperiode. Die Zurückhaltung der Käufer erklärte sich aus dem geringen Steigen des Einkommensniveaus. Die reale Lohnhöhe (1980 = 100) lag im September auf dem Indexstand von 109. Das waren 2,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Verhältnismäßig stabil blieben aber auch die Preise. Im Oktober lagen die Großhandelspreise um 0,7 Prozent und die Verbraucherpreise um 2,7 Prozent über dem Vorjahresstand. Daß die Teuerung so geringfügig blieb, hatte vor allem drei Gründe: Das Angebot übertraf fast überall

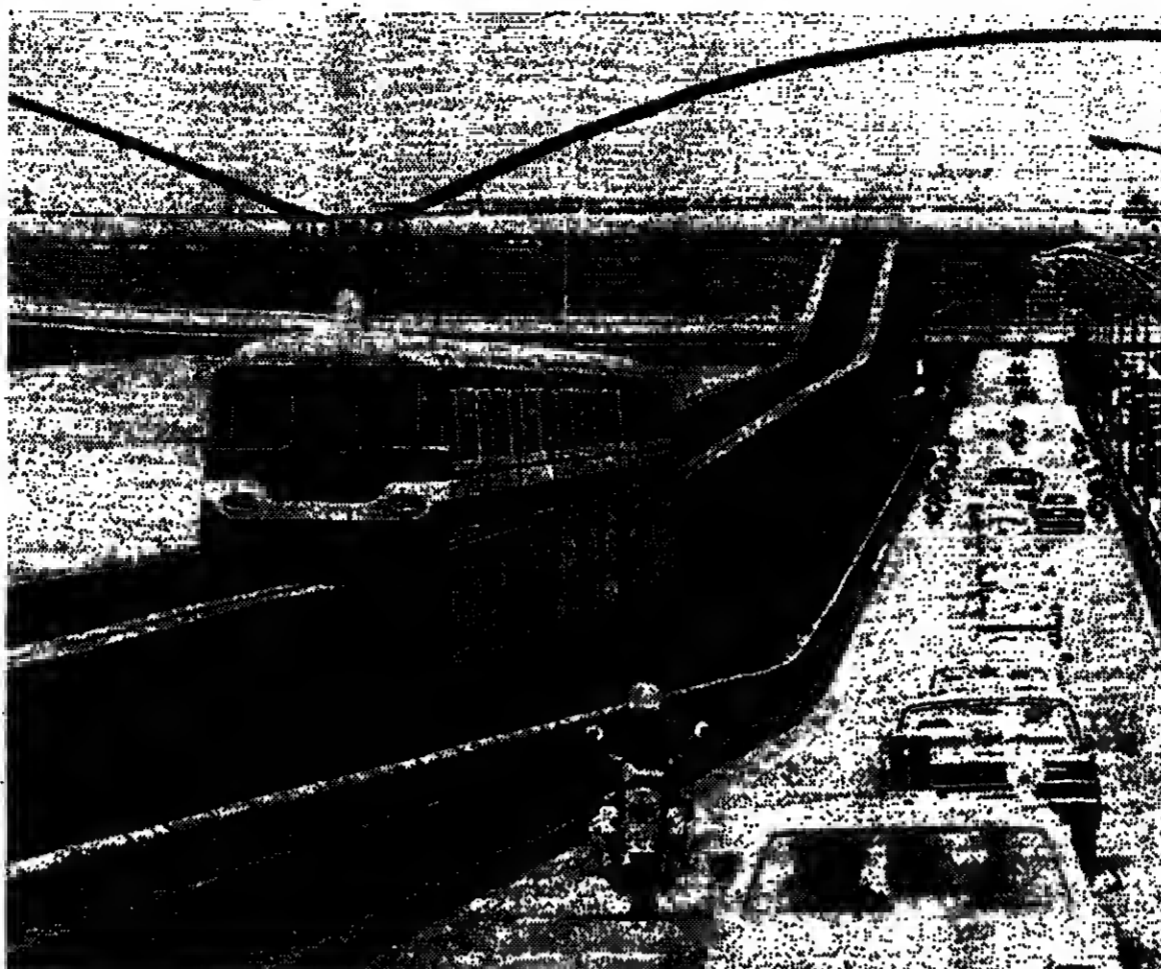
die Nachfrage, das Steigen der Löhne blieb meist hinter der Produktivitätszunahme zurück, und die internationalen Warenmärkte einschließlich des Öls tendierten schwach.

Das staatliche Wirtschaftsplanungsamt rechnet noch damit, daß die von ihm für das laufende Fiskaljahr (bis Ende März 1985) vorausgesagte reale Wachstumsrate von 5,3 Prozent verwirklicht werden kann. Die japanischen Großbanken und angesehenen Forschungsinstitute erwarten eine reale Rate, die zwischen dem Mindestwert von 4,8 Prozent (Nomura Research Institute) und dem Maximum von 6,4 Prozent (Nikko Research Center) liegt.

Für die verbleibenden Monate des Fiskaljahres wird allerdings überwiegend in der Folge der langsameren Konjunkturfahrt in den USA eine leichte Abschwächung des Wachstumstempes vorausgesehen. Eine kurzfristige Prognose der Bank von Japan erwartet in der zweiten Hälfte des laufenden Fiskaljahres eine kleine Abnahme der in- und ausländischen Nachfrage.

Teile der regierenden Liberaldemokratischen Partei setzen sich für größere öffentliche Ausgaben zur Stimulierung der Konjunktur ein. Die Regierung und vor allem das Finanzministerium halten aber bisher an den Sparmaßnahmen zum Abbau der Staatsverschuldung fest. Der riesige Schuldenberg stellt noch immer das Hauptproblem der Wirtschafts- und Finanzpolitik dar, die Aussichten sind gering, daß das Ziel, die Ausgabe defizitdeckender Obligationen bis 1990 einzustellen, erreicht werden kann.

Die japanischen Exporte stiegen in den ersten 10 Monaten dieses Jahres um 16,7 Prozent auf 397,5 Milliarden DM. Die Importe erhöhten sich in der gleichen Zeit um 14,4 Prozent auf 318,2 Mrd. DM. So verblieb ein Ausfuhrüberschuß von 79,3 Mrd. DM. Die Lieferungen in die USA nahmen in dieser Periode um etwa 45 Prozent zu. So kam der Exportüberschuß mit den Vereinigten Staaten allein auf den Rekord von 80,3 Mrd. DM, fast das Doppelte im Vergleich zu dem entsprechenden Betrag in der gleichen Periode des Vorjahres.



Schwebebahn in die Zukunft: Langzeitversuch mit einer Magnetschwebebahn in Tokio

FOTO: 1. OARCHINGER

Dabei spielte die Schwäche des Yen gegenüber dem Dollar, die Japans Exporte in die USA verbilligte, eine nicht unbedeutende Rolle. Von einem durchschnittlichen Wechselkurs von 233,94 Yen zum Dollar im Januar sank die japanische Währung auf 246,70 Yen zum Dollar Anfang Dezember. Der große Ausfuhrüberschuß in diesem Jahr, der nach den Voraussagen des Wirtschaftsplanungsamts einen Wert von 108 Mrd. DM erreichen dürfte, ist gegenwärtig eine der Hauptstützen der Wirtschaftspolitik in Tokio.

Die Leistungsbilanz schloß in den ersten zehn Monaten 1984 mit einem

Aktivsaldo von 77,8 Mrd. DM ab, während die Zahlungsbilanz infolge großer Kapitalabflüsse in dieser Zeitspanne - vor allem wegen des höheren Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten - mit 32,8 Mrd. DM in die roten Zahlen geriet. Die japanischen Devisenreserven beliefen sich Ende Oktober auf einen Wert von 77,1 Mrd. DM oder 4,1 Mrd. mehr als ein Jahr vorher.

Die Anlageinvestitionen der Industrie, neben den Exporten die zweite Hauptstütze der japanischen Konjunktur, werden laut einer Untersuchung der Bank von Japan im laufenden Fiskaljahr um 7,1 Prozent steigen.

Das Wirtschaftsplanungsamt rechnet neuerdings mit einer Zunahme von 10,7 Prozent und das Industrieministerium (MI) sogar mit einer Erhöhung von 13,6 Prozent. Im Fiskaljahr 1983 war dagegen noch eine Abnahme von 1 Prozent registriert worden. Die Neuaufträge für Maschinen, Indikatoren für die Entwicklung der Investitionen, lagen im Quartal Juli-September durchschnittlich um 16 Prozent höher als in der gleichen Vorjahresperiode.

Die Expansion der Kapitalinvestitionen wurde durch die gute Gewinnlage der meisten Firmen ermöglicht. Einer Umfrage der Wirtschaftszei-

tung „Nihon Keizai Shinbun“ zufolge erhöhten sich im Geschäftshalbjahr April-September in zwei Drittel aller Branchen die Reingewinne infolge hoher Betriebsraten und Umsätze. Bis zum Ende des laufenden Fiskaljahres erwartet sogar ein Drittel aller Firmen Rekordgewinne. Besonders günstige Abschlüsse meldeten die Hersteller elektronischer Produkte und die Autounternehmen.

Ein entscheidender Beweggrund für den energischen Investitions-schub ist auch die Sorge der Japaner, ihre Anlagen könnten im Vergleich zu den modernen amerikanischen Werken in verschiedenen Bereichen an Wettbewerbsstärke verlieren. Die verarbeitende Industrie plante für das laufende Fiskaljahr eine Aufstockung ihrer Investitionen für die betriebliche Automatisierung um 70 Prozent. Für die Büroautomatisierung war eine Erhöhung von 20 Prozent vorgesehen. Eine Kapazitätsausweitung plant vor allem die elektronische Industrie einschließlich der Hersteller von Halbleitern und Computern. Nur die von der Absatzflaute betroffenen Branchen wie die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau und die Bauwirtschaft halten sich in diesem Jahr mit Investitionsvorhaben zurück.

Günstigere Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt haben ebenfalls Anreize zu höheren Investitionen geliefert. Besonders mittlere und kleine Unternehmen zogen Vorteile aus dem billigeren Kredit. Die durchschnittliche Zinshöhe auf Bankenausleihungen und Privatkonten sank von 7,05 Prozent im September 1983 auf 6,63 Prozent im September dieses Jahres. Nur die Hochzinsen in den USA haben ein weiteres Fallen der japanischen Raten verhindert. Die offizielle Diskontrate steht seit Herbst vergangenen Jahres bei 5 Prozent. Die langfristige Prime Rate der Banken wurde im Oktober um 0,3 Prozent auf 7,6 Prozent gesenkt.

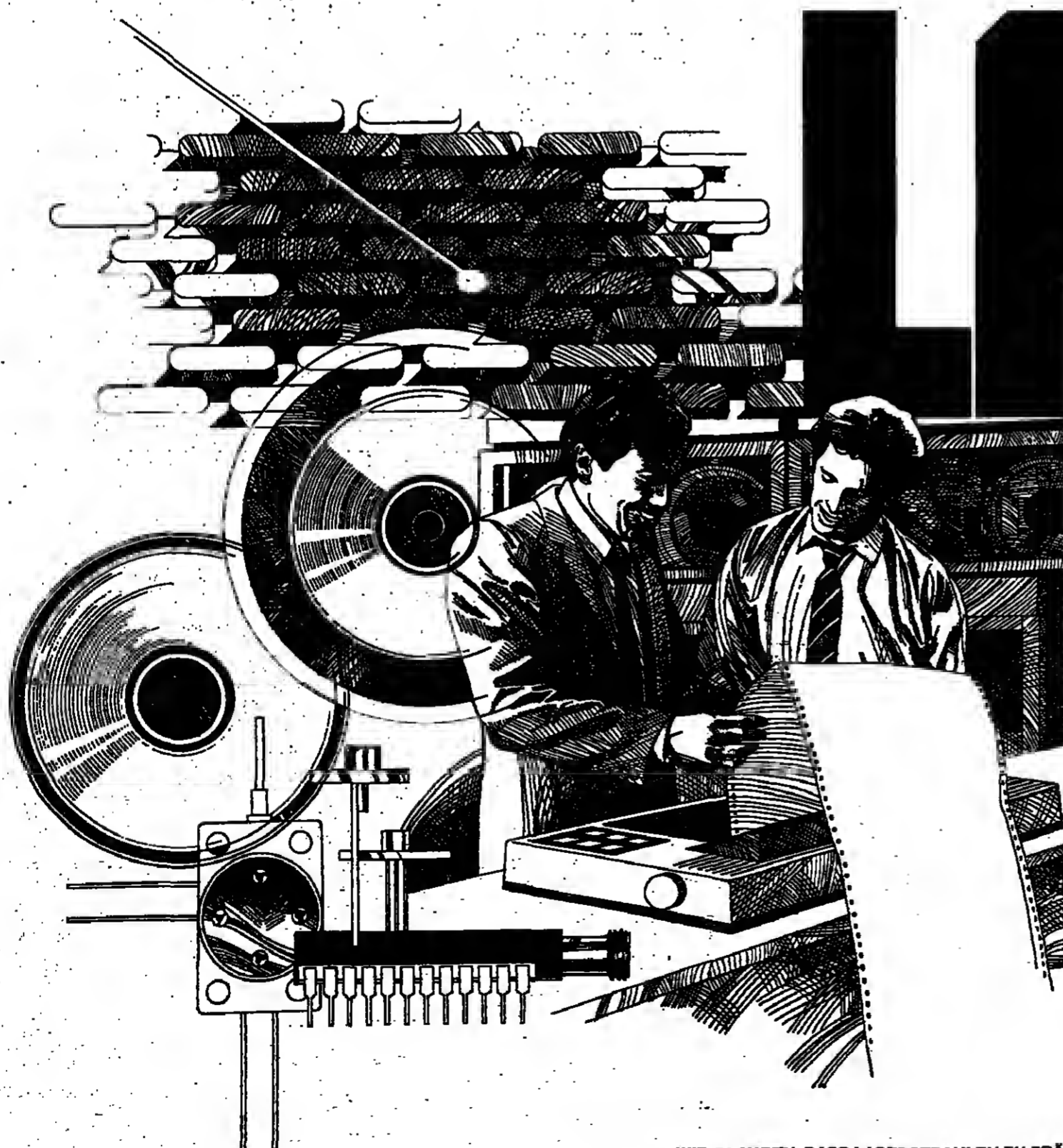
Infolge des raschen Steigens der Exporte und Investitionen hat auch die Industrieproduktion kräftig angezogen. Im Oktober lag sie um 11,7 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Besonders hohe Steigerungsraten während des Jahres er-

zielten Unterhaltungselektronik, Autos, Werkzeugmaschinen und Uhren. Die Lagerbestände in der verarbeitenden Industrie lagen im Oktober um 7,8 Prozent höher als vor Jahresfrist. Die öffentliche Bautätigkeit war in den Sommer- und Herbstmonaten etwas schwächer als im Vorjahr, während die privaten Bauprojekte um etwa vier Prozent höher lagen.

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich im Oktober auf 1,60 Millionen (2,8 Prozent). Nach deutscher Berechnungsart dürfte diese Quote mindestens doppelt so hoch liegen. Die Arbeitslosenrate der Frauen - besonders in der Altersgruppe von 15-24 Jahren - lag mit 2,92 Prozent auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren. Im Oktober waren insgesamt 58,6 Millionen Personen beschäftigt. Das waren 0,9 Prozent mehr als vor einem Jahr.

In einem Ausblick auf das Fiskaljahr 1985 rechnet das Wirtschaftsplanungsamt mit einem realen wirtschaftlichen Wachstum von 4 Prozent, etwas weniger als die 5,3 Prozent im laufenden Fiskaljahr. Ein bescheideneres Ergebnis sei zu erwarten, da wegen der langsameren Konjunkturfahrt in den USA die Exporte nicht mehr so steigen würden wie bisher. Die Anlageinvestitionen würden dagegen noch um 7-8 Prozent zunehmen. Die Fuji Bank hält es allerdings für wahrscheinlicher, daß mit der infolge der geringen Ausfuhrsteigerung flauen Nachfrage auch die Investitionen nur wenig Zuwachs verzeichnen würden.

Wegen der vorausgehenden hohen Investitionen würden 1985 die Produktionskapazitäten beträchtlich größer werden. Da sich gleichzeitig die Abkühlung bei den Exporten bemerkbar machen werde, würden die Betriebsraten der Unternehmen sinken und Überkapazitäten entstehen. Das werde den Anreiz zu Investitionen dämpfen. Von der Seite des Privatkonsums seien keine Impulse zu erwarten, denn eine wesentlich höhere Zunahme der Löhne als in den letzten Jahren sei ebenso unwahrscheinlich wie Steuererleichterungen. Eher sei mit einem Anziehen der Steuerschraube zu rechnen, denn die Regierung bemühe sich, die hohe Staatsverschuldung abzubauen.



LASER

Vor fast einem Vierteljahrhundert begannen Hitachis Forschungsingenieure mit der Suche nach Möglichkeiten, eine sensationelle neue Form des Lichts für Geschäftszwecke nutzbar zu machen. Das komplizierte Verfahren hieß: Light Amplification by Stimulated Emission of Radiation - auf deutsch: Lichtverstärkung durch Anregung von Strahlungsemission. Das Erbe dieser Entwicklung: "Laser", ein Strahl, der fähig ist, die Energie von einer Million Kilowatt in einem einzigen Impuls zu konzentrieren.

Licht, das schneidet, heilt und meldet

Heute sind Hitachis Forschungsergebnisse Allgemeingut geworden: Laserstrahl-dioden, die Ihre Telefongespräche und geschäftlichen Informationen durch haarfeine Lichtfasern über einen ganzen Kontinent hinwegsenden können. Laserstrahl-Speichersysteme, die bis zu 40 000 Textseiten auf einer einzigen Platte von 30 Zentimeter Durchmesser speichern können. Digital-Audiogeräte für völlig verzerrungsfreie Tonaufnahme.

In der Tat kommen wir ständig mit Innovationen und neuartigen Anwendungen heraus. Eine der neuesten: eine einzigartige Konstruktion, wodurch Laserstrahlenergie auf den höchsten Spitzenwert gebracht werden kann, der je mit einem sichtbaren Halbleiterlaserstrahl erreicht worden ist.

Das Beste kommt noch

Zu unseren Zukunftsvisionen gehören weltumspannende Laser-Fernmeldenetze. Laser-Ausgrabungsmaschinen für Tunnel- und Bergbauarbeit unter dem Meeresboden. Und viel Anderes mehr.

Wir möchten, dass die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Forschung auch Ihnen zugute kommen: die nächste Generation von Sensoren, Robotern und anderen elektronischen Geräten. Zur Rationalisierung des Geschäftslebens. Für höhere Lebensqualität. Zwei Ziele, die wir seit 74 Jahren verfolgen, in unserem Bestreben, durch Elektronik eine bessere Welt zu schaffen.

WIR GLAUBEN, DASS LASERSTRAHLEN ZU PRÄZISION UND LEISTUNG FÜHREN



EXPORT NACH JAPAN / Machbarer Markt

Bedingungen haben sich erheblich verbessert

Die deutsche Industrie ist auf den Export angewiesen. Sie muß ständig neue Märkte erschließen. In den zweitgrößten Markt der Welt, Japan, wird immer noch zu wenig exportiert. Fuß zu fassen in Japan ist schwierig, unmöglich jedoch nicht, wie tatkräftige Exporteure beweisen haben, welche die Hürden zu nehmen wissen. Die Rahmenbedingungen sind inzwischen günstiger geworden. Darüber sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Leitfäden und Büchern erschienen, zuletzt erschien der Deutsche Leistungsschau in Tokio im Frühjahr 1984.

Die Frage, welche Produkte in Japan eigentlich eine Chance haben, ist außerordentlich schwierig zu beantworten. Bei Konsumgütern bieten wohl grundsätzlich die Bereiche Sport/Freizeit, Wohnen und Gesundheit gute Absatzchancen. Wolfgang Jagla, stellvertretender Geschäftsführer der IBER in Japan: „In diesem Land haben ausländische Konsumgüter meistens nur dann eine Chance, wenn sie sich in bestimmten Punkten von den einheimischen abheben. Investitionsgüter sollten in jeder Beziehung den japanischen überlegen sein. Hier entscheidet das Preis/Leistungsverhältnis.“

Das fernöstliche Land ist anderthalb mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, zählt aber doppelt so viele Einwohner. Mit einem geradezu rasanten Wirtschaftswachstum schob sich Japan bereits im Laufe der sechziger Jahre rasch nach vorn. Damals wurden jährlich reale Wachstumsraten von mehr als 11 Prozent erzielt. In den siebziger Jahren blieb zwar auch dieses Land nicht vom Ölchock verschont, aber Japan verkraftete die Veränderungen besser als andere Industrienationen. Nach einer Analyse der Prognos AG (Schweiz) kann Japan auch in den nächsten Jahren mit höheren Wachstumsraten als andere Industrieländer rechnen (vier Prozent gegenüber zwei Prozent). Dies müßte eigentlich die Absatzchancen gerade im Japangeschäft erhöhen.

Ganz besonders vorteilhaft für deutsche Exporteure ist der Wandel in den japanischen Konsumgewohnheiten geworden. Die Japaner kommen nach und nach auf den Geschmack deutscher Produkte. Dabei stimmt vor allem das Preis/Leistungsverhältnis mehr als bei Produkten aus den USA oder anderen EG-Ländern. „Made in Germany“ bürgt nach wie vor für Qualität.

Wer auf den Japan-Markt gehen will, braucht zunächst Basisinformationen über den Markt und die Konsumgewohnheiten. Diese kann er be-

REEDER / Schwere See

Liegt die Zukunft in der Luft?

Japans Reeder führen 1984 in der schweren See: Drei der sechs großen nationalen Schiffsverkehrsunternehmen mußten rote Zahlen schreiben.

Der Gesamtumsatz der Branche ist nach Angaben des Verkehrsministeriums um zehn Prozent auf 29,36 Milliarden Mark geschrumpft. Die japanische Seetransportflotte ist defizitär, weil immer mehr fremdflagger Schiffsraum in Anspruch genommen wird, um Ein- und Ausfahrten zu befördern. Wenig mehr als ein Fünftel der Exporte wurden im letzten Jahr mit japanischen Schiffen verladen, gegenüber 37,4 Prozent 1970. Um dies zu ändern, sollen vor allem die in der Linienschiffahrt tätigen Reedereien ihre Kräfte bündeln: Dienste zusammenlegen, Flotten poolen, um so in kostengünstigeren Größenordnungen zu wachsen. Auf diese Weise wird es leichter werden, das Angebot auszubauen und den Service des veränderten Verkehrs des modernen Containerschiffs (Haus zu Haus) anzupassen. Nach Meinung von internationalen Schiffsverkehrsexperten haben die Japaner hier den Vorsprung eingebüßt, den sie hatten.

1983 und 1984 konnten die ausländischen Reedereien viel Boden gewinnen: Während der gesamte seewärtige Export um 9,6 Prozent auf 83 Millionen Tonnen stieg, mußten sich die japanischen Reeder mit einem Zuwachs um 4,1 Prozent auf 42,6 Millionen Tonnen bescheiden. Kein Wunder also, daß sich die japanische Regierung (hier das Verkehrsministerium) gegenwärtig um die Ausarbeitung einer neuen Schiffsfahrtpolitik bemüht. Als Hauptziel wird die Erhöhung der japanischen Wettbewerbsfähigkeit genannt.

Die Gründe für die Misere der Schiffsahrt sind vielfältig. Einmal ist Japan inzwischen ein Land mit hohen Kosten geworden. Andere Schiffsfahrtsländer, auch der Ostblock, sind in Asien sehr aktiv geworden. Zum dritten hat sich das Ladungsaufkommen wesentlich verschoben. Die japanischen Exportgüter werden immer leichter und kleiner. Das reduziert das Versandaufkommen für die Reedereien, kommt aber gleichzeitig der Luftfahrt zugute. Daher hat die Regierung beschlossen, den Reedereien das Recht zuzugestehen, sich in der Luftfahrt zu engagieren.

ARBEITSBEZIEHUNGEN / Ende des Paternalismus

Senioren gehen jetzt früher aufs Altenteil

Die Arbeitsbeziehungen in der japanischen Industrie befinden sich im Umbruch: Anstellungen auf Lebenszeit und Gehälter nach Dienstjahren sind zwar noch die Regel, aber immer mehr Unternehmen gehen dazu über, diese Praxis an westlichen Gepflogenheiten auszurichten.

In den Nachkriegsjahren hatte der japanische Paternalismus seine Berechtigung. Damals suchten die Arbeitnehmer berufliche Sicherheit, und den Arbeitgebern lag in der Zeit des Aufschwungs sehr daran, die Mitarbeiter auf Dauer und zu günstigen Einstiegsgehältern zu binden.

Mit der Verlangsamung des Wachstums und der steigenden Notwendigkeit, die Produktion und Verwaltung zu automatisieren, geht eine Einschränkung des Stellenangebots einher. So ist es heute nicht mehr ungewöhnlich, daß qualifizierte Mitarbeiter ihre Laufbahn wechseln oder von Großunternehmen zum Beispiel an Tochtergesellschaften vermittelt werden.

Der geringere Personalbedarf kann wohl durch weniger Einstellungen reguliert werden, jedoch bleiben die Aufstiegschancen für ganze Jahrgänge begrenzt. Deshalb nehmen immer mehr Firmen die Leistung zum Maßstab für Bezahlung und Beförderung.

Als die japanische Wirtschaft noch eine Phase schnellen Wachstums durchlief, war das Senioritätssystem durchaus angebracht, weil damals die Unternehmen vorwiegend junge Arbeitskräfte einstellen und niedrige Löhne zahlen konnten. Mit dem Anstieg des Durchschnittsalters ihrer Belegschaften müssen die Firmen aber nun den älter gewordenen Mitarbeitern höhere Bezüge zahlen, erläuterte ein Direktor bei Nissan.

Nach einer Umfrage des Arbeitsministeriums um mehr als 8000 Unternehmen in den neun wichtigsten Industriezweigen, die mehr als 30 Beschäftigte haben, richtet sich schon bei der Mehrzahl der Betriebe die Vergütung nach der Befähigung und den Leistungen der Mitarbeiter. Auf diese Weise sollen die Motivation und Produktivität erhöht werden.

Um einen Übergang älterer Mitarbeiter mit gemäß dem älteren System gestiegenen Bezügen abzubauen, ble-

ben immer mehr Unternehmen eine Abfindung im Falle des vorzeitigen Ruhestandes an. Davon wird aber nur ungenutzter und zögernd Gebrauch gemacht. Einige Firmen schicken neuerdings leitende Angestellte, die bis zum 70. Lebensjahr und darüber hinaus tätig waren, nun mit 60 bis 63 aufs Altenteil. Auch in dem starren Bildungssystem, das auf perfekte Wissensvermittlung und strenge Examina ausgerichtet ist, zeichnen sich allmähliche Veränderungen ab. Die japanische Jugend von heute ist nicht mehr bereit, um jeden Preis durch das „Fegefeuer der Prüfungen“ zu gehen und Geschickerte als Versager abzuschieben.

Generell scheiden sich die Geister an der Ausbildung in Japan. Die einen loben sie als vorbildlich in der Welt, während andere von einer systematischen Ausschaltung jeglicher Individualität und schöpferischer Phantasie sprechen. Immerhin: Sowohl die hohe Allgemeinbildung als auch der Stand der akademischen Bildung können sich international sehen lassen.

Rund 95 Prozent der Schüler, die mit 15 Jahren ihre Schulpflicht absolviert haben, besuchen weiterführende Schulen, von denen wiederum 37 Prozent einen höheren Schulabschluß erlangen. Nach verschiedenen Tests sollen die japanischen Schulabgänger den höchsten Intelligenzquotienten in der Welt haben.

Kritiker weisen darauf hin, daß solche Resultate weitgehend darauf beruhen, daß die jungen Japaner in „Pauk-Fächern“ wie Mathematik und Naturwissenschaften schematisch mehr leisten könnten als westliche Altersgenossen. So würden sie schon frühzeitig auf die wiederholten Prüfungsschwelen beim beruflichen Aufstieg vorbereitet.

Der Leistungsdruck beginnt schon im Kindergarten. Elterngeliebte Eltern wollen dann schon sicherstellen, daß ihre Zöglinge die „richtige“ Grundschule erreichen und damit einen erfolgreichen Weg einschlagen können. Das setzt sich bis zur Universität fort, wobei deren Name später einmal mehr über den Absolventen aussagt als etwa das Examen.

BANKEN / Weltweiter Einstieg

Börsenumsätze schon auf Platz zwei

Die japanischen Banken versuchen gegenwärtig offensiv, außerhalb ihres Landes in das internationale Bankengeschäft vorzudringen. Mit der mehrheitlichen Übernahme der schweizerischen Gottlieb Bank durch die Sumitomo Bank Anfang 1984 gelang es den Japanern erstmalig, ein europäisches Bankhaus zu erobern. Der Versuch wird weitergehen, vermuten Schweizer und westeuropäische Bankiers.

In der Bundesrepublik Deutschland sitzen japanische Banker schon seit über 20 Jahren. Sie begleitet mit ihrem Außenhandels-Finanzierungsservice die japanischen Firmen erst nach Hamburg, dann nach Düsseldorf und schließlich nach Frankfurt.

Mit den Exportbanken kamen auch die japanischen Wertpapierhäuser, deren Geschäfte in Japan von denen der Banken scharf getrennt sind.

Das Auslandsgeschäft ist erst seit zehn Jahren ein enorm wichtiger Faktor in nationalen Bankwesen geworden. Die ersten Niederlassungen wurden zwar bereits 1952 in London und New York gegründet. Aber erst seit zehn Jahren expandieren die Häuser weltweit. Gegenwärtig sind 127 Filialen, 73 Tochtergesellschaften und 158 Vertretungen außerhalb Japans registriert. Neben der reinen Eröffnung von Büros wurden auch Banken gekauft: Die Fuji-Bank übernahm 1983 die US-Bank Heller für rund 425 Millionen Dollar. Die „Bank of California“ wechselte für 282 Millionen Dollar an die Mitsubishi Bank, die bereits 1981 die First National Bank of San Diego übernommen hatte. Sanwa kaufte mehrere kleinere Institute in den USA, die heute unter „Golden State Sanwa Bank“ firmieren. Die „California First Bank“ rangiert als Tochtergesellschaft der Bank of Tokyo mit über 100 Geschäftsstellen an siebter Stelle unter den Banken in Kalifornien.

Die Strukturen des japanischen Bankensystems gehen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als Japan allmählich begann, sich von einem Feudalstaat in eine moderne kapitalistische Gesellschaft zu wandeln. Zunächst griff man das Vorbild des amerikanischen Nationalbankensystems auf. Schließlich wurde das britische

Muster eines Aufbaus von Finanzorganisationen verwirklicht.

Neben der Bank of Japan als Zentralbank (1882) entwickelten sich Geschäftsbanken, Sparkassen und Spezialinstitute zur Finanzierung des Außenhandels und zur langfristigen Kreditfinanzierung.

An der Spitze der Pyramide des japanischen Bankensystems steht die Bank of Japan. Sie wurde zunächst für nur 30 Jahre gegründet, seit Kriegsende wird über ein neues Gesetz diskutiert.

1982 wurde schließlich das Bankensystem den modernen Bedürfnissen per Gesetz angepaßt.

Für 1983/84 meldeten die Japan-Banken ein Spitzenjahr: Die 13 City- und Großbanken legten ihr bisher bestes Jahresergebnis vor. Die Erträge im internationalen Geschäft beliefen sich auf rund sechs Milliarden Mark, das entspricht etwa der Hälfte des gesamten Verdienstes von rund zwölf Milliarden Mark.

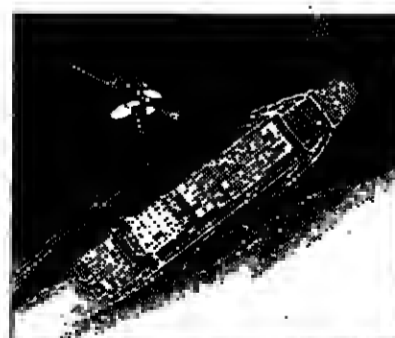
Ebenso stürmisch verlief das Geschäft am Börsenplatz Japan: Keine andere bedeutende Börse kann auf einen so kontinuierlichen und kräftigen Kursaufschwung zurückblicken wie die Kabuto cho, wie der Börsenplatz Tokio auch genannt wird.

Der japanische Aktienmarkt rangiert international gesehen auf Platz 2. In Japan gibt es fast 20 Millionen private Aktionäre (Bundesrepublik Deutschland drei Millionen). Die Börsenumsätze von rund 770 Milliarden Mark übertrafen 1983 die deutschen Umsätze um das Neunfache.

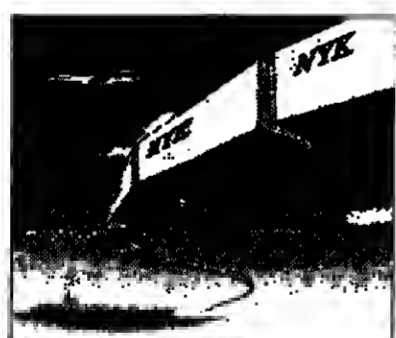
Die Tokioter Börse, nach der Straße auch Kabuto cho genannt, wurde 1878 gegründet. Die japanische Börsenorganisation ist an die amerikanische angelehnt. Es gilt ebenfalls das Trennsystem: 248 Wertpapierhäuser sind für den Handel mit Aktien tätig. Japanische Aktien sind grundsätzlich Namensaktien, die im Aktienregister geführt werden. An deutschen Börsen werden die Aktien von 58 Gesellschaften in Form von Zertifikaten vertrieben und gehandelt. Diese Zertifikate sind im Gegensatz zu den Originalen inhaberlos. HANS MANN

Redaktion: H.-H. Holzner, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

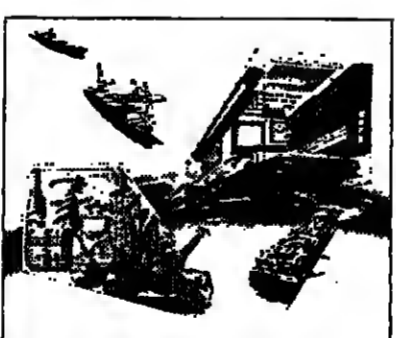
Entscheidende Vorteile bei NYK:



SATELLITEN-KOMMUNIKATION
ist eine epochale Entwicklung, die besseren Kundendienst ermöglicht. Deshalb sind mehr als 40 NYK-Schiffe mit INMARSAT Fernmeldeausstattung versehen, damit Spediteure sich jederzeit über ihre Fracht informieren können.



TRANSPORT MIT MEHREREN VERKEHRSMITTELN
unter Benützung von See-, Luft-, Bahn- und Straßenverbindungen gewährleistet optimale Frachtbeförderung. NYK baut dieses Transportsystem weiter aus, denn es bietet hervorragende Möglichkeiten, den mannigfaltigen Erfordernissen der Kunden effektiv zu begegnen.



EINE FLOTTE FÜR ALLE FRACHTEN
ist eine weitere Stärke von NYK. NYK verfügt über Spezialschiffe mit schweren Kränen, um riesige Werksausstattungen zu verladen, sowie über Frachter für Kohle und Tanker für Öl, LPG und LNG. Kurzum, unsere Flotte befördert praktisch jede Fracht sicher und wirtschaftlich in alle Winkel der Erde. Dies sind nur drei repräsentative Beispiele für Dienstleistungen, die NYK bietet. Dienstleistungen, die unseren Spediteuren entscheidende Vorteile bei der Frachtbeförderung verschaffen.



Hauptbüro: Tokyo, Japan Zweigstelle London: P. & O Bldg. 9th Fl., 122-138 Leadenhall St., London E.C. 3V, England, U.K. Telefon: (01) 283-2093, Telex: 884296-8
Ortsvertretung Düsseldorf: c/o Rhein-Spediteure GmbH, Berliner Allee 63, 4000 Düsseldorf. Telefon: 37 08 03, Telex: 658-2763 Hamburg: c/o PHS van Ommen (Hamburg) GmbH, Dammtorstr. 14, 2000 Hamburg 36. Telefon: 3563248, Telex: 216-1804

TECHNOPOLIS

Eine Stadt für Verständnis und Kommunikation

Am 17. März 1985 öffnet die Weltausstellung „Wissenschaft und Technik - der Mensch in seiner Umwelt“ in der japanischen Technopolis-Stadt Tsukuba bis zum September ihre Pforten. Neben der Bundesrepublik Deutschland haben sich bisher 42 Staaten aus Europa, Amerika und Asien sowie 38 internationale Organisationen angemeldet. „Wir erwarten, daß von dieser Weltausstellung durch die intensive Kommunikation der Staaten und Völker miteinander positive Impulse für das gegenseitige Verständnis, eine noch intensiverere weltweite Zusammenarbeit, die Belebung der Weltwirtschaft und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft insgesamt ausgehen werden“, so Noburo Goto, Präsident der Industrie- und Handelskammern Japans.

Euphorisch äußerte sich auch Toshio Doko, Vorsitzender des Ausstellungskomitees, Anfang November 1984: „Die Expo '85 wird Gelegenheit für eine gründliche Neubewertung der Zukunft des Menschen bieten und Anlaß zum Nachdenken darüber geben, wie die begrenzten Ressourcen der Erde unter gleichzeitiger Erhaltung der Umwelt und Sicherung wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlstandes optimal für alle genutzt werden können.“

Der deutsche Pavillon ist von einem nachgebildeten „Marktplatz“ geprägt, auf dem historische Stadtbilder und richtungweisende neue Konzeptionen der Stadt gezeigt werden. Auf einem „German way“ erhält der Interessierte Einblicke in Produkte und Ergebnisse erfolgreicher deutscher Forschung und Technik. Insbesondere technologische Erfindungen, die dem Alltag zugute kommen, werden präsentiert. Forschungsergebnisse aus den speziellen Bereichen der Solarenergie, Verkehrstechnologie und der Satellitentechnologie folgen als zukunftsweisende, für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung geprägte Technologien.

Japans Zukunftsorientierung wird mit der „Expo '85“ in Tsukuba überdeutlich werden. Daher fiel auch die Wahl auf diese Stadt: 60 Kilometer nördlich von Tokio entstand hier eine Ansiedlung von 46 Forschungszentren und Universitäten, in denen 30 000 Wissenschaftler mit ihren Familien leben und arbeiten.

AUF EINEN BLICK



Wachtelstraße 6, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8327026.
Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0221/353311.
Hamburger Allee 2-10, 6000 Frankfurt 91, Tel./ 069/770351.
Bodestraße 44, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/441396.
Wehrstraße 13, 8000 München 80, Tel.: 089/985706.
Japanische Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0221/3569001.
Deutsch-Japanisches Büro zur Förderung der Wirtschaft, Oststraße 110, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/358048.
Japan External Trade Organisation (Jetro), Königsallee 58, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/807026.

TOURISMUS

Eine Steigerung um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erlebte der Japan-Tourismus im Jahre 1984. Damit konnte die angestrebte Zahl von zwei Millionen ausländischen Einreisenden in etwa erreicht werden. Nach wie vor kommen die meisten Japan-Besucher aus Asien und dem Mittleren Osten, gefolgt von Nordamerika und Europa. Das mit 174 864 Einreisenden einen Zuwachs von 5,2 Prozent erzielte. Aber noch schlagen die reisestützigen Japaner bei weitem die Zahl der Besucher.

Die positive Entwicklung im Tourismus hat zur Folge, daß auch das Beherbergungsangebot Japans stark gewachsen ist. So bietet in Tokio das Tokia Hilton seit Dezember 842 Zimmer an, das Rappongi Prince Hotel 221 Zimmer, und seit dem 21. 10. ist die All Nippon Airways mit dem Sheraton Hotel Osaka mit 500 Betten vertreten. Beide Städte sind mit ihrem Umland nach wie vor die wichtigsten Destinationen in Japan.

WICHTIGE ADRESSEN

Bundesrepublik Deutschland
Japanische Botschaft, Bundeskanzlerplatz, Bonn-Center HI 701, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/5001.
Japanische Generalkonsulate:
Frankfurt 1, Tel.: 069/283215.
Colonnaden 72, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/341763.
Japanische Fremdenverkehrs-zentrale, Bielerstraße 4-10, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/292792.
Japan Airlines, Kaiserstraße 79, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/250056.
In Japan
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 4-5-10 Minami Azabu, Minato-ku, Tokyo, Tel.: 00813/473-0151.
Generalkonsulat Osaka-Kobe, Gaka-dori 8-16, Chuo-ku, Kobe-shi 651, Tel.: 008178/2321212.
Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (Zaichin Doitsu Shoko Kaigisha), Akasaka Tokyo Bldg. 10 F, Nagata-cho 2-14-3, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/5819881.
Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Akasaka Tokyo Bldg. 8 F, Nagata-cho 2-14-3, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/5800169.
Japan National Tourist Office, Tokyo Katsu Kaikan, 13, Yurakucho, 2-chome, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/2161901.
Lufthansa, Tokyo Club Bldg., 2-6 Kasumigaseki, 3-chome, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/5802121.

INVESTITIONEN

Attraktiv, wie sie nie zuvor waren

Ob es die deutsche Leistungsschau in diesem Jahre war, die den Durchbruch brachte, oder ob sie lediglich in ein günstigeres Klima fiel, das ist schwer zu sagen. Das Ergebnis ist jedoch, daß heute Japan als Standort für Industrieinvestitionen attraktiv wie nie zuvor ist.

Noch im Juli forderte der Präsident des Instituts für Internationale Wirtschaftsstudien, Burrolor Yoshino, „Japan muß mehr zur Öffnung seines Marktes tun. Der japanische Markt ist zwar in den vergangenen Jahren zugänglicher geworden, aber eine Reihe von Beschränkungen gibt es immer noch.“

Heute skizziert Erhard Reiber, Chef der japanischen Merck-Tochter, das Klima so: „Wenn ein ausländischer Unternehmer bloß den Finger reckt, fallen alle mit Angeboten über ihn her.“ Wie Reiber gegenüber der Deutschen Presseagentur im November mitteilte, hat eine japanische Aktion mit dem Ziel, Auslandskapital in ländliche Provinzen zu bringen und dadurch Anschluß an den Wohlstand der industriellen Ballunggebiete zu gewinnen, erheblichen Erfolg gehabt.

Merck, das zu Beginn seines Japan-Abenteuers erhebliche Schwierigkeiten hatte, sowohl was die Produktion als auch was den Export eines Grundstücks angeht, hat im Küstengebiet von Iwaki 200 Kilometer nördlich von Tokio das Grundstück für eine Pigmentfabrik zu einem Zehntel der in den großstädtischen Zentren üblichen Preise erworben, zudem beteiligte sich die Gemeinde an den Kosten für die Rekrutierung der Belegschaft. Die regionale Entwicklungsbank gab schließlich noch einen zinsverbilligten Kredit für das 40-Millionen-Mark-Projekt.

Inwieweit das Beispiel Merck heute schon typisch ist, bleibt abzuwarten. Denn gingen früher die Vorwürfe stets von Europa in Richtung Japan, haben sie heute die umgekehrte Richtung eingeschlagen. Die japanischen Wissenschaftler kritisierten zuletzt auf der „Deutsch-Japanischen Wirtschafts- und Sozialtagung“ in Köln Anfang Oktober, daß die deutschen Unternehmen zu wenig bereit seien, sich an die fernöstlichen Märkte anzupassen.

P. BÖNING-K.

MICROCOMPUTER / Allgemeines Schlafen

Kommt die Nachfrage, kommen die Japaner

Japaner sind nicht überall. Daß aber japanische Hersteller den Druckmarkt in den unteren bis mittleren Preisklassen beherrschen, stimmt. Und daß die Söhne Nippons im Geschäft mit Mikrocomputern einmal kräftig mitmischen werden, stimmt auch.

Nur jetzt noch nicht. Zwar versuchen die Computerbauer aus dem Fernen Osten bereits um das Jahr 1981 einen Eroberungsfeldzug in deutschen Ländern. Zu einer Zeit, in der deutsche Marketing-Strategen über dem Mikrocomputer noch schliefen, in der die Pioniere der kleinen Elektronik-Kisten im fernen Amerika Deutschland wieder zum Großraum Europa, Kleinasien, Afrika zählten.

Trotz dieser „günstigen“ Bedingungen gelang es den japanischen Mikrospezialisten nicht, die elektronischen Kraftwerke für den kommerziellen Einsatz in erwünschtem Stückzahlen zu verkaufen.

Inzwischen hat sich am Markt für Kommerz-Mikros wenig geändert. In Deutschland wird noch immer geschlafen. In den USA wird noch immer großräumig gedacht. Und die Japaner sind immer noch kein Stück weiter.

So dürften mögliche Anwender beim Namen Canon zum Beispiel eher an eine Kamera denken als an einen Mikrocomputer. Auch die Marke Fujitsu wird wohl eher mit der Marke Fuji verwechselt und paßt wieder zur Kamera.

Einen Zusammenhang zwischen Mikrocomputer und japanischem Hersteller stellt der deutsche Käufer so schnell nicht her. Er ist froh, Namen wie Apple und Commodore und noch einen gelernt zu haben.

Warum ist die erste japanische Mikro-Welle versandet? Wieso konnten die routinieren, fernöstlichen Markt-nischen-Strategen nicht an Ihre Erfolge anknüpfen, die sie im Kamera-, HiFi- oder im Autobereich bei den Konkurrenten so gefürchtet, bei den Verbrauchern so beliebt machen?

Einmal wurden sowohl von den deutschen Statthaltern als auch in den Chefetagen in Tokio schwere Management-Fehler gemacht. Doch die hat die Konkurrenz auch gemacht. Zum zweiten fehlt den japanischen Anbietern meist die rechte deutsche

Software, eine im deutschen Markt unerlässliche Voraussetzung. Doch damit hat die Konkurrenz auch zu kämpfen. Drittens werden immer wieder die Preise in immer kürzeren Zeiträumen gesenkt. Das läßt potentielle Anwender eher abwarten, wie es weitergeht, als kaufen, wenn es noch nicht nötig ist. Doch müßte es sie erst einmal geben, die Käufer.

Hier liegt nämlich die entscheidende Ursache für den anhaltenden Mißerfolg der japanischen Mikro-Hersteller (und damit aller Anbieter). Der Markt für kommerzielle Mikrocomputer ist noch nicht da. Jedenfalls nicht so, wie von Marktforschern vor langer Zeit verkündet, von Herstellern seit langer Zeit erhofft.

Noch wollen nicht so viele Handwerker in den Werkstätten, nicht so viele Ärzte in den Praxen oder nicht so viele Rechtsanwältinnen in den Kanzleien einen Mikrocomputer auf ihre Schreibtische stellen wie vorausgesetzt. Noch findet der Intelligenzverstärker nicht den gewünschten Zugang zum sogenannten Mittelstand. Noch fehlen genügend Anwender, die den Mikrocomputer als das ansehen, was er ist: eine Arbeitshilfe wie der Hammer für den Schreiner, der Bleistift für den Architekten oder das Auto für den Taxifahrer.

Denn den Umgang mit dem Mikro muß man genauso lernen wie das Autofahren. Entgegengesetzte Behauptungen mancher Hersteller stimmen nicht.

Sicher werden sich immer weniger Menschen erlauben können, keinen Führerschein für einen Mikrocomputer zu besitzen. Absehbar ist auch, daß der Mikrocomputer ein Konsumgut, sprich Massenware, wird. Dann aber wird die Stunde der Japaner läuten.

Dann können die Hardware-Spezialisten in großen Stückzahlen zu niedrigen Preisen den Markt überschwemmen, wie sie es in anderen Missionen bewiesen haben. Dann sind sie wirklich überall, die Japaner. Vorausgesetzt, der Anwender zieht die Billiglösung der Problemlösung vor. Oder sollten Nippons Söhne vorher Verbindungen zu attraktiven Software-Töchtern eingehen?

FREDERIK REHMS

Marco Polos Route in den Orient im Jahr 1271

Er machte Geschichte: die Hälfte seines Lebens verbrachte er auf einer Reise, die den Handel zwischen Ost und West eröffnete.



„Alligator-Service“

(Oder: Wie das Abenteuer eines halben Menschenlebens in unserer Zeit wöchentliche Routine geworden ist)



Wenn auch unsere „Alligator“-Containerschiff-Routen nicht in die Geschichte eingehen werden, so tragen sie doch wesentlich zur Bewältigung des internationalen Handels heute bei.

Wir bieten wöchentliche Verbindungen zwischen Europa und Japan/Ferner Osten, auf der gleichen alten Route, die Marco Polo vor gut sieben Jahrhunderten zum ersten Mal befuhr.

Dazu eine breite Palette von Container-Typen, leistungsstarke Container-Terminals und ein Transportangebot zu Land, das die schnelle Auslieferung nahezu jedes Produktes an jeden beliebigen Bestimmungsort gewährleistet.

Und das alles gestützt auf moderne Datenverarbeitung und Nachrichtensatelliten, die Geschwindigkeit und Genauigkeit garantieren.

All das mag nicht so interessant sein wie Marco Polos Reise, es sei denn, Sie wären ein Ablader des 20. Jahrhunderts und hielten einen schnellen, sicheren und zuverlässigen Container-Service für unverzichtbar.



Von Hafen zu Hafen und Tür zu Tür - seit 100 Jahren

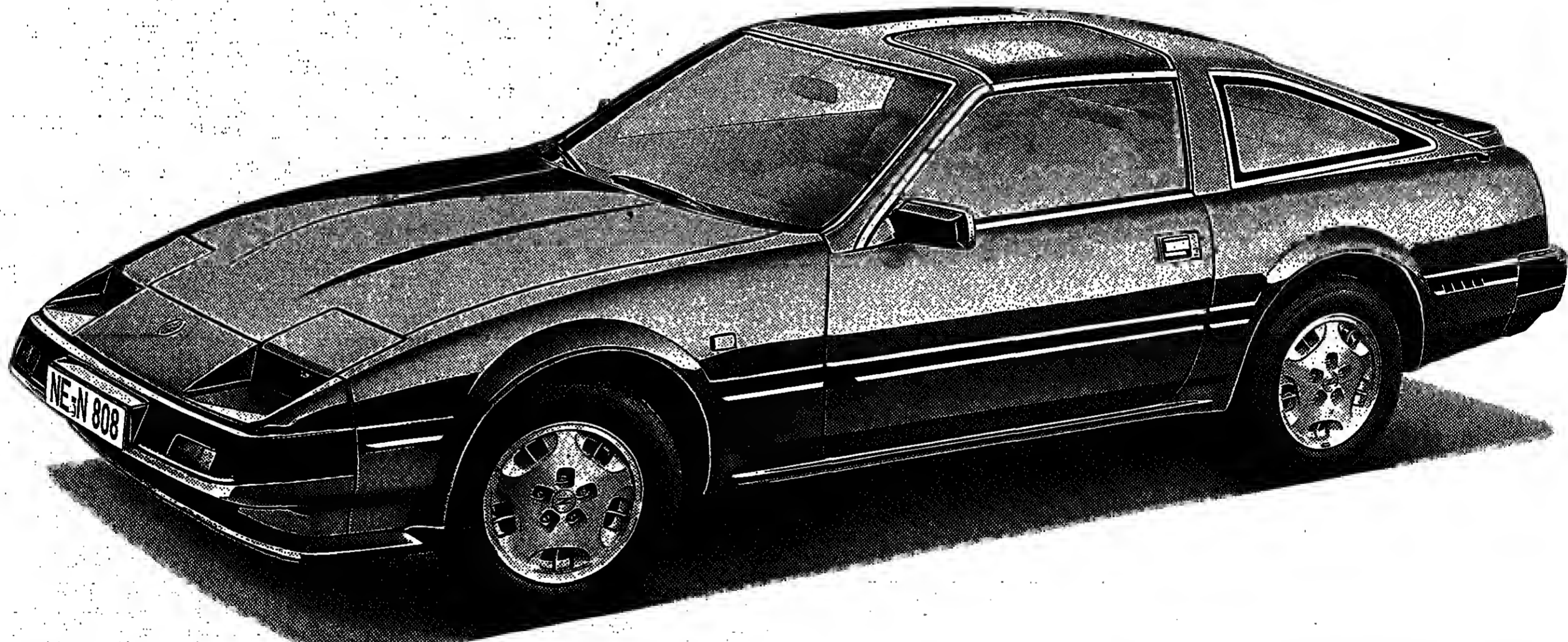
Mitsui O.S.K. Lines

Hauptsitz: Tokio, Japan

Hamburger Repräsentant: Telefon 3 59 41 · Düsseldorf Repräsentant: Telefon 32 83 90

AGENTEN: Paul Günther, Hamburg, Telefon: 3 66 40, Telex: 021111630 Paul Günther, Bremen, Telefon: 3 66 11, Telex: 245 566 Hannover, Telefon: 51 20 51 · Düsseldorf, Telefon: 32 91 60 Frankfurt/Main, Telefon: 2 08 11 · Stuttgart, Telefon: 22 17 25 München, Telefon: 18 60 11-14 · Wien, Telefon: 62 69 71

Innovative Technik. Faszinierendes Design. Der neue 300 ZX von Nissan.



Nissan, der drittgrößte Automobil-Hersteller der Welt, präsentiert eine neue Höchstleistung: den Nissan 300 ZX - der starke Nachfolger des meistgekauften Sport-Coupés der Welt.

Mit dem 300 ZX eröffnet Nissan eine neue Ära im Automobilbau: was bisher als Gegensatz galt, haben aerodynamische Detailarbeit und modernste Motoren-

Technologie in diesem Hochleistungs-Sportcoupe zusammengefügt: Fahren wird zum reinen Vergnügen, ohne daß die Wirtschaftlichkeit darunter leidet; funktional im Konzept, ohne daß die Sportlichkeit zu kurz kommt.

Innovative Ideen bestimmen die Konstruktion des 300 ZX in allen Bereichen: das neuentwickelte V-6-Trieb-

werk (225 kW/170 PS, Spitze 220 km/h) ist mit einer oberliegenden Nockenwelle pro Zylinderreihe, Schubabschaltung und Transistorzündung ausgerüstet. Für Dynamik und Ökonomie sorgt die neuartige ECCS-Motorsteuerung, mit der die notwendige Kraftstoffmenge der jeweiligen Fahrsituation noch effektiver angepaßt werden kann, als es bisher mit einer her-

kömmlichen elektronischen Benzineinspritzung möglich war.

Auch das Hochleistungs-Fahrwerk weist ein technisches Novum auf. Es ist mit elektrisch verstellbaren Stoßdämpfern ausgestattet, die drei Wählbereiche zulassen: das Fahrwerk kann individuell auf sportliche, normale und komfortable Fahrweise abgestimmt wer-

den. Im Leistungsvermögen nimmt der Nissan 300 ZX den Vergleich mit den Besten seiner Klasse auf.

Der 300 ZX vermittelt eine neue automobiler Erfahrung: Luxus und Vernunft ergänzen sich zu sportlicher Harmonie.

NISSAN MOTOR DEUTSCHLAND GMBH, Nissenstraße 1, 4040 Neuss 1



Datsun von Nissan. Seit 50 Jahren.

Oh, süße Philosophie

A. Me. - In der öffentlichen Meinung schien die Philosophie in den letzten Jahrzehnten sehr ins Hintertreffen geraten zu sein. An ihre Stelle rückten die Soziologie und Wissenschaftstheorie. Doch seit etwa zwei Jahren ist die Philosophie wieder mächtig im Vormarsch: auf dem Gebiet der Wirtschaft, in Betriebswirtschaftslehren, auf Aktienversammlungen und in Interviews beruft man sich auf eineste Philosophie. Da das so ganz selbstverständlich, ohne jede reflektierende Einschränkung geschieht, scheint sich inzwischen bereits eine wohldefinierte "Wirtschaftsphilosophie" entwickelt zu haben - ganz offensichtlich ohne Wissen und Zutun der Fachphilosophen.

Was nun diese Wirtschaftsphilosophie eigentlich ist, was sie genau lehrt, ist den spärlichen Andeutungen nicht zu entnehmen. Die Unternehmensphilosophie heißt Innovation" verkündet eine Lebensversicherung, ein Antowork spricht von seiner "Produktionsphilosophie". Und nicht nur

die Vorstände der Unternehmen, auch die Journalisten sind in dieser Terminologie schon sehr versiert. Was Philosophie genau ist, wissen zwar nicht einmal die Philosophen selber: fast jeder versteht etwas anderes darunter. Aber das Wort klingt gut, warum soll man es also nicht statt so banaler Begriffe wie "Konzept" oder "Planung" oder "Strategie" verwenden?

Daraus läßt sich lernen, daß man bei gehobener Unterhaltung allfälligen Anstrich geben kann. Wenn über Vorzüge des Urlaubs im Gebirge oder an der See diskutiert wird, empfiehlt sich: "Nach meiner Urlaubphilosophie..." wenn es auch nur um den täglichen Spaziergang geht, beruft man sich auf seine Spaziergangs-Philosophie, und die "Sammel-Philosophie" - von Mühen, Beispielen oder Bierdeckeln - läßt sich vorzüglich durch eine "Philosophie der Diversifikation", von der ja auch in Wirtschaftsberichten gesprochen wird, ergänzen.

Da findet man wohl nur Trost bei Schiller: "Welche wohl bleibt von allen Philosophen? Ich weiß nicht. / Aber die Philosophie, hoff ich, soll ewig bestehen."

L. Wawrzyns Kinderfilm „Leichter als Luft“

In Lianhard Wawrzyns Kinderfilm "Leichter als Luft" sprechen die Bilder für sich und drängen das Wort an den Rand. Er spielt im Hinterhofmilieu von Berlin-Kreuzberg, wo die kleine Türkin Aishe sich glücklich und zu Hause fühlt. Doch ihr Vater verliert seine Arbeit in der Fabrik, und die Familie beschließt, nach Kurdistan zurückzugehen. Aishe begriff nur ganz allmählich, daß dieses Kurdistan offenbar ihre eigentliche Heimat ist. Sie schaut auf die Fotos der feierlich dreieckigen Verwandten, die im Rahmen des Spiegels stecken, ihre kleinen Erbräuer aus dem Hause und in den Möbelwagen schleppen. Aishe blickt in lauter fremde Gesichter.

Der türkischen steht eine deutsche Familie gegenüber: die neuen Hausbesitzer, die recht verlegen dreinblicken. Sie wissen, daß sie sich ziemlich schäbig verhalten, wemgleich sie dem Gesetz nach im Recht sind. Sie werden das Kreuzberger Haus gründlich sanieren und die Mieten erhöhen. Die neuen Mieter würden für Aishe Familie unbezahlbar sein. Die Hausbesitzer sind recht theatralisch und blutlos gezeichnet. Im Unterschied zu den natürlich und sinnlich dargestellten türkischen Familienmitgliedern: dem Opa, der den Schalk im Nacken hat und auf einem kleinen Teppich döst, dem Vater, der sprachlos sein Schicksal hinnimmt, der resoluten Mutter, die verächtlich die Zigarre von einem Mundwinkel in den anderen

schleibt, während sie die hereinströmenden Deutschen mustert, die die Verantw. des Hofes stören.

Subtile optische Pointen sorgen in diesem Film immer wieder für Atmosphäre: etwa der Spiegel von Aishes Freund Matze, der auf die Möbelgarnitur im Hof gerichtet ist, dort ein Viereck aus Sonne ausschneidet und es federleicht tanzen läßt. Leichter als Luft, ist schließlich die sternenscheinige blaue Schachtel, die Aishe aus der alten Millionne hervorzieht und die den behutsamen Händen des Mädchens alsbald wieder entschwebt. Das Geheimnis um den Inhalt dieser Schachtel wird nicht enthüllt. Doch für Aishe enthält sie das Versprechen aller Träume und Wünsche.

Ein schöner Film, der betroffenen macht. Er greift ein Stück Wirklichkeit aus dem bundesdeutschen Alltag auf, ohne dabei in klischeehafte Anklänge zu verfallen, wemgleich er ohne Frage ein Plädoyer für die türkischen Gastarbeiter ist. Ein Kassentitel wird dieser Streifen freilich nicht werden. Doch für den, der sich auf den Blickwinkel des eigenwilligen Autors einlassen mag, ist er eine Augenweide und ein sensibler Dokument über Menschen, die unsere Republik mehr als zwei Jahrzehnte mitgeführt haben. Sie sind herkömmlich, um hier ihr Glück zu suchen. Nur die wenigsten haben es gefunden. INGRID ZAHN

Döblins „Alexanderplatz“ in der Berliner „Tribüne“

Der Tod geigt Hiob auf

Im Grunde muß, was die kleine Berliner "Tribüne" jetzt wagt, tollkühn, schier rapsodisch scheinen. Man versucht, Alfred Döblins berühmten expressionistischen Roman zu dramatisieren, dieses Meer von epischen Assoziationen, von Zitaten, Fiktionen und witzigen, rührenden, oft scheinbar ganz simplen Einschüben, mit denen das exemplarische Schicksal des redlichen Franz Biberkopf, des Arbeiters vom Alexanderplatz, 1928 durch die böse Welt geschoben wurde. Ich hatte, als ich davon hörte, hier solle nun daraus ein "weltliches Mysterienspiel" für ausgereicht die Bühne gefertigt werden - also ich hatte sehr kalte Füße.

Die hatte man, die man abends den kleinen Musenchuppen am alten "Knie" durch Schnee und Eis erreichte, wirklich. Aber dann erwärmte man sich für dieses Experiment immer deutlicher. Bärbel Jakuch und Heiner Maass haben den Text umgearbeitet und für die Bühne maßgeschneidert. Reiner Behrend, an dieser Stelle doch schon so oft mit komplizierten Literaturbearbeitungen erstaunlich siegreich gewesen, führt wieder Regie.

Der Tod läßt das Spiel vom armen Franz Biberkopf beginnen. Er geigt dem armen Proletarieroh auf. Er begleitet, nicht nur musikalisch, seinen kranken und exemplarischen Lebenslauf. Das Bühnenbild, in dem sich die klärend dürre Handlung abspielt, bleibt übersehbar. Es wird immer neu aufgeladen. Oft prunkt es

teuflich. Dann wieder macht es die rührende Einfachheit dieses modernen "Faust" Döblins in Stille kenntlich.

Reiner Behrend führt das weltlich, aber weltliche Mysterienspiel, ständig Tonart und Stil variierend, in Fahrt. Es wird füglich verkürzt. Wenn es schließlich auch wieder allen langweilig gerät und die Bearbeiter wieder kein Ende finden können. Aber ein ständig fieberndes Kondensat dieser Handlungsfut wird immerhin gegeben.

Klaus Sonnenschein spielt den modernen Hiob, den Biberkopf. Er milt sich deutlich, auch wenn er die komplexe Natur dieses symbolhaften Einfallspinsels kaum je ganz erfassen kann. Dann aber wieder sind komplizierte Bezüge erstaunlich simpel und einleuchtend gelöst.

Das ganze, oft bewährte Ensemble der "Tribüne" ist in immer neuen Verkleidungen und Verkürzungen tätig. Wer den Roman kennt, wird ihm in vielen Punkten fast neu, erschrocken, wiedererkennen. Wer ihn nicht kennt, bleibt sicher verblüffend staunend im Dunkeln. Aber die Tat war mutig, sie war schier überheblich. Am Ende notiert man einen redlichen, partiell sehr überzeugenden Erfolg. Döblins genial verzwickter Vorwurf bleibt (nach Film und Fernsehen) in seinen vierten künstlerischen Aggregatzustand gefunden, diesmal auf der Bühne. Lauter Beifall, wenn auch solcher von der eher erschöpfenden Art. Immerhin: Hut ab vor der tapferen "Tribüne". FRIEDRICH LÜFT

Aus den Schatzkammern des Louvre - Französische Zeichner des 17. Jahrhunderts im Pavillon de Flore

Den König in einen Schwan verwandelt

Das Zuschreiben und Identifizieren von Handzeichnungen in den reichen Beständen des Louvre beschäftigt die Experten seit Jahren. Von Zeit zu Zeit werden einige dieser Ergebnisse vorgeführt, so auch jetzt hundertfünfzig französische Zeichnungen des 17. Jahrhunderts in den Sälen des Pavillon de Flore, im Nordflügel des Louvre. Der überwiegende Anteil dieser Blätter stammt aus Käufen oder Erbschaften in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, die noch von Ludwig XIV. getätigt wurden. Dazu gehört die umfangreiche Sammlung des damals in Paris ansässigen und aus Köln stammenden Bankiers E. Jabach, die den Grundstock der graphischen Kollektion des Louvre bildet und 1871 von Mazarin erworben worden war.



Ovids "Metamorphosen" realistisch: Die Verwandlung des König Cynus von Pierre Brébienne, aus der Ausstellung in Paris. FOTO: LOUVRE

Auch ist der gesamte Atelierbestand des Hofmalers Charles Le Brun (1619-1690) zu nennen, der 1800 dem Louvre vermacht wurde. Einschließlich sämtlicher Zeichnungen, meist Entwürfen zu dekorativen mythologischen Wandbildern. Im Pavillon de Flore werden neun Beispiele davon präsentiert. Darunter die "Apotheose des Herkules", ein Entwurf für die Prachtgalerie im Pariser Palais des Prinzen Lambert, von 1650, kurz nach Le Bruns Rückkehr aus Rom entstanden. Daher der noch starke italienische Einfluß in der barocken illusionistischen Raumbehandlung. Durch die kunstvolle Lavierung gelingt Le Brun eine einmalige plastisch-malerische Gestaltung der Pferde des Herkules, die zu seiner Lieblingsthematik gehören. Das Blatt zählt zu den vollständigsten und spektakulärsten graphischen Arbeiten dieses Versailler Künstlers.

Die Beispiele setzen etwa 1580 ein, dem Krönungsjahr Heinrichs IV., und enden mit dem Todesjahr von Nicolas Poussin 1665. Die ersten beiden Drittel des 17. Jahrhunderts stellen an neuen Ideen und an Fruchtbarkeit der Produktion die reichsten Jahre in der französischen Kunstgeschichte überhaupt dar. Im Übergang von der Renaissance zum Barock kristallisiert sich eine neue Weltanschauung heraus. Die Zeichnung wird zu deren Spiegelbild. Die in dieser Louvre-Ausstellung vertretenen Künstler - es sind etwa fünfzig - meist zwischen 1550 und 1620 geboren, befinden sich mit ihren religiösen und mythologischen Motiven an der Schwelle der Neuzeit. Im grandiosen Dekor kulminiert die Verherrlichung der absoluten Monarchie.

Nach beherrscht bis 1630 der Manierismus die Kunst Frankreichs. Es ging den Veranlasser darum, dessen stärkste Strömungen, die Zweite Schule von Fontainebleau (mit Ambroise Dubois, Dubreuil, Féminet, Gautier, Honnet), der durch nordische und italienische Einflüsse gekennzeichneten Lothringischen Schule (mit Bellange und seinen Schülern, Deruet und Callot) gegenüberzustellen. Der in Nancy 1575 geborene Manierist Georges Lallemand (in Paris 1636 gestorben) ist mit einer höfisch-eleganten "Heiligen Familie" vertreten. Ein Meisterwerk feinseltiger Hell-Dunkel-Zeichnung. Die Grazie überwiegt das Sakrale. Lallemands Atelier in Paris erfreute sich großen Zuspruchs. Bis 1627 etwa, der Rückkehr Simon Vouets aus Italien.

Dieses Jahr stellt für Frankreich ein historisches Datum dar. Denn Vouet beherrscht bis zu seinem Tod 1649 das Pariser Kunstleben. Seinen Zeichnungen ist daher ein ganzer Saal gewidmet. Die grauulvierte Ritzzeichnung "Mariä Himmelfahrt", von Pierre Rosenberg 1971 als Vorstudie zu einem Altarbild für die Pariser Kirche Saint-Nicolas-des-Champs identifiziert, ist in dem ekstatischen Gestus noch ganz italienisch beeinflusst. Diese Arbeit entstand kurz nachdem Vouet von Ludwig XIII. nach Frankreich zurückberufen und zum Hofmaler mit Wohnung im Louvre ernannt worden war.

eine barocke Allegorie lateinischer Fabelgestalten.

Ähnlich Poussin, steigert auch Claude Lorrain seine Bäume, Büsche, Felsen, Quellen und weiten, stimmungsvollen Ausblicke ins Erhabene und Ideale. Dabei bleibt das formal Gesetzmäßige und Einmalige der römischen Landschaftsstruktur erhalten. "La Sybille de Cumae conduisant Enée", einer Episode bei Vergil entnommen, bringt in differenzierter technischer Ausführung Baumvegetation, lichtdurchflutete Weite und zwei mythische Gestalten - sie befinden sich auf Initiationspfaden und haben moralische Proben zu bestehen - zu einer geheimnisvollen, legendenhaften Darstellung zusammen.

Philippe de Champaigne (1602-1674) war mit Poussin in dessen Pariser Frühzeit um 1620 befreundet. Er nannte sich "Maler und gewöhnlicher Kammerdiener des Königs" und malte als solcher mehrere Porträts von Ludwig XIV. als Kind. Eine Ritzzeichnung von 1644 zeigt den späteren Sonnenkönig mit sechs Jahren. Ein Kinderbild voller Natürlichkeit und Unmittelbarkeit. Ohne jede Schmeichelei, im Gegensatz zu den späteren Versailles-Frunkporträts. Dann gibt es von de Champaigne eine Abendmahlzene, eine minutiöse Federzeichnung für ein Chorbild des Klosters Port-Royal in Paris. Champaigne berücksichtigt darauf die beim Tridentiner Konzil anempfohlene Ikonographie, die Eucharistie, und nicht Judas, in den Mittelpunkt des Abendmahls geschehen - stellen.

Zu nennen sind noch sehr reizvolle florentinische Landschaften von Jacques Callot (1592-1635). Zudem eine Kohlezeichnung "Ludwig XIII. zu Pferd", von deren Thematik sich ein früherer, analoger Entwurf im Hessischen Landesmuseum Darmstadt befindet. Die zyklische Präsentation der Louvre-Bestände an Graphik soll fortgesetzt werden. Eine große Ausstellung mit den Zeichnungen von Charles Le Brun, dem Begründer des monarchischen Nationalstils, ist noch für dieses Jahr geplant. (Bis 28. Jan.) WOLFGANG SAURE

Das Europäische Jahr der Musik in Bonn eröffnet

Von Barock bis Rock

Seit dem Eröffnungskonzert des Bundesjugendorchesters in der Bonner Beethovenhalle steht das Europäische Jahr der Musik 1985 nicht mehr bloß auf dem Papier, das im Vorfeld schon mal die Ohren für die eigentlich klingenden Absichten zu verstopfen drohte. Es war eine statische Hundstunde unger-Minuten, die der Schweizer Matthias Bamert in prächtiger Verfassung präsentierte. Das Programm dertete mit Bach, Dettley Müller-Siemens und Sibellus immerhin an, was das Europäische Jahr der Musik auch sein will: vorwärtsgewandt, offen über die Grenzen und Gelegenheiten, die Komponisten zu feiern, deren 300. Geburtstag (Bach, Händel, Domenico Scarlatti), deren 400. (Schütz) und 100. Geburtstag (Alban Berg) Anlaß für die Initiative des Europa-Parlaments war. Die Grenzen nach Osteuropa sind zwar nicht gerade offen zu nennen, aber doch durchlässig, wenn sich an die bundesdeutschen Veranstaltungen die "DDR"-Feierlichkeiten in die dort geborenen Bach, Händel und Schütz anschließen.

Den Rang des Bonner Festkonzertes dokumentierte hochkarätige Prominenz an der Spitze Bundespräsident Richard von Weizsäcker als Schirmherr der bundesdeutschen Veranstaltungen und Bundesstaatspräsident Philipp Jenninger. Man sah Bundesminister, die Bonns guter Konzerttöne höchst selten die Ehre geben. Der bayerische Kultusminister Hans Maier würdigte das in seiner Festrede als Zeichen für die Bedeutung, die die Bundesregierung der Musikausbildung in unserem Lande beimißt.

Daß in der Beethovenhalle mehr Prominenz als schlichtes Volk erschienen war, macht, so paradox es klingt, ein Dilemma deutlich. Der Musik braucht hierzulande kaum aufgehoben zu werden, es gibt reichlich davon. Die Fülle, vor der Professor Maier "kapituliert", als Nationalkomitee und Deutscher Musikrat als ausführendes Organ vor dem Konzert die Musikjahr-Planungen vorstellten, ist eben auch zumindest teilweise die Fülle dessen, was es in der Bundesrepublik von der Bayreuther Orgelmusik bis zu den Wiltener Kammermusiktagen ohnehin gibt. Zweifel, ob

Zum 75. Geburtstag der Ballerina Galina Ulanowa

Roter Mohn für Giselle

Viel von ihrer warmherzigen, dramatisch erschütternden Kunst hat der Westen im Grunde von Galina Ulanowa gar nicht zu sehen bekommen. Erst seit 1956, als 46jährige also, begann sie in den Siegeszügen des Moskauer Bolschoi-Balletts durch das staunende Europa und Amerika teilzunehmen. Sechs Jahre später schon zog sie sich endgültig von der Bühne zurück, nicht aber aus dem sowjetischen Ballettalltag. Die Ulanowa unterrichtete, Sie diskutierte, präsidierte, edierte, jurisierte. Sie ist noch immer die heißgeliebte Respektperson des russischen Tanzes.

Dabei war an großen Ballerinen in Rußland niemals ein Mangel. Die Ulanowa aber tanzte sich bei aller Konkurrenz mühelos in den Rang einer Staatsballerina hinauf - und dies ohne ideologisch-halsbrecherische Verrenkungen. Sie war die lyrische Galionsfigur der späten, imperialen Stanzzeit, aber ihre Kunst war menschlich, so eindringlich, mitfühlend, frei von Schuld, daß sie über Gauen und Düsternis um sie her hinwegzutreten verstand. Ulanowas Kunst hat in aller Bescheidenheit ganz einfach weiterzuleben.

Um sie war Licht: Das Leuchten nicht niederzuringender Humanität. Ihre Kunst griff aus Herz Aus schlackenlos akademischem Tanz filterte Ulanowa die reichste Skala aller Gefühle. Darin blieb sie unübertroffen.

Sie stammt aus Sankt Petersburg, der östlichen Hauptstadt des Weltballetts noch zur Zeitenzeit Wagners, die große Lehrmeisterin im späten Leningrad, zog die junge Ulanowa künstlerisch groß. Das Wichtigste aber steuerte die Tänzerin mit eigener Kraft: eine einzigartige Gefühlsmacht, die sich in Leichtigkeit und Schönheit zu verschwenden verstand.

Zu den großen Rollen Ulanowas gehörten denn auch die ererbte klassische wie Giselle, aber auch die sowjetischen Neo-Klassiker wie die Julia in Lawrowskys Version von Prokofjews "Romeo und Julia", jahrzehntelang künstlerisches Pflichtstück der rauschenden moskowitzschen Staatsempfangs. Ulanowa lebte, liebte, tanzte und starb darin für



Wie sie tanzte, war die Hauptstadt des Weltballetts: Galina Ulanowa. FOTO: DU VINAGE

JOURNAL

Eva Evdokimova gründet eigene Compagnie

dpa, Berlin

Die langjährige Primaballerina der Deutschen Oper Berlin, die Amerikanerin Eva Evdokimova, wird in den Vereinigten Staaten im nächsten Jahr ihr eigenes Ballett zusammenstellen. In einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur bestätigte Frau Evdokimova jetzt, daß sie bereits im Juli ihren Vertrag mit der Deutschen Oper Berlin gekündigt und vor einigen Wochen in New York das "National Ballet of America" gegründet hat. Zu ihrer Entscheidung, nach über zehn Jahren als Primaballerina ihren Berliner Vertrag zu kündigen, hätten unter anderem die "künstlerischen Standards" des Hauses beigetragen. Frau Evdokimova bemängelte in diesem Zusammenhang die musikalische Qualität des Orchesters, unzureichende Probemöglichkeiten und die geringe Zahl der jährlichen Ballettaufführungen.

Ontario zeigt den „Europäischen Eisberg“

DW, Toronto

Der europäische Eisberg - Kreativität in Deutschland und Italien heute - heißt eine Ausstellung, die die Art Gallery of Ontario in Toronto vom 8. Februar bis 7. April zeigt. Sie wurde von dem Italiener Germano Celant als Gastkurator organisiert. Sie umfaßt nicht nur Werke der Malerei und Plastik, sondern auch Design, Architektur, Mode, Photographie, Film und Theater.

Die 12. Internationale Biennale der Tapisserei

DW, Lausanne

Zum zwölften Mal findet vom 15. Juni bis zum 16. September im Museum der Schönen Künste in Lausanne die Internationale Biennale der Tapisserei statt. Das Thema lautet in diesem Jahr "Textilkunst als Skulptur". Von 716 Bewerbungen wählte die Jury fünfzig für die Ausstellung aus. Deutschland vertreten Ritzl und Peter Jacobi sowie Regine von Chossy.

Filmjahrbuch für 1985 erschienen

DW, Bonn

Das Filmjahrbuch der Programmzeitschrift Cinema stellt auch dieses Jahr wieder vor, was wir 1985 in unseren Kinos zu erwarten haben. Es bringt Informationen zu dreihundert neuen Filmen, die in absehbarer Zeit anlaufen werden, und teilt sie nach Rubriken auf wie Science-Fiction, Action, Komödie, Thriller. Außerdem blickt es zurück auf die filmischen Höhepunkte des vergangenen Jahres, nennt die Preisträger und Gewinner der Oscars und der großen Festivals. (Kino Verlag, Milchstraße 1, 2000 Hamburg 13). Der Band ist auch am Kiosk und an der Kinokasse erhältlich.

Künstler Ateliers in Köln 1985

DW, Köln

Insgesamt 594 Maler, Bildhauer, Fotografen und Objektkünstler erlauft das Verzeichnis "Künstler Ateliers in Köln 1985", die gemeinsam vom Kulturamt, der Artothek, dem Kunstverein und dem BBK herausgegeben wurde. Jedem der Künstler wurde eine Seite eingeräumt, die er nach eigenem Ermessen gestalten konnte, um sich vorzuleisten. Der Band, erschienen im Wienand Verlag, Köln, kostet 8 Mark.

Bürgermeisterporträt als Dankesgabe

DW, Essen

Als Zeichen der Dankbarkeit für die gute Aufnahme in Essen hat die Bildhauerin Mia Deac der Stadt ein Porträtbüste des Alt-Oberbürgermeisters Katzer überreicht. Mia Deac gelang es 1984, Rumänien, wo sie seit 1972 regelmäßig ausstellte, zu verlassen. In Essen fand sie eine neue Heimat. Nachdem sich ein Sponsor gefunden hatte, der die Materialkosten übernahm, ließ sie das Porträt in Bronze gießen.

Alfred Hentzen tot

H. T. F. Hamburg

Der ehemalige Direktor der Hamburger Kunsthalle, Alfred Hentzen, der am Abend des 8. Januar im 83. Lebensjahr starb, hat als Nachfolger von Alfred Lichtwark, Gustav Pauli und Carl Georg Heise während seiner Amtszeit von 1935 bis 1969 in Hamburg eine Museumspolitik humanistischer Weltoffenheit und Ausgewogenheit zwischen Tradition und Moderne betrieben. Seinen kunsthistorischen Kenntnissen und Freundschaften mit maßgeblichen Künstlern und Sammlern hat die Hansestadt viel zu verdanken. Durch die von ihm initiierte Stiftung zur Förderung der Hamburgischen Kunstsammlungen konnte die Kunsthalle zahlreiche bedeutende Werke von der Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts bis zu Picasso und Max Ernst erwerben. Unter seinen Büchern sind Monographien über Werner Gilles und Roif Nesch hervorzuheben.

KULTURNOTIZEN

"Asterix erobert Rom" wird als erster Asterix-Film in der "DDR" gezeigt. Auch die beiden anderen Asterix-Filme übernahm der Progress-Film-Verleih vom deutschen Lizenzgeber Jugendfilm-Verleih.

Einmal Regenspacher aus Sukitawese in Indonesien hat das Bundesstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde in Köln erworben.

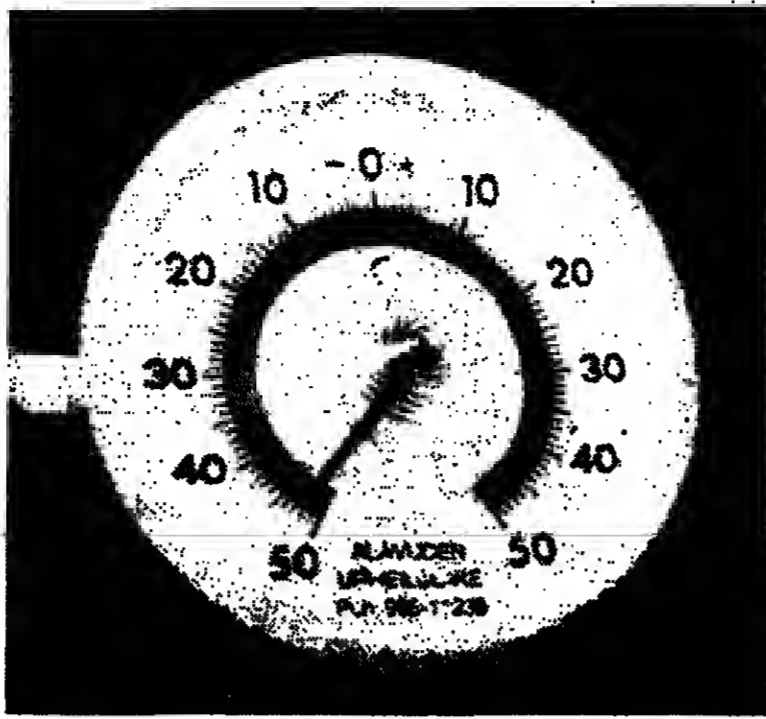
Werke von André Masson aus den Jahren 1924 bis 1974 wird der Ludwigshurger Kunstverein vom 17. Januar bis zum 17. Februar zeigen.

Nakanoto, japanischer Meistertöpfer, ist 89jährig in Tokio gestorben.

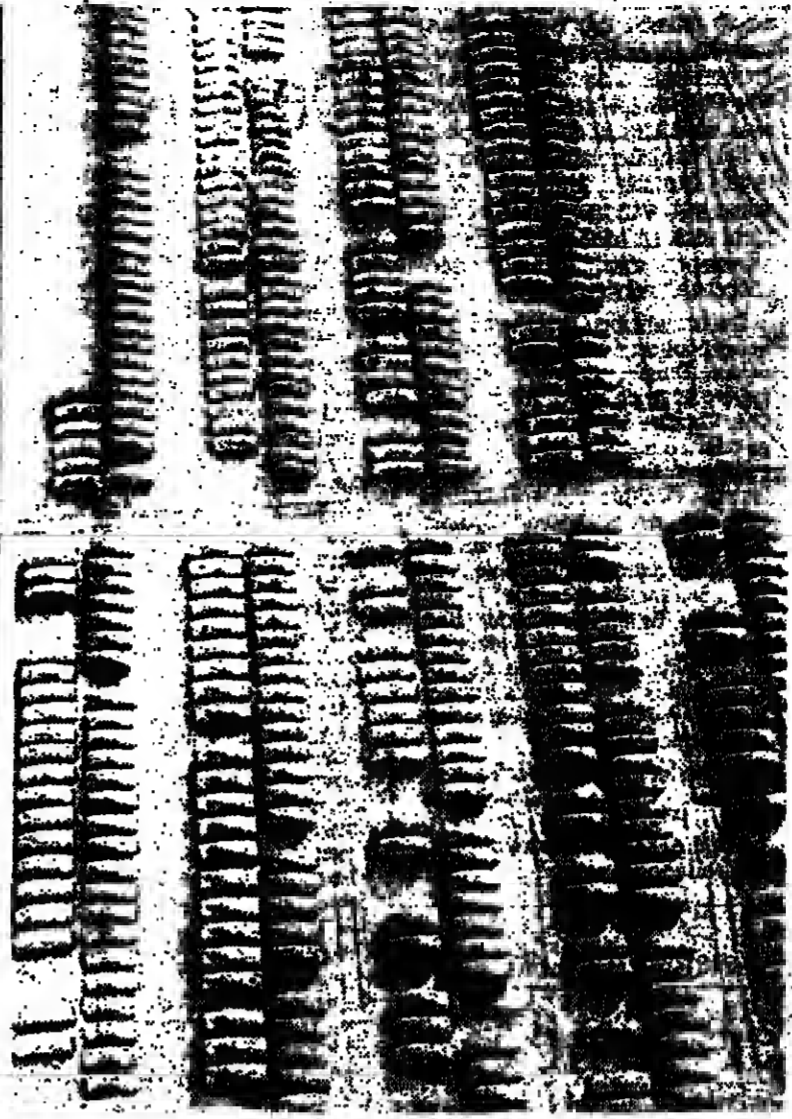
Robert Lee Surtzoo, amerikanischer Kameramann ("Ben Hur"), starb 78jährig in Kalifornien.

Mit der "Scala dei Giganti" begann die Restaurierung des Dogepalastes in Venedig, die voraussichtlich sechs Jahre dauern wird.

Der Heidentänzer René Kollo wird im Frühjahr 1986 am Staatstheater Darmstadt Richard Wagners Oper "Parsifal" inszenieren. Dies ist die erste Regie, die Kollo übernimmt.



Keine optische Täuschung waren gestern die 48 Grad Kälte der Ortschaft Salla im finnischen Lappland (Mitte). Die Gondeln in Venedig tragen derzeit genauso materielle Schläger wie die Fahrzeuge der Umzugsstelle Hflagen im Exzelsio



Gericht übernimmt Vormundschaft

DW London Das Oberste Gericht hat die Vormundschaft über das von einer Engländerin geborene Baby übernommen, das sie gegen Bezahlung für ein kinderloses amerikanisches Ehepaar austrug. Der High Court in London muß nun über das Schicksal des sechs Tage alten „Baby Cotton“ entscheiden. Die Geschichte um das kleine Mädchen, das am vergangenen Freitag von der 28-jährigen Kim Cotton als Leihmutter geboren wurde, zierte auch gestern die Titelseiten nicht nur der Boulevardpresse. Währenddessen warteten die potentiellen Eltern in einem Londoner Hotel auf die Entscheidung der Behörde. In einer Fernsehdebatte vertrat ein britischer Jurist die Auffassung, daß die künftigen Eltern das noch namenlose Kind wahrscheinlich adoptieren müssen. Die biologische Mutter war mit dem Samen des Mannes befruchtet worden, dessen Frau keine Kinder bekommen kann. Die Behörden in Großbritannien sehen sich einem Novum ausgesetzt. Nie zuvor haben Gerichte oder soziale Institutionen über einen solchen Fall entschieden müssen. In der öffentlichen Auseinandersetzung werden nicht nur die ethischen Fragen diskutiert, sondern vor allem die Tatsache, daß dabei ein regelrechter Handel zwischen mehreren Personen und der Einschaltung einer Agentur zustande kam. Gegen ein Geschäft mit „Leihmüttern“ hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktionsarbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit, Hermann Kroll-Schlüter, ausgesprochen.

Von TORSTEN W. KRAUEL

Jeden preußischen Stechschritt durften die Einheiten der Nationalen Volksarmee gestrotzt vergessen: Jetzt heißt es nur noch schaukeln. Durch Schnee und Eis drohte dem Großkraftwerk Boxberg von Montag bis in die Nacht zu gestern wegen fehlender Kohle bereits der „zeitweilige Stillstand“. Werkstätte anderer Betriebe hielten mit Volkspolizei und Armee den Güterzügen aus den Tagebaugruben den Weg frei. Gestern wurde die Kohlezufuhr wieder stabilisiert. Dem wichtigsten Gas-Kombinat „Schwarze Pumpe“ im Bezirk Cottbus, wo mit 27 Grad Kälte die bisher niedrigste Temperatur dieses Jahres gemessen

Freiwillige und NVA kämpfen in der „DDR“ gegen den Stromausfall

wurde, standen Armeeeinheiten offenbar nicht zur Verfügung. Die Partei teilte hier kurzerhand die Bauern der Nachbarschaft rund um die Uhr in Räumkolonnen ein. Stockungen in der Kohlezufuhr habe es bisher „kaum“ gegeben, meldete die „Berliner Zeitung“ mit unfrohem Optimismus. Immerhin wurde das Kraftwerk im Kombinat auf bisher noch nie erreichte 1017 Megawatt heraufgefahren. „Zeitweilige witterungsbedingte Unterbrechungen“ gab es auch im Umschlag des Überseehafens Rostock. Trotz Kälte und sechzig Zentimeter Schnee arbeiten jedoch die Bausoldaten am Rügener Fährhafenprojekt Mukran weiter - die „Berliner Zeitung“ hob ausdrücklich hervor, die Verladung von Baumaterialien „für Großbaustellen“ gehe planmäßig voran. Auf dem Spre-Oder-Kanal erreichte ein letzter Schiffs-Konvoi mit polnischer Kohle und Erz den Berliner - anschließend wurde der gesamte Binnenschiffsverkehr in der „DDR“ wegen Eisganges eingestellt. Die Ost-Berliner plagt darüber hinaus noch eine Sorge eigener Art: Für Sonntag hat die Partei schon vor längerer Zeit eine große „Kampfdemonstration“ im Stadtzentrum angeordnet. Erscheinen ist Pflicht. Schlimmer als die Berliner hat der Frost die Sowjetunion getroffen. Im mittelasiatischen Kasachstan stürzten die Temperaturen auf 50 Grad unter Null. In der Hauptstadt Alma Ata sind Strom und Wasser in den

Wohnungen ausgefallen. Auch im Ural herrscht im Gebiet um Swerdlowsk der Regierungszeitung „Iswestija“ zufolge bereits „Alarmzustand“. Die Stadtverwaltung von Paris ließ am Dienstag bei minus elf Grad die Metrostationen „Luxembourg“ und „Nation“ zu Nachtasylen für die Clochards herrichten. Die Todesopfer in Frankreich sind ebenso wie die zehn Kältetoten in Spanien zumeist Landstreicher und Obdachlose. Nur die berühmten Pariser Stadtstreicher machten von dem Angebot kaum Gebrauch. Unbekannt blieb, wo sie die Nacht verbrachten, unwahrscheinlich aber ist, daß die Pariser Clochards so betucht wie ein amerikanischer Landstreicher waren, der gestern erfroren mit Wertpapieren, Schatzbriefen und Barchecks im Wert von umgerechnet 225 000 Mark in New Jersey aufgefunden wurde. Die spanischen und südfranzösischen Landwirte stehen unterdessen vor einer Katastrophe bei der Ernte von Südfrüchten und Gemüse sowie den Rosenkulturen: Katalonien erlebte Tiefsttemperaturen von 19 Grad unter Null. Bitter wird der Winter jetzt auch für die Flamingos der französischen Camargue. Etwa zweihundert Tiere sind bereits im Eis erfroren. In Deutschland wird ebenfalls zur Fütterung der Vögel und Tiere aufgerufen. Raubvögel gehen bereits an Aas heran. 34 frierende Jungvögel

bei München erwartete allerdings ein anderes Schicksal: Von einem Feuerwehrkranwagen aus einem steckengebliebenen Lkw befreit, wurden sie gleich im Schlachthof abgeliefert. Seit gestern beginnen nun auch der Chiem- und der Bodensee zuzufrieren. Berlin gab gestern wieder Smogalarm; Voralarm für Nordbayern einschließlich Nürnberg hingegen konnte nach kurzer Dauer wieder aufgehoben werden. Altbundeskanzler Schmidt freut sich derzeit an blühenden Oleandersträuchern und läßt es sich wohl sein auf den Kanarischen Inseln. Welch ein Glück, daß er nicht Mallorca zum Reiseziel wählte. Dort herrschen mit minus 15 Grad halb so viel Frostgrade wie auf der Zugspitze.

Tod im Koffer

SAD, Los Angeles Das Rätsel um einen Frauenleiche, die am Montag in einem Koffer auf einem Gepäckkarrussell des Flughafens von Los Angeles entdeckt wurde, ist noch immer ungeklärt. „Wir wissen bisher nur, daß die Frau erstickt ist“, erklärte ein Polizeisprecher, „wir kennen weder ihren Namen noch ihren Heimatort.“ Offenbar wollte die Frau - eine Asiatin oder Lateinamerikanerin - auf diesem Weg illegal in die USA einreisen. Sie starb dann während des Fluges im ungeheizten Frachtraum der Maschine.

Brandkatastrophe im Altersheim

Wahrscheinlich 42 Opfer / Präsident Mitterrand am Unglücksort / Großfeuer auch in Troyes

H. WEISSENBERGER, Beauvais Mit bleichem, verstörtem Gesicht stand der französische Staatspräsident François Mitterrand gestern morgen vor den schwarzen, noch schwach rauchenden Resten des Altersheims von Grandvilliers in der Normandie, in dem in der Nacht wahrscheinlich 42 alte, hilflose Menschen lebendig verbrannt waren. Der Präsident war in Begleitung mehrerer Minister im Hubschrauber nach Grandvilliers geflogen, als er vom Ausmaß der Brandkatastrophe unterrichtet worden war. Schwelgend hörte er sich den Bericht des Präfekten Jean-Claude Quvolet an, ehe er sich zu Überlebenden des Brandes begab, die in einem stehengebliebenen Teil des Altersheims notdürftig untergebracht worden waren. Gegen Mittag stand die Zahl der Opfer immer noch nicht genau fest. Lediglich drei verkohlte Leichen waren bis dahin geborgen worden, 39 Personen wurden noch vermißt. In dem Altersheim, einem einstöckigen Ziegelsteinbau, waren insgesamt 196 alte Menschen, die meisten von ihnen 70 bis 80 Jahre alt, untergebracht. Viele von ihnen waren ganz oder teilweise gelähmt und bettlägerig. Das Feuer war in der Nacht zwischen ein und drei Uhr morgens im Dachgeschoss ausgebrochen. Das um diese Zeit anwesende Pflegepersonal konnte nicht rechtzeitig alle Insassen des Heims in Sicherheit bringen. Die Ursache des Brands ist vermutlich ein Kurzschluß, ausgelöst durch

den Bruch einer zugefrorenen Wasserleitung. Die Feuerwehren der umliegenden Orte hatten wegen der abstrichlichen Temperaturen und der vereisten Straßen größte Schwierigkeiten, rasch zum Einsatzort zu gelangen. In dem Altersheim spielten sich in der von hochaufliehenden Flammen hell erleuchteten Nacht unbeschreibliche Panikszene ab, aber auch Aktionen ergreifender Mutes - aus den Nachbarorten waren Angehörige der alten Leute herbeigeeilt. Unter Mißachtung der Lebensgefahr hielten sie Dutzende von Menschen aus dem brennenden Inferno heraus. Lange herrschte Unklarheit, wie viele Personen gerettet worden waren, da die Familien ihre Angehörigen zum Teil zu sich nach Hause brachten, zum Teil in Krankenhäuser der Kreisstadt Beauvais oder andere Krankenhäuser der Umgebung. Gegen Morgen stürzte mit Donnergetöse das Dach des Haupthauses ein und begrub das zum Leichenhaus gewordene Altersheim unter sich. Nur die zwei Flügelgebäude, in denen die Wirtschaftsräume untergebracht waren, blieben stehen. Sie wurden in aller Hast zu Notunterkünften hergerichtet. Das vor etwa 50 Jahren erbaute Altersheim war erst vor fünf Jahren neu hergerichtet worden und entsprach in allem den geltenden Sicherheitsvorschriften. Eine Untersuchungskommission soll jetzt die genauen Umstände des Brandes klären.

In der gleichen Nacht konnte durch das sofortige Eingreifen der Feuerwehren und der Polizei in der ostfranzösischen Stadt Troyes eine möglicherweise noch schlimmere Katastrophe vermieden werden. Dort brannte ein ganzes Altstadtviertel nieder, doch die Hunderte von Bewohnern konnten sämtlich rechtzeitig evakuiert werden. Zwischen der Präfektur und dem Rathaus von Troyes, der ehemaligen Hauptstadt der Provinz Champagne, gingen Dutzende von Häusern in Flammen auf. Bei einer Temperatur von minus 28 Grad froren der Feuerwehr die Schläuche ein, und die Letzten mußten mit Lötlampen angewärmt werden, damit sie ausgefahren werden konnten. Die Feuerwehreinheiten in kürzesten Abständen abgelöst werden, da sie, völlig durchgefroren und steifgefroren, die Schläuche und ihre Werkzeuge nicht mehr halten konnten. Erst nach mehreren Stunden gelang es der Feuerwehr, den Brand einzudämmen. Ganz Troyes wurde für jeglichen Verkehr gesperrt, und für einen großen Teil der Stadt wurde Strom, Gas und Wasser abgestellt. Mit dem Brand in Grandvilliers erhöht sich die Zahl der Opfer der Kälte in Frankreich dramatisch: Seit Einbruch des kalten Wetters wurden insgesamt über 70 Opfer gezählt, zum großen Teil „Clochards“, Stadtstreicher, die im Freien nachts und erfroren. (SAD)

LEUTE HEUTE

Entrückt Die Braut trug ein Kleid von Prinzessin Dianas Modeschöpferin Emmannel, der Bräutigam einen eleganten Anzug. Beide schaukelten auf dem Rücken eines Elefanten durch den Dschungel von Nepal. Am Hinterteil des Dickhäuters haumelte ein Schild „just married“. So gelangte Denver-Star Pamela Bellwood jetzt nach der Hochzeit mit Nik Wheeler zu einem Empfang in die Dschungel-Jagdhütte „Tigerpops Jungle Lodge“. „Es war ein unbeschreibliches Gefühl von Entrücktsein“, erklärte die Darstellerin von Claudia Blaisdale. Entlassen Der New Yorker U-Bahn-Rächer Bernhard Goetz (37) wurde am Dienstagabend gegen eine Kaution von 50 000 Dollar vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Das Geld soll aus Spenden von Bürgern stammen, die seine Tat ausdrücklich billigen. Das Verfahren beginnt heute in Manhattan. Entschlossen Der frühere amerikanische Präsident Richard Nixon leidet seit Dezember unter einer schmerzhaften Gürtelrose. Der Ex-Präsident, der gestern 72 Jahre alt wurde, ist entschlossen, sein Buch („Keine Vietnams mehr“), fertigzustellen, an dessen letzten Kapitel er saß, als sich die Krankheit einstellte. (SAD)

Was ist los bei Windsors?

Als sechster Mitarbeiter geht Prinz Charles' Privatsekretär CLAUD GEISSMAR, London: Englands königliche Familie hat einen unruhigen Start ins Neue Jahr. Nach der Enttarnung von Prinzessin Margaret (54) ist die Queen von einer plötzlichen Kündigung überrascht worden. Edward Adeane (45), Privatsekretär von Thronfolger Prinz Charles (36), verläßt das Buckingham Palace. Adeane galt bisher als derjenige, der die Lebensaufgabe übernommen hatte, Charles auf seine künftige Rolle als König vorzubereiten. Englands Presse hat mit erstaunlicher Uruhr auf diesen Abgang reagiert. Der Letzte der alten Garde verläßt seinen Posten im Palast, konnte man vom königstreuen Massenblatt „Daily Express“ erfahren. Damit war gemeint: Seitdem Thronfolger Prinz Charles vor dreieinhalb Jahren „Lady Di“ geheiratet hat, ist dies schon die sechste Kündigung eines Hofbeamten aus der näheren Umgebung des Thronfolgerpaars. Die Prinzessin von Wales (23), die erst kürzlich als die weltweit bekannteste Engländerin gefeiert wurde, ist im Privatleben offensichtlich schwerer, als die glanzvollen Titelfotos erahnen lassen. Natürlich kann man im Buckingham Palace eine Kündigung nicht damit begründen, daß die Schwiegertochter der Queen zu schwierig ist. Der Junggeselle Edward Adeane geht deshalb auch „im gegenseitigen Einverständnis“. Adeane, auf dem Eliteneimat Eton erzogen, war schon als Knabe ein Pa-



Edward Adeane

Neue Einzelheiten

XHK, Baden-Baden Die von einer Boulevardzeitung in großer Aufmachung verbreitete Theorie, wonach es im Falle des FDP-Politikers Hans-Otto Scholl möglicherweise einen „Doppelgänger“ gebe, ist bei zuständigen Stellen auf Skepsis gestoßen. Der Leiter der Kriminalpolizei in Baden-Baden, Holweck, erklärte gestern gegenüber der WELT: „Ich habe nicht viel davon.“ Scholl, dem vorgeworfen wird, am 28. Dezember '84 in Baden-Baden ein Juweliengeschäft ausgeraubt zu haben, bestreitet weiterhin jede Tatbeteiligung. Morgen will die Staatsanwaltschaft weitere Einzelheiten zum Überfall bekanntgeben. Seite 2: Der Fall Sch.

Verschoben

dpa, Washington Die Nasa wird in diesem Jahr zwölf Flüge mit Raumfähren unternehmen, dies weniger als ursprünglich vorgesehen. Der für den 15. Oktober geplante Flug des Space Shuttle „Discovery“ mit einer geheimen militärischen Nutzlast wurde gestern für mindestens drei Monate verschoben. Bei diesem Flug sollte erstmals eine Föhre von dem Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien starten.

Spenden veruntreut?

dpa, Bielefeld Unter dem dringenden Verdacht, Spenden für Afrika gesammelt, diese aber überwiegend in die eigene Tasche gesteckt zu haben, ermittelt derzeit die Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen die Inhaber von zwei Presse-Vertrieben in Bielefeld und Tönisveld (Kreis Viersen).

Brandursache entdeckt?

dpa, Berlin Das Großfeuer in dem Berliner Einkaufszentrum Tegel-Center, das in der Silvesternacht 37 Geschäfte zerstörte und einen 30-Millionen-Mark-Schaden anrichtete, ist offenbar durch Feuerwerkskörper verursacht worden. Die Polizei fahndet nach zwei jungen Männern. Sie sollen kurz vor Mitternacht Feuerwerkskörper durch einen Spalt in der Tür eines Jeansshops gedrückt und angezündet haben.

Drei „Knöllchen“ für Tote

AFP, Miami Auch der Tod hat nicht verhindern können, daß eine amerikanische Politessie einer 45 Jahre alten Frau drei Strafzettel ausstellte. Carol Robbins hatte zwei Tage lang angenommen, die Frau schlafe in dem Wagen, der in einem Parkhaus zwei Stellflächen blockierte. Erst beim dritten Kontrollgang stellte sie fest, daß die Frau ihrem Leben mit einem Kopfstoß ein Ende gesetzt hatte.

SU GUTER LETZT

„Modeschöpfer Andr Courtyez zieht Roboter an“, meldet der Springer-Auslandsdienst aus Paris

WETTER: Sehr kalt

Wetterlage: Das Tief über Ostfrankreich verlagert sich südostwärts und verliert allmählich seinen Einfluß auf Deutschland. Das Tief über der Nordsee greift auf Nord- und Westdeutschland über.



Table with weather forecasts for various cities including Berlin, Bonn, Dresden, Essen, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart, Alster, Amsterdam, Athen, Barcelona, Brüssel, Budapest, Genua, Helsinki, Istanbul, Kairo, Kopenh., Las Palmas, London, Madrid, Mailand, Mallorca, Moskau, Nizza, Oslo, Paris, Prag, Rom, Stockholm, Tel Aviv, Tunis, Wien, Zürich.

Von Ameisen und Großen Tieren der Weltpolitik

EVIKELL, Bonn „Am liebsten würde ich zwischen einer paar Kniebeugen machen“, seufzte Richard von Weizsäcker. Doch vor „so vielen Fotografen“ versagte sich der Präsident das sportliche Intermezzo gestern beim Neujahrsempfang in der Bonner Villa Hammerschmidt. Grund, sich sportlich zu geben, hatte der Präsident dann doch Gelegenheit genug. Drei Stunden lang dauerte die Gratulationscour, die das Präsidenten-Ehepaar maverig, freundlich, bürgerlich in einem Raum mit riesigem Gobelin durchstund. Das Ehepaar Weizsäcker genoß ganz offensichtlich die Gespräche mit den Bürgern, von denen viele vorher nie in Bonn, geschweige denn in der Villa Hammerschmidt gewesen waren. Befangenheit ließ der neue Hausherr, eloquent wie seine Vorgänger, gar nicht erst aufkommen. Daß ihm solche Begegnungen faszinieren, gibt Weizsäcker gerne zu: „Ich bin überrascht, mit wie vielen Themen die Bürger gekommen sind.“ Der Präsident war so angetan, daß er spontan etliche Verabredungen traf. Erste Bürgerin Punkt 9.40 Uhr war Irmgard Bohlen aus Bonn. Ein fast

mysteriöser Hinweis auf die Einladungsliste hatte die Neugier der Fotografen erregt: „Privater Wunsch des Herrn Bundespräsidenten“, stand da zu lesen. Die Einladung entbehrt denn auch nicht der Kuriosität: Frau Bohlen und der Präsident hatten sich beim Parken ihrer Autos auf den letz-

ten zwei freien Parkplätze vor einem Bonner Hallenbad kennengelernt, als der Präsident auf dem Weg in die dortige Sauna war. Irmgard Bohlen, die Gunst des Augenblicks nutzend, steckte dem Staatsoberhaupt ein Zetelchen hinter die Windschutz-

scheibe, sie „würde gern mal zu Besuch kommen“. Irmgard Bött aus Marburg hingegen verdankt ihre Einladung den ganz persönlichen Interessen des Bundespräsidenten für alte Kirchen: Frau Bött hat als Mitbegründerin und Vorsitzende des „Förderkreises Alte Kirchen“ in ihrer Heimatstadt 90 alte Kirchen vor dem Abriss bewahrt. Zu Gast beim Staatsoberhaupt war auch Ursula Geuer aus St. Augustin. Die Mutter von drei Kindern wurde für ihr Engagement in der Interessengemeinschaft Stolberger Bürger geehrt. Die Initiative hat sich erfolgreich für die Beseitigung gesundheitsgefährdender Schwermetall-Abraumhalden (der dortigen Bleihütte bemüht. Wie hoch Umweltschutzprobleme jetzt im Kurs stehen, ließ von Weizsäcker auch den gelehrten Elektrotechniker Hans Stemmann wissen. Dieser hätte sich in St. Ingbert-Rohrbach für die Erhaltung seltener Ameisen eingesetzt. Von der Ameise bis zu den Großen Tieren der Weltpolitik reicht nun einmal das Spektrum, das zum traditionellen Neujahrstreffen in Bonn gehört. Heute empfängt der Bundespräsident das Diplomatische Korps.



Lehn einer mutigen Selbstentdeckung: Die Bonner Hausfrau Irmgard Bohlen (rechts) im Gespräch mit dem Bundespräsidenten und Frau Weizsäcker. FOTO: SVEN SIMON